

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wolfram Wette

## Die schwierige Überredung zum Krieg

Zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung  
1933–1939

Gerhard Schreiber

## Der Zweite Weltkrieg in der internationalen Forschung

Konzeptionen, Thesen und Kontroversen

Manfred Messerschmidt

## Die Wehrmacht in der Endphase Realität und Perzeption

B 32–33/89  
4. August 1989

Wolfram Wette, Dr. phil., geb. 1940; Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg; Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Kriegstheorien deutscher Sozialisten, Stuttgart u. a. 1971; Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft. Aspekte einer Kooperation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/74; (Mitautor) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979; (Mithrsg.) Pazifismus in der Weimarer Republik, Paderborn 1981; (Mitautor) Bomben und Legenden, Freiburg 1981; (Mithrsg.) „Unternehmen Barbarossa“, Paderborn 1984; Sozialdemokratie und Pazifismus in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, (1986); Geschichte und Frieden. Aufgaben historischer Friedensforschung, Bonn 1987; Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1988; (Mitautor) Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt 1989.

Gerhard Schreiber, Dr. phil., geb. 1940; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Revisionismus und Weltmachtstreben. Marineführung und deutsch-italienische Beziehungen 1919 bis 1944, Stuttgart 1978; Hitler – Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1988; Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten, verachtet, vergessen!, München 1989 (im Druck); (Mitautor) Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 3: Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984.

Manfred Messerschmidt, Dr. phil., geb. 1926; Historiker und Jurist; von 1970 bis 1988 Leitender Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Freiburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland, Darmstadt 1975; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, Teil IV, Bd. 1: Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee, München 1975; Bd. 2: Strukturen und Organisation: Die preußische Armee, München 1976; Außenpolitik und Kriegsvorbereitung, in: W. Deist / M. Messerschmidt / H.-E. Volkmann / W. Wette (Bearb.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1979; (mit Fritz Wüllner) Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus, Baden-Baden 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippelmann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,– pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Die schwierige Überredung zum Krieg

Zur psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung  
1933—1939

Gelegentlich ist in der internationalen Öffentlichkeit die Meinung anzutreffen, Hitler habe es leicht gehabt, das angeblich aggressionslüsterne deutsche Volk in seine Kriegspläne einzuspannen. Verhielt es sich tatsächlich so? Wie schon der Titel des Beitrages signalisieren möchte, war dies keineswegs der Fall. Vielmehr bedurfte es — trotz prägender

Traditionen des preußisch-deutschen Militarismus — einer mehrjährigen schwierigen Überredung durch die NS-Regierung, um die deutsche Bevölkerung ein zweites Mal binnen eines Vierteljahrhunderts für einen Krieg zu mobilisieren, der, wie er aufgrund der Kriegsziele Hitlers angelegt war, sich wiederum zu einem Weltkrieg entwickeln mußte.

## Das Jahr 1933: Zäsur und Kontinuität zugleich

Als der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Adolf Hitler, am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler des Deutschen Reiches ernannt wurde, war jene Phase der Nachkriegszeit, in der die Hoffnung bestand, man könne das internationale System stabilisieren, den Krieg ächten und eine dauerhafte Friedensordnung etablieren, unwiderruflich beendet. Nicht wenige — Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten — hatten gewarnt: „Hitler bedeutet Krieg!“ Sie sollten recht behalten.

Mit dem Jahre 1933 mündete, wie heute offen zutage liegt, die von friedenspolitischen Anstrengungen vielfältiger Art begleitete Nachkriegszeit in eine neue Vorkriegszeit ein. Denn was die an die Macht gekommene NSDAP — sie verkörperte die deutsche Version der in mehreren europäischen Ländern entstandenen faschistischen Bewegungen — sogleich in die Tat umzusetzen begann, war entgegen dem nach außen erweckten Schein nichts anderes als eine Politik der Kriegsvorbereitungen<sup>1)</sup>.

Wer Hitlers programmatische Schriften gelesen hatte, dem konnte bekannt sein, daß dieser militante Nationalist und fanatische Antisemit bereits seit einem Jahrzehnt von der Idee besessen war, das

durch die Niederlage im Weltkrieg 1914/18 gedemütigte und mit der Kriegsschuld belastete Deutschland müsse erneut den Weg der Gewalt gehen, um „Lebensraum“ zu erobern und um eine unanfechtbare Weltmachtstellung zu erlangen<sup>2)</sup>. Hitler an der Macht: Das bedeutete, daß nun umgehend die Voraussetzungen für einen neuerlichen deutschen „Griff nach der Weltmacht“<sup>3)</sup> geschaffen wurden.

Fraglos bedeutete der Regierungsantritt Hitlers eine Zäsur in der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte, da mit ihm die aggressivsten Kräfte und Strömungen an die Regierung gelangten, die es damals in Deutschland gab<sup>4)</sup>. Aber hin-

<sup>1)</sup> Eine umfassende Analyse der deutschen Kriegsvorbereitungen bietet das Werk: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Band 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, bearb. von Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Wolfram Wette, Stuttgart 1979. Vgl. jetzt auch die englische Übersetzung des gesamten Bandes: dies., *The Build-Up of German Aggression* (= *Germany and the Second World War*, Vol. 1), Oxford 1989, sowie die Taschenbuchausgabe: *Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges*, Frankfurt 1989.

<sup>2)</sup> Vgl. Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969. Zum Stand der Hitler-Forschung vgl. Gerhard Schreiber, *Hitler. Interpretationen 1923—1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*, Darmstadt 1988.

<sup>3)</sup> „Griff nach der Weltmacht“ lautet der Titel der berühmten gewordenen Analyse der Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18 des Hamburger Historikers Fritz Fischer, Düsseldorf 1961.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu den aus einer Rundfunk-Sendereihe hervorgegangenen Sammelband von Oswald Hirschfeld (Hrsg.), *Auf dem Weg ins Dritte Reich. Kräfte — Tendenzen — Strömungen*, Bonn 1981 (= *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Band 175).

*Erweiterte Fassung eines Beitrages, der zuerst veröffentlicht wurde unter dem Titel: „Difficult Persuasion. The Psychological Mobilization of the German Population for World War II (1933—1939)“, in: UNESCO Yearbook on Peace and Conflict Studies 1985, New York-Westport, Connecticut-London 1987, p. 49—71.*

ter der Kulisse des historischen Einschnitts gab es auch Kontinuitäten, die für die Geschichte des im Jahre 1871 gegründeten deutschen Nationalstaats insgesamt charakteristisch waren. Dazu gehörte das traditionelle Bündnis bestimmter Eliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Bürokratie, Justiz und Militär<sup>5)</sup> ebenso wie deren Groß- und Weltmachtstreben. Hitlers Massenpartei, die sich vornehmlich aus dem deklassierten Mittelstand sowie aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten zusammensetzte, verbündete sich mit diesen traditionellen Eliten. Man muß also sowohl den Bruch sehen, den die „Machtergreifung“ der Hitler-Leute bedeutete, als auch die Kontinuitäten, ohne die sich weder die Machtergreifung noch die Aufrüstungspolitik befehlen lassen.

Gemäß der Auffassung, daß der zukünftige Krieg noch mehr als der Weltkrieg 1914 bis 1918 ein „to-

taler“ Krieg sein werde<sup>6)</sup>, reichte die Politik der Kriegsvorbereitungen in nahezu alle Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hinein. Man denke nur an die Diplomatie, die das Ausscherehen des Deutschen Reiches aus früher eingegangenen multilateralen Verpflichtungen zu rechtfertigen und, zusammen mit der Propaganda<sup>7)</sup>, einen Beitrag zur Verschleierung der deutschen Rüstungs- und Kriegspläne zu leisten hatte. Man denke an die Maßnahmen zur materiellen und personellen Aufrüstung, an die innenpolitische Disziplinierung der gesamten deutschen Bevölkerung, an die Sozial- und Wirtschaftspolitik<sup>8)</sup>, an die Unterdrückung oppositioneller Teile der Bevölkerung durch rücksichtslosen Terror, nicht zuletzt aber an die psychologische Mobilmachung der deutschen Bevölkerung für den von der Nazi-Regierung geplanten Krieg durch eine umfassende Propaganda<sup>9)</sup>.

## Militaristische Tendenzen vor Hitler

Bezeichnend für den schon vor Hitler erreichten Grad der Militarisierung Deutschlands war es, daß gewisse militärische Verhaltensweisen ziviler Politiker mehr oder minder kritiklos hingenommen wurden. Paul von Hindenburg zum Beispiel, der 1925 zum ersten und 1932 zum zweiten Male gewählte Reichspräsident der ersten deutschen Republik, liebte es, in der Öffentlichkeit in der preußischen Uniform aufzutreten. Damit erinnerte er nicht nur daran, daß er von 1916 bis 1918 der Chef des obersten deutschen militärischen Führungsgremiums („Oberste Heeresleitung“) gewesen war, sondern setzte auch jene unselbige militaristische Tradition fort, die der zivile Reichsgründer Bismarck geschaffen hatte.

Die Militarisierung zeigte sich auch in anderer Weise: Mehrere ehemalige hohe Militärs bekleide-

ten wichtige Staatsämter, obwohl sich die Reichswehr doch aus der Politik heraushalten und als „Staat im Staate“ angesehen werden wollte. Ein enger Mitarbeiter Hindenburgs aus der Zeit des Ersten Weltkrieges, General Wilhelm Groener, war von 1928 bis 1932 Reichswehrminister und 1931/32 zugleich Reichsinnenminister. Ein anderer politisierender General, Kurt von Schleicher, wurde 1932 Reichskanzler und übte zugleich das Amt des Reichswehrministers aus. Aber schon seine beiden „zivilen“ Vorgänger Heinrich Brüning und Franz von Papen waren ausgesprochen „militärfromme“ Politiker, die dem zunehmenden Einfluß der Reichswehr auf die deutsche Politik keinen nachdrücklichen Widerstand entgegengesetzten. In der Endphase der Weimarer Republik, in den Jahren 1930 bis 1933, entwickelte sich das deutsche Regierungssystem in raschen Schritten von einer parlamentarischen Demokratie zu einer Staatsform, die einer Militärdiktatur ähnlicher war als einer Republik.

Parallel zu diesen politisch-institutionellen Vorgängen vollzog sich eine Militarisierung in den Köpfen

5) Vgl. Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979.

6) Siehe dazu die Schrift eines der politisch einflußreichsten deutschen Generäle aus der Zeit des Ersten Weltkrieges: Erich Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935.

7) Einschlägig die Spezialstudie von Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976.

8) Zur Sozialpolitik vgl. das voluminöse Werk von Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

9) Vgl. Wolfram Wette, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 1 (Anm. 1), S. 23–173. Auf die in diesem Werk vorgelegten Forschungsergebnisse stützen sich die folgenden Ausführungen.

der Menschen<sup>10)</sup>. Der Beginn dieser neuen Tendenz läßt sich ziemlich exakt auf das Jahr 1929 datieren. Als wichtiges Indiz für die Trendwende in der politischen Stimmungslage kann gelten, daß jetzt eine bestimmte Literatur, die nationalistisch und kriegsverherrlichend war, auf das Interesse eines Massenpublikums stieß, also in ungewöhnlich hohen Auflagen verkauft wurde.

Seit 1929 wurde Deutschland von einer regelrechten Welle nationalistischer Kriegsbücher und Kriegsfilme überschwemmt<sup>11)</sup>. Mit anderen Worten: Bereits mehrere Jahre vor Hitlers Regierungsantritt zeichnete sich ein Boom von Kulturprodukten mit militaristischer und ein gleichzeitiger Niedergang von solchen mit pazifistischer Tendenz ab. Die Auswertung des einschlägigen Schrifttums<sup>12)</sup> läßt erkennen, daß die Zahl der Bücher, die sich allgemein mit „Wehrfragen“ auseinandersetzen, zwischen 1929 und 1935 kontinuierlich anstieg. Für die Jahre 1930 bis 1932 fällt besonders die hohe Zahl jener Schriften ins Auge, die sich mit zukünftigen Kriegen befaßten. Die Zahl der Bücher, die man allgemein — ohne Analyse der Tendenz — unter der Rubrik „Weltkriegsbücher“ zusammenfassen kann, stieg in den Jahren 1929 bis 1932 merklich an und erreichte nach dem Regierungsantritt Hitlers in den Jahren 1933 bis 1935 mit mehr als 500 Titeln jährlich einen absoluten Höhepunkt. Mit dem Jahr 1935 endete dann die militärpolitische Diskussion in der Öffentlichkeit, was darauf zurückgeführt werden kann, daß das militaristische Gesellschaftskonzept zu diesem Zeitpunkt weitgehend in die Wirklichkeit umgesetzt war.

Wie bereits angedeutet wurde, verlief die Entwicklung der Bücher mit pazifistischer Tendenz genau

umgekehrt. Die Linie zeigt hier zwischen 1929 und 1933 kontinuierlich nach unten. Seit 1933 wurde pazifistische Literatur in Deutschland nicht mehr verlegt, sondern öffentlich verbrannt.

Es gab damals ein einziges Buch mit einer Anti-kriegstendenz, das sich trotz dieser militaristischen Trendwende am Markt behaupten konnte: Erich Maria Remarques Roman „Im Westen nichts Neues“<sup>13)</sup>. Er erreichte im Jahre 1930 eine deutschsprachige Spitzenaufgabe von einer Million Exemplaren und von zwei Millionen in Fremdsprachen, u. a. in englischer Sprache. Dieses Buch bot eine ungeschminkte Reportage des Kriegsalltags und verzichtete auf jedes Heldenpathos. Daher wurde es von der nationalistischen Rechten in Deutschland erbittert bekämpft, und zwar in Worten wie auch mit Taten. Die Berliner NSDAP unter Gauleiter Goebbels — Hitlers späterem Propagandaminister — sprengte Ende 1930 die Erstaufführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“. Eine zweite Aufführung mußte abgesagt werden. Die NSDAP veranstaltete große öffentliche Protestkundgebungen gegen den Film. Die Frontkämpferverbände stimmten in den Protest ein. Schließlich wurde die Aufführung des Films von einer Zensurbehörde unter dem Vorwand verboten, daß er das deutsche Ansehen im Ausland gefährde. Reichskanzler Heinrich Brüning, der der katholischen Zentrums-partei angehörte, pflichtete dieser Entscheidung bei.

Auch das Kino wurde in diesen Jahren „Kriegschauplatz“, auf dem ideologische und innenpolitische Konflikte ausgetragen wurden<sup>14)</sup>. Die Entwicklungstendenzen im deutschen Film liefen mit dem Boom an kriegsverherrlichender Literatur durchaus parallel. Der fortschrittliche Film, der sich der Kritik sozialer Verhältnisse zuwandte und auch pazifistische Inhalte zu vermitteln suchte, mußte zunehmend einem militaristischen Film-Genre weichen, in dem Rebellen, Kriegshelden und Führer zu Leitbildern stilisiert wurden.

<sup>10)</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, Militarismus am Ende der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: ders., Großmachtpolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Düsseldorf 1974, S. 37–51; Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980.

<sup>11)</sup> Zu dieser These vgl. Wolfram Wette, Von Kellogg bis Hitler (1928–1933). Die öffentliche Meinung zwischen Kriegsächtung und Kriegsverherrlichung, in: Karl Holl/Wolfram Wette (Hrsg.), Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Paderborn 1981, S. 149–172.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu und zu den folgenden Zahlen meinen in Anm. 11 erwähnten Aufsatz.

<sup>13)</sup> Erich Maria Remarque, Im Westen nichts Neues, Berlin 1929.

<sup>14)</sup> Vgl. Siegfried Kracauer, Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films, Hamburg 1958, S. 131 ff.

## Kriegsliteratur und Wirtschaftskrise

Wie läßt sich diese Flut rechtsgerichteter Kriegsbücher und Kriegsfilme erklären? Es ist auffallend, daß sie mit der ökonomischen Krise von 1929 zeitlich zusammenfiel. In der Wirtschaftskrise fand Kriegsliteratur ein aufnahmeberechtigtes Massenpublikum. Hieraus kann gefolgert werden, daß sich die Konsumenten dieser Literatur von der Außenpolitik der Verständigung, wie sie von den demokratischen Parteien der Weimarer Republik vertreten wurde, nichts mehr versprachen und eher für die Alternative autoritärer und schließlich gewaltsamer Lösungen in der Innen- und der Außenpolitik optierten. Einer Spezialuntersuchung<sup>15)</sup> zufolge war es insbesondere das mittelständische Bürgertum<sup>16)</sup>, das in der Krisenphase der Weimarer Republik Positionen übernahm, nach denen Gewalt wieder ein adäquates Mittel der Politik sei. Man akzeptierte, was die Kriegsliteratur anbot — den verklärenden Rückblick auf den Krieg. Anders ausgedrückt: Im Zuge dieser militaristischen und antipazifistischen Welle wurden die Schwellenwerte des Vorbehalts gegenüber der Gewalt reduziert.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Es wäre unsinnig, zu behaupten, eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung habe bereits vor 1933 Hitlers Kriegspläne unterstützt. Das konnte schon deshalb nicht der Fall sein, weil Hitlers programmatisches Buch „Mein Kampf“ viel zu wenig bekannt war und dort, wo es gelesen worden war, nicht ernst genommen

wurde<sup>17)</sup>. Was sich in der öffentlichen Meinung zwischen 1929 und 1933 abspielte, war diffuser, ist aber gleichwohl als ein deutlicher Trend erkennbar: Unter dem Einfluß der massenhaft angebotenen Kriegsliteratur wurde eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung in der Zeit der wirtschaftlichen und politischen Krise immer mehr bereit, eine Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens zu akzeptieren. Und diese Bereitschaft bildete die Grundlage für die Hinnahme einer späteren Übertragung der Gewaltmethoden in die Außenpolitik.

In dem geschilderten politischen Klima konnte die aggressivste und am entschiedensten gegen Demokratie, Sozialismus und Pazifismus agitierende Partei, nämlich die NSDAP Hitlers, in wenigen Jahren zur stärksten politischen Kraft in Deutschland werden. Die NSDAP und ihre Hilfsorganisationen haben den Stimmungsumschwung nur zum Teil selbst hervorgerufen, gewiß aber sich seiner bedient. Sie konnten an den schon zuvor begonnenen Prozeß der Remilitarisierung der öffentlichen Meinung anknüpfen, ihn verstärken und beschleunigen. Die Bereitschaft zur Hinnahme oder zur Befürwortung gewaltsamer politischer Lösungen konnte bei Bedarf — und nach Schaffung entsprechender personeller und materieller Voraussetzungen, genauer: nach vollzogener Aufrüstung — jederzeit aktualisiert werden.

## Deutsche Sonderentwicklung

Während sich die öffentliche Meinung in den meisten anderen Ländern, besonders in den westlichen Demokratien USA, Großbritannien und Frankreich, in zunehmendem Maße am Gedanken der Kriegsächtung orientierte, wie er im Briand-Kellogg-Stresemann-Pakt von 1928 völkerrechtlich ge-

faßt worden war, begann in Deutschland eine Sonderentwicklung<sup>18)</sup>. Hier, wo der Krieg schon immer als etwas Natürliches, etwas Schicksalhaftes und daher als etwas Selbstverständliches angesehen worden war, wo die Formel vom Krieg als einem legitimen Mittel der Politik letztlich nie in Zweifel gezogen worden war, konnte sich die Kriegsächtungsidee nicht dauerhaft durchsetzen.

Zwar hatte sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auch in Deutschland eine politische Position des gemäßigten Pazifismus artikuliert, erkennbar an Begriffen wie „Völkerbund“ und „Abrüstung“. Im großen und ganzen waren die Verfechter solcher Ideen identisch mit jenen Parteien, welche die erste

<sup>15)</sup> Vgl. Karl Prümm, Die Literatur des Soldatischen Nationalismus der 20er Jahre (1918—1933). Gruppenideologie und Epochenproblematik, 2 Bde, Kronberg 1974.

<sup>16)</sup> Zum Verhältnis von Mittelstand und NSDAP in jener Zeit vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

<sup>17)</sup> Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1930. Zur Entwicklung der Auflagen und zur Perception dieses „ungelesenen Bestsellers“ vgl. Karl Lange, Hitlers unbeachtete Maximen. „Mein Kampf“ und die Öffentlichkeit, Stuttgart 1968.

<sup>18)</sup> Näheres dazu wird in meinem in Anm. 11 genannten Beitrag „Von Kellogg bis Hitler“ ausgeführt.

Demokratie auf deutschem Boden unterstützen. Zwar wollten auch sie eine Revision des als ungerecht empfundenen Versailler Friedensvertrages von 1919, aber dies sollte auf dem Verhandlungswege geschehen. Die deutschen Nationalisten dagegen — sie waren weitgehend identisch mit den Gegnern der Demokratie<sup>19)</sup> — konnten sich auch eine gewaltsame Revision dieses Vertrages vorstellen, und zwar als Vorstufe wie als Voraussetzung für die langfristige Wiedergewinnung einer deutschen Weltmachtstellung.

Vordergründig stellte die Unterschrift des deutschen Außenministers Gustav Stresemann unter den Kriegsächtungspakt von 1928 einen weithin sichtbaren Sieg des pazifistischen Gedankenguts

dar. Aber dieser auf der Idee des Gewaltverzichts beruhende Trend ließ sich in Deutschland nicht stabilisieren. Die Außenpolitik der Verständigung war nur noch etwa bis zum Jahre 1930 mehrheitsfähig. Seitdem geriet sie unter den massiven Beschuß der nationalistischen Rechten, besonders der Nazi-Partei, die den republikanischen Pazifismus pauschal als schwächlich denunzierte und machtpolitische Parolen propagierte. Diese Entwicklung lief den Intentionen des Briand-Kellogg-Paktes direkt entgegen. Tatsächlich war der — zur Zeit seines Abschlusses als welthistorisches Ereignis apostrophierte — Kriegsächtungspakt bereits nach wenigen Jahren aus dem öffentlichen Bewußtsein der Deutschen verschwunden. Er vermochte keine nachhaltige friedensstiftende Kraft mehr zu entfalten.

## Einige Charakteristika der NS-Propaganda

Welche Einstellung hatten die führenden Männer der NSDAP zur Propaganda? Die Ansichten von Hitler und Goebbels hierzu resultierten aus einer bestimmten Interpretation des Kriegsausgangs 1918. Sie glaubten, die Erfolge der britischen und der französischen Propaganda während des Weltkrieges und das Fehlen einer ähnlich qualifizierten deutschen Kriegspropaganda hätten maßgeblich zur Niederlage des kaiserlichen Deutschlands beigetragen. Ihre naheliegende Schlußfolgerung lautete, daß die Propaganda in einem künftigen Kriege eine noch sehr viel bedeutendere Rolle spielen werde und sich jede Regierung rechtzeitig darauf einstellen müsse.

Unter den politischen Kampfmethoden der NSDAP hatte die Propaganda schon immer einen sehr hohen Stellenwert. Hitler selbst verfügte unbestreitbar über eine propagandistische Begabung. Er entwickelte bereits in den zwanziger Jahren in mehreren Publikationen seine Anschauungen über die Aufgaben und Methoden der politischen Propaganda<sup>20)</sup>. Dabei machte er sich die Erfahrungen der alliierten Kriegspropaganda ebenso zunutze wie die Erkenntnisse der in den Vereinigten Staaten entwickelten Reklametechnik. Hitler und seine Mitar-

beiter führten diese Methoden erstmals systematisch in die deutsche Politik ein. Die Propaganda sollte sich auf wenige Schlagworte beschränken, diese ständig wiederholen, den geistigen Anspruch einer politischen Aussage niedrig halten, Differenzierungen möglichst vermeiden, auf das gefühlsmäßige Empfinden der Massen eingehen und nicht so sehr auf den Verstand. Wenn man diese Lehren beachtete, so glaubte Hitler nicht zu Unrecht; könnte die Propaganda eine scharfe Waffe und damit ein echtes Herrschaftsmittel werden, und zwar im innenpolitischen Kampf nicht minder als in einem zukünftigen Kriege.

Ein weiteres Spezifikum der NS-Propaganda war bereits vor 1933 die Verwendung eines Vokabulars, das den Willen zum Gebrauch von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung zum Ausdruck brachte. Hitlers Reden waren mit unflätigen Angriffen gegen die politischen Gegner gespickt. Er pflegte sie als übelste Kriminelle zu beschimpfen und ihnen alle nur denkbar schlechten Eigenschaften zur Last zu legen. Auf diese Weise sollte suggeriert werden, daß man sich im Kampf gegen solche Feinde keinerlei Rücksicht auferlegen dürfe. Zusätzlich wurden die in die Feindrolle gedrängten politischen Gegner durch Tiervergleiche entmenslicht. Schimpfworte wie „Wanze“, „Parasit“, „Ungeziefer“, „Spulwurm“, „Viper“ sollten die Assoziation hervorrufen, daß die so bezeichneten Menschen und Menschengruppen ebenso heimtückische und listige Eigenschaften, wie sie angeblich die zum Vergleich herangezogenen Kleinlebe-

<sup>19)</sup> In diesem Zusammenhang vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

<sup>20)</sup> Vgl. besonders Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1939, Kap. „Kriegspropaganda“, S. 193 ff. und 197 f.; weitere Einzelnachweise in meinem in Anm. 9 genannten Buchbeitrag, S. 100–106.

wesen hätten. Indirekt wurde damit die Möglichkeit ihrer physischen Vernichtung — Ausrottung — nahegelegt.

In der nationalsozialistischen (faschistischen) Propagandasprache<sup>21)</sup> waren Begriffe wie „brutal“, „rücksichtslos“, „unerbittlich“, „mitleidlos“, „unbarmherzig“, „unduldsam“ und „fanatisch“ regelmäßig wiederkehrende Vokabeln. Den Gegner galt es zu „zertrümmern“, zu „vernichten“, zu „beseitigen“, zu „vertilgen“. Hier wird deutlich, daß das Propagandavokabular nichts anderes als der sprachliche Ausdruck einer Politik war, in der die Gewalt ihren dominierenden Platz hatte<sup>22)</sup>. In der Gewaltsprache offenbarte sich der Gewaltcharakter der Politik.

Die NS-Propaganda bot einfache Lösungen der aktuellen Misere an, und dies auf doppelte Weise: Erstens verwies sie mit ihren antisemitischen, antidemokratischen, antipazifistischen und antisozialistischen Feindbildern auf Sündenböcke für das ei-

gene Mißgeschick, kanalisierte damit die angestaute Aggressivität und trug so maßgeblich zur Radikalisierung der ökonomisch gefährdeten Mittelschichten bei. Zweitens präsentierte die NSDAP mit Hitler einen „Führer“, einen „starken Mann“, der angeblich in der Lage war, die abgewirtschafteten Repräsentanten der Republik zu ersetzen und das Wunder allseitiger Besserung der Verhältnisse zu vollbringen.

Hinzu kamen die für Deutschland typischen obrigkeitstaatlichen Traditionen, das wenig ausgeprägte demokratische Bewußtsein und der für einige philosophische Strömungen typische Irrationalismus. Diese Faktoren gehörten mit zur massenpsychologischen Ausgangslage, in welcher die NS-Propaganda ihre beachtlichen Erfolge erzielen konnte. Sie reichten allerdings nie für eine parlamentarische Mehrheit aus, wohl aber für die Entwicklung der NSDAP zur stärksten deutschen Partei (Juliwahlen 1932: 37,8 Prozent der Stimmen).

## Die Inbesitznahme der Propagandamittel

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung in den Besitz der Regierungsmacht gelangt, gingen die NS-Politiker sogleich mit großer Zielstrebigkeit daran, sich die Verfügungsgewalt über sämtliche Institutionen zu verschaffen, die für Propagandazwecke von Bedeutung sein konnten. Das Ziel der NS-Propagandapolitik war von Beginn an die vollständige Monopolisierung politischer Informationen.

Einer der Wege zu diesem Ziel bestand in der rigorosen Einschränkung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch „Notverordnungen“, d. h. durch eine Ausnahmegesetzgebung. Parallel dazu lief die faktische Ausschaltung der innenpolitischen Gegner — erst der Kommunisten, dann der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, schließlich auch der bürgerlichen Parteien.

Die wichtigste institutionelle Neuerung war die Schaffung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“<sup>23)</sup>. Mit der Einrichtung dieser Institution, die ein Novum in der deutschen Geschichte darstellte, machte die von Hitler geführte Regierung deutlich, welchen herausgehobenen Stellenwert sie der Propaganda als eines politischen Führungsmittels zuerkannte. Zum Propagandaminister avancierte der bisherige „Reichspropagandaleiter“ der NSDAP, Joseph Goebbels<sup>24)</sup>, einer der wenigen Intellektuellen im Führungskreis der Partei, ein Mann zudem mit rhetorischer und organisatorischer Begabung, in dem manche einen fast schon genialen Meinungsmacher sahen. Von ersten bis zum letzten Jahr der NS-Herrschaft waren Hitler und Goebbels die tonangebenden Propagandisten, an denen sich ein ganzes Heer nachgeordneter Funktionäre orientierte.

<sup>21)</sup> Die NS-Propagandasprache wurde mehrfach untersucht. Vgl. u. a. Detlev Grieswelle, *Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920—1933*, Stuttgart 1972; Lutz Winckler, *Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache*, Frankfurt 1972; Kenneth Burke, *Die Rhetorik in Hitlers „Mein Kampf“ und andere Essays zur Strategie der Überredung*, Frankfurt 1967.

<sup>22)</sup> Zur Rolle der Gewalt von NS-Kampforganisationen vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, *Die Mobilisierung der Gewalt*, in: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34*, Köln-Opladen 1960, S. 685—972.

<sup>23)</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt 1933 I, S. 104. Einzelheiten über die Aufgaben in: Willi A. Boelcke (Hrsg.), *Kriegspropaganda 1939—1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, Stuttgart 1966, S. 123 ff.; J. Sywottek (Anm. 7), S. 23 ff.

<sup>24)</sup> Über Goebbels informieren bereits mehrere Biographien. Hier seien genannt: Ernest K. Bramsted, *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925—1945*, Frankfurt 1971; Helmut Heiber, *Joseph Goebbels*, Berlin 1962; Viktor Reimann, *Dr. Joseph Goebbels*, Wien-München-Zürich 1971.



Hitler und Goebbels hatten längst erkannt, daß dem Rundfunk<sup>25)</sup> als dem damals modernsten Massenkommunikationsmittel eine Schlüsselrolle bei der ideologischen Uniformierung der deutschen Bevölkerung zufallen würde. Das von Goebbels geleitete Propagandaministerium sicherte sich daher umgehend die Verfügungsgewalt über dieses Medium, indem es sich die Sendeanstalten organisatorisch und wirtschaftlich zuordnete. Eine im Propagandaministerium geschaffene Rundfunkabteilung nahm die inhaltliche Programmgestaltung unter vollständige Kontrolle.

Gleichzeitig ging die NS-Rundfunkpolitik daran, die Massenproduktion billiger Rundfunkgeräte zu beschleunigen, um so die Voraussetzungen für den möglichst wirkungsvollen Einsatz dieses modernsten, aber 1933 in Deutschland noch wenig verbreiteten Mediums zu schaffen<sup>26)</sup>. Bis 1939 wurden so viele Kleinradios — „Volksempfänger“ genannt — produziert, daß 70 Prozent der deutschen Haushalte über ein eigenes Radio verfügten, was eine entscheidende Voraussetzung für die Massenwirksamkeit der NS-Propaganda war.

Der Inbesitznahme des Mediums Rundfunk folgte die „Gleichschaltung“ der Presse<sup>27)</sup>. Das war keine leichte Sache, denn es gab vor 1933 in Deutschland eine so vielfältige Presselandschaft wie in keiner anderen Industrienation. Die NS-Regierung ging hier mehrgleisig vor: Sie beschlagnahmte Zeitungen samt ihrer Druckereien und Verlagsbetriebe und übergab sie der NSDAP. Sie brachte die Berufsorganisationen der Verleger und der Journalisten durch Personalveränderungen auf den eigenen Kurs, und sie stellte durch spezielle gesetzgeberische Maßnahmen (z. B. „Schriftleitergesetz“ vom 4. Oktober 1933) sicher, daß jeder Journalist mit Berufsverbot belangt werden konnte, der sich mit der staatlich verordneten Ideologie nicht in Einklang befand.

<sup>25)</sup> Vgl. dazu die Schriften des NSDAP-Rundfunkexperten Eugen Hadamowski, *Dein Rundfunk. Das Rundfunkbuch für alle Volksgenossen*, München 1934; ders., *Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik*, Oldenburg 1933; ders., *Der Rundfunk im Dienste der Volksführung*, Leipzig 1934.

<sup>26)</sup> Vgl. Klaus Scheel, *Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933—1945*, Berlin (DDR) 1970, S. 61—69; E. K. Bramsted (Anm. 24), S. 126.

<sup>27)</sup> Zur NS-Presspolitik vgl. Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1968; Oron James Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933—1945*, Düsseldorf 1965.

Damit kein Sektor des kulturellen Lebens von der Kontrolle durch den NS-Staat ausgenommen blieb, wurde zusätzlich eine „Reichskulturkammer“ eingerichtet. Unter ihrem Dach arbeiteten die Reichsschrifttumskammer, Reichspressekammer, Reichsrundfunkkammer, Reichstheaterkammer, Reichsmusikkammer, Reichskammer der bildenden Künste und die Reichsfilmkammer. Diese breit gefächerte Aufgabenverteilung spiegelte die Absicht des Regimes wider, alle Bereiche des politischen und kulturellen Lebens lückenlos kontrollieren und steuern zu können.

Als maßgebliches Lenkungsgremium, in dem die inhaltlichen Leitlinien vorgegeben wurden, richtete Goebbels die täglichen Pressekonferenzen im Propagandaministerium ein<sup>28)</sup>. Hier wurden detaillierte Anweisungen, Tagesparolen und Sprachregelungen für sämtliche Medien herausgegeben. Damit waren die organisatorischen, materiellen, personellen und technischen Voraussetzungen für eine umfassende Meinungsmanipulation gegeben. Trotz mancher Kompetenzstreitigkeiten, die für das NS-Herrschaftssystem durchaus charakteristisch waren, arbeitete der zentralisierte NS-Propagandaapparat in der Folgezeit wirkungsvoll.

Diese Schilderung der Inbesitznahme der Medien durch die NS-Regierung könnte den Eindruck erwecken, daß die „Gleichschaltung“ auf diesem Felde der Politik ausschließlich eine Folge des zielstrebigsten und harten Zugreifens der NSDAP war — ein Prozeß also, für den sich in der Literatur der Begriff der „Machtergreifung“ durchgesetzt hat. Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Denn mit dem machtpolitischen Zugriff der Nazis korrespondierte die offene Kollaboration oder zumindest die widerwillig-gehorsame Mitarbeit der meisten etablierten Meinungsmacher. Nur wo diese „Selbstgleichschaltung“<sup>29)</sup> nicht funktionierte, half staatlicher Zwang nach. Nirgendwo durfte auch nur ein Hauch von Pluralität bestehen bleiben. Hitler verlangte im ideologischen Bereich absolute Unterwerfung.

<sup>28)</sup> Siehe Fritz Säger, *Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933—1939*, Wien 1975; W. A. Boelcke (Anm. 23).

<sup>29)</sup> Der Ausdruck „Selbstgleichschaltung“, der den Vorgang adäquat auf den Punkt bringt, stammt von Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln—Berlin 1969, S. 270 f.

## Das Täuschungsmanöver der „Friedensreden“ (1933—1936)

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wurde der Propaganda die Erfüllung einer doppelten Aufgabe abverlangt: Erstens sollte sie den Aufbau des totalitären Herrschaftssystems innenpolitisch begleiten und absichern. Die zweite Aufgabe gehörte noch unmittelbarer in die Politik der Kriegsvorbereitung: Es galt, die materielle und personelle Aufrüstung, die sogleich nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler begonnen wurde — wobei man auf bereits vorliegende Planungen zurückgreifen konnte —, zu verschleiern, und zwar sowohl vor dem Ausland als auch vor der eigenen Bevölkerung, soweit sie nicht unmittelbar von den Maßnahmen betroffen war. Einschüchterung der innenpolitischen Gegner und Verschleierung der Kriegsvorbereitungen: Dies waren die beiden zentralen Rollen, welche die NS-Propaganda nach 1933 zu übernehmen hatte.

In den Äußerungen der führenden NS-Politiker wurde in den Jahren 1933 bis 1936, aber auch noch bis ins Kriegsjahr 1939 hinein, nichts häufiger betont als die absolute Friedenswilligkeit der von Hitler geführten deutschen Regierung<sup>30</sup>). Bereits zwei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler verkündete Hitler in einer viel beachteten Rundfunkrede am 1. Februar 1933<sup>31</sup>), seine „nationale Regierung“ sei erfüllt von der Größe der Pflicht, „für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor“. Kurz darauf erklärte er gegenüber englischen und amerikanischen Pressevertretern<sup>32</sup>), er sei häufig zu Unrecht als ein Mann beschrieben worden, der blutrünstige Brandreden gegen fremde Staaten halte; jeder, der wie er selbst den Krieg kenne, wünsche für das deutsche Volk nichts als Frieden und Ruhe.

Des Reichskanzlers Regierungserklärung zur Außenpolitik vom 17. Mai 1933<sup>33</sup>) wurde — in Fortsetzung der vollmundigen Friedensbeteuerungen der zurückliegenden Monate — von der deutschen Propaganda als große „Friedensrede“ angepriesen. In vielen Sprachen nachgedruckt und weltweit verbreitet, dürfte gerade diese Rede im In- und Ausland viele Menschen hinsichtlich des wahren Cha-

rakters der nationalsozialistischen Politik getäuscht haben. Hitler erklärte bei dieser Gelegenheit — fast schon in der Tonlage eines überzeugten Pazifisten —, ein neuer Krieg wäre ein „Wahnsinn ohne Ende“, er würde nur das europäische Gleichgewicht stören, und daher sei es „der tiefen Wunsch der nationalen Regierung des deutschen Reiches, eine solche unfriedliche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern“.

Worte und Taten: Goebbels mahnte im Rundfunk (17. Juli 1933)<sup>34</sup>), die Welt möge nun doch endlich einsehen, daß die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk nichts sehnlicher wünschten, als in Frieden und in innerer und äußerer Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen und ihr tägliches Brot zu verdienen. Fast gleichzeitig ließ er in einer reichsweiten Aktion pazifistische Literatur öffentlich verbrennen.

Derselbe Propagandaminister Goebbels reiste dann im September 1933 nach Genf, wo in den Sitzungen des Völkerbundes seit geraumer Zeit über Abrüstungsprobleme diskutiert wurde. Vor Vertretern der internationalen Presse, die seiner Einladung gefolgt waren, gab er seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die nationalsozialistische Politik der vergangenen Monate im Ausland auf „Verständnislosigkeit, Mißtrauen oder gar Ablehnung“ gestoßen sei. Erneut behauptete er, das ganze Aufbauwerk der deutschen Regierung habe nichts mit Revanche und Krieg zu tun, sondern sei „von dem Geiste des Friedens getragen“<sup>35</sup>).

Beteuerungen dieser Art hinderten Hitler allerdings nicht daran, wenige Wochen später (am 14. Oktober 1933) bekanntzugeben, daß Deutschland die Abrüstungskonferenz verlassen und aus dem Völkerbund austreten werde. Zur Beschwichtigung des Auslandes wurden wiederum einige „Friedensreden“<sup>36</sup>) gehalten. Intern gestand Hitler jedoch ein, daß nun die Gefahr eines Einmarsches

<sup>30</sup>) Vgl. hierzu in einzelnen meinen Beitrag „Ideologien, Propaganda und Innenpolitik“ (Anm. 9), S. 113—121.

<sup>31</sup>) Text dieser Rede in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945, Bd. I: Triumph (1932—1938), Würzburg 1962, S. 191—194, hier: S. 193.

<sup>32</sup>) Ebda., S. 200.

<sup>33</sup>) Ebda., S. 273.

<sup>34</sup>) Rundfunkrede von Goebbels am 17. Juni 1933, abgedruckt in: Joseph Goebbels, Signale der neuen Zeit, München 1938, S. 185. Zur Rolle des „Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“ in der Phase 1933—1939 vgl. jetzt auch: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Elke Fröhlich, Bde. 2 und 3, München—New York—London—Paris 1987.

<sup>35</sup>) J. Goebbels (Anm. 34), S. 234 ff.

<sup>36</sup>) Texte der Reden Hitlers in: M. Domarus (Anm. 31), S. 306 f., S. 314.

französischer Truppen in das Rheinland bestand. Tatsächlich geschah jedoch nichts dergleichen.

Vielleicht lag das Ausbleiben deutlicherer ausländischer Reaktionen auch daran, daß die NS-Propaganda sich zu diesem Zeitpunkt insgesamt sehr zurückhaltend und defensiv gab. So wurde zum Beispiel das Thema „Antibolschewismus“<sup>37)</sup> in der Form der Bollwerk-These vorgetragen. Man behauptete, das NS-Regime könne für sich in Anspruch nehmen, Deutschland und Europa und damit zugleich die „abendländische Kultur“ überhaupt vor dem Bolschewismus gerettet zu haben, indem es sich diesem als unüberwindliches Bollwerk in den Weg gestellt habe. Propagandistische Variationen dieser Art machten nicht nur beim deutschen Bürgertum Eindruck, sondern auch im westlichen Ausland — in Frankreich nicht weniger als in Großbritannien und in den USA, vom faschistischen Italien ganz zu schweigen.

Das nach den Friedensbeteuerungen zweithäufigste Propagandathema war die Forderung nach Gleichberechtigung für Deutschland<sup>38)</sup>. Da Parolen wie „Revision von Versailles“ und „Gleichberechtigung für die Deutschen“ keine Erfindung der NS-Propaganda darstellten, sondern seit der Weimarer Zeit zum gängigen Sprachschatz der politischen Rechten gehörten, fiel es nicht schwer, der deutschen Bevölkerung und dem Ausland zu suggerieren, das NS-Regime wolle letztlich doch nichts anderes als die friedliche Außenpolitik der früheren Weimarer Regierungen fortzusetzen.

Man mußte schon genauer hinschauen, um zu erkennen, daß die Gleichberechtigungs-Forderung einen bestimmten politischen Kern hatte, nämlich in der Rüstungsfrage. Darüber wurde auch offen gesprochen. Hitler erklärte in seiner bereits erwähnten „Friedensrede“ vom 17. Mai 1933, Deutschland wolle eine „tatsächliche Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen“, um sogleich hinzuzufügen, wenn die anderen Staaten nicht abrüstungswillig seien, dann müsse Deutschland auf seiner Forderung nach Gleichberechtigung bestehen, was nichts anderes hieß als: auf seinem Recht zur Aufrüstung.

Die Abrüstungsforderung, von der NS-Propaganda nicht minder virtuos in Szene gesetzt, richtete sich ausschließlich an die Adresse der anderen europäischen Staaten. Deutschland, so wurde argumen-

tiert, habe infolge der militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages längst einseitig abgerüstet und warte nun seit Jahren vergebens auf die Einlösung des Abrüstungsversprechens der anderen. Diese Argumentation bot dann auch das geeignete Alibi für den Austritt aus dem Völkerbund und aus der Genfer Abrüstungskonferenz.

Hitler bestritt nicht, daß er eine Revision des Versailler Vertrages wollte. Dabei berief er sich auf das Nationalitätenprinzip: Es liege im Interesse aller, eine Neuordnung der Staaten nach den wirklichen Volksgrenzen in vernünftiger Weise zu bewerkstelligen. Natürlich wolle Deutschland die Revision nur auf friedlichem Wege, nämlich durch Verhandlungen.

Betrachtet man die Propagandathemen, welche vom NS-Regime in den Jahren 1933 bis 1936 in den Vordergrund gestellt wurden, noch einmal zusammenfassend, so fällt ein gemeinsamer Grundzug auf: Sie waren allesamt populär, und sie konnten, für sich allein genommen, also ohne Berücksichtigung der Taten Hitler-Deutschlands, durchaus als eine kontinuierliche Fortsetzung der Politik der Weimarer Regierungen mißverstanden werden.

Auch die ausschließlich auf die innenpolitische Szene gemünzte Propaganda war in diesen Jahren der geheimen Aufrüstung eher zurückhaltend und keineswegs leicht zu durchschauen. Man beschränkte sich auf die Verherrlichung von Tugenden, die der konservativ-nationalistischen Ideen- und Wertewelt seit jeher vertraut waren und die jetzt zur Staatsideologie erhoben wurden, ohne deswegen schon aggressiv zu wirken: Edelmut, Heroismus, Männlichkeit, Opferbereitschaft, Disziplin, Einordnungsvermögen, glühende Hingabe an den Staat und an die gemeinsame nationale Sache.

Es war unter propagandistischen Gesichtspunkten schon gekonnt, wie Hitler, Goebbels und ihre vielen Helfer die geheime materielle und personelle Mobilmachung<sup>39)</sup> in den ersten drei bis vier Jahren der NS-Herrschaft verschleierten. Ein grandioses Täuschungsmanöver, das seinen Zweck im großen und ganzen erfüllte; denn das NS-Regime konnte in jenen Jahren, vom Ausland ungestört, den raschen Ausbau seiner militärischen Macht bewerkstelligen. Rückblickend hat sich Goebbels später (1940) in triumphierender Weise mit den Erfolgen seiner Propagandastrategie gebrüstet: „Bis jetzt ist es uns gelungen, den Gegner über die eigentlichen Ziele

<sup>37)</sup> Zur antibolschewistischen Propaganda vgl. J. Sywottek (Anm. 7), S. 104 ff.; W. Wette (Anm. 9), S. 116 ff.

<sup>38)</sup> Zur Analyse dieser und der folgenden Propagandathemen vgl. W. Wette (Anm. 9), S. 114—121.

<sup>39)</sup> Siehe im einzelnen Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I (Anm. 1), S. 369—532.

Deutschlands im unklaren zu lassen, genauso wie unsere innenpolitischen Gegner bis 1932 gar nicht gemerkt hatten, wohin wir steuerten, daß der Schwur auf die Legalität nur ein Kunstgriff war. Wir wollten legal an die Macht kommen, aber wir wollten sie doch nicht legal gebrauchen . . . Man hätte uns ja erdrücken können . . . Nein, man hat uns durch die Gefahrenzone hindurch gelassen. Genau so war das in der Außenpolitik . . . 1933 hätte ein französischer Ministerpräsident sagen müssen (und wäre ich französischer Ministerpräsident gewesen, ich hätte es gesagt): Der Mann ist Reichskanzler geworden, der das Buch ‚Mein Kampf‘ geschrieben hat, in dem das und das steht. Der Mann kann nicht in unserer Nachbarschaft geduldet werden. Entweder er verschwindet, oder

wir marschieren. Das wäre durchaus logisch gewesen. Man hat darauf verzichtet. Man hat uns gelassen, man hat uns durch die Risikozone ungehindert durchgehen lassen, und wir konnten alle gefährlichen Klippen umschiffen, und als wir fertig waren, gut gerüstet, besser als sie, fingen sie den Krieg an.“<sup>40)</sup>

Mit Ausnahme der Behauptung, die anderen hätten den Krieg angefangen, entsprach dieser Rückblick des Propagandaministers durchaus den Tatsachen. Denn die ersten Jahre der forcierten Aufrüstung, von Goebbels als „Risikozone“ bezeichnet, riefen – nicht zuletzt dank der Verschleiерungs- und Täuschungspropaganda – keine der Siegermächte des Ersten Weltkrieges auf den Plan.

## Wehrmachtpropaganda

Die Rolle der Wehrmacht bei der psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung für den geplanten Krieg war in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft ganz auf den Bereich der Innenpolitik beschränkt. Sämtliche Propagandathemen, die in irgendeiner Weise das Feld der Außenpolitik berührten, behielt sich Goebbels vor.

Was er von der Wehrmacht erwartete, offenbarte Hitler den Befehlshabern der Reichswehr bereits in der ersten Besprechung<sup>41)</sup>, wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler. Offen sprach er seine weitreichenden Kriegspläne an, nämlich „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“, um dann die Aufgabe der Offiziere in der Phase der Kriegsvorbereitung zu erläutern: Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln; Einstellung der Jugend und des gesamten Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf Deutschland retten könne; keine Duldung pazifistischer Gesinnung; Aufbau der Wehrmacht und Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht. Diese Vorstellungen kamen den Wünschen der Militärs in so hohem Maße entgegen, daß man von einer Identität

der Interessen von NS-Regierung und Wehrmacht ausgehen kann.

Wie die führenden NS-Propagandisten waren auch die maßgeblichen Offiziere des Reichswehrministeriums – es wurde 1935 bezeichnenderweise in „Reichskriegsministerium“ umbenannt – der Ansicht, daß die Propaganda in einem künftigen Kriege eine wesentlich größere Rolle spielen werde als bislang, daß ferner schon in der Phase der Kriegsvorbereitung die psychologische Mobilmachung der Soldaten wie der ganzen Bevölkerung gleichrangig neben die personelle und materielle Mobilmachung treten müsse.

Ansätze zur Verwirklichung dieser Vorstellungen hatte es bereits in der Weimarer Republik gegeben. Aber erst jetzt hatten die Militärs freie Bahn, um ihren Beitrag zur „geistigen Kriegführung“ zu leisten. Da das von Goebbels dirigierte Propagandaministerium die „große“ Propaganda machte, konnte sich die Wehrmacht in der „Risikozone“ auf die Sympathiewerbung für das Militär konzentrieren. Daneben liefen – natürlich im geheimen – die organisatorischen Vorbereitungen für die künftige psychologische Kriegführung<sup>42)</sup>, also besonders für die Frontpropaganda, die mit dem Beginn der Kampfhandlungen einsetzen sollte.

In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Sympathiewerbung für die Wehrmacht nicht nur von den verschiedenen militärischen

<sup>40)</sup> Geheime Erklärung von Goebbels am 5. April 1940 vor geladenen Vertretern der deutschen Presse. Auszugsweise abgedruckt in: Hans-Adolf Jacobsen, Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt 1965, S. 180 f.

<sup>41)</sup> Rede Hitlers vor den Wehrmacht-Befehlshabern am 3. Februar 1933. Text in: Hans-Adolf Jacobsen, 1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961<sup>5</sup>, S. 95 f.

<sup>42)</sup> Vgl. Hasso von Wedel, Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962.

Institutionen betrieben wurde, sondern auch von vielen anderen Organen der Partei und des Staates, zum Beispiel von der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), von den Schulen und Universitäten, der Hitler-Jugend, der SA, dem „Arbeitsdienst“ und anderen. Die kontinuierliche Indoktrination

der deutschen Bevölkerung mit soldatischen und heroischen Idealen war institutionell vielseitig abgesichert und konnte daher, sämtliche Entwicklungsstadien eines heranwachsenden Jugendlichen berücksichtigend, permanent betrieben werden.

## Einschüchterungspropaganda

In den „Friedensjahren“ 1933 bis 1939, die in Wirklichkeit Jahre der intensiven Kriegsvorbereitung waren, läßt sich kein bestimmtes Datum ausmachen, von dem an die deutsche Propaganda sichtbar von ihrem Friedensthema auf eine dezidiert militaristische Gangart umgeschaltet hätte, die man bereits als unmittelbare Einstimmung auf den bevorstehenden Krieg ansehen könnte. Die Propaganda vollzog keinen plötzlichen Schwenk, sondern sie änderte ihre Stoßrichtung in einem mehrjährigen, abgestuften Prozeß. Etwa seit dem Frühjahr 1936 – bereits ein Jahr zuvor war die Allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt worden – wurden die heuchlerischen Beschwörungen der Friedensliebe mit deutlichen Hinweisen auf die zwischenzeitlich wiedergewonnene eigene militärische Machtstellung verbunden. Verbales „Säbelrasseln“ war fortan ein fester Bestandteil der Verlautbarungen des NS-Regimes.

In diesen Jahren (1936–1939) weitete das NS-Regime Zug um Zug seinen machtpolitischen Handlungsspielraum aus. Dabei folgten die einzelnen Aktionen einem ziemlich einheitlichen Handlungsmuster: Das von Hitler gesteckte politische Teilziel wurde zunächst propagandistisch aufbereitet; mit dem Einsatz militärischer Gewalt wurden sodann, unter Ausnutzung des Überraschungsmoments, in raschem Zugriff vollendete Tatsachen geschaffen; hernach fiel der Propaganda die Aufgabe zu, der Weltöffentlichkeit zu versichern, daß das Deutsche Reich nun keine weiteren territorialen Ansprüche mehr habe und die Erhaltung des Friedens nach wie vor das höchste Ziel der deutschen Regierung sei. Gleichzeitig wurde jedoch mit einem drohenden Unterton auf die inzwischen zurückgewonnenen militärischen Fähigkeiten hingewiesen. Auf die Phase der Einschläferung folgte so die Phase der Einschüchterung.

Nach diesem Handlungsmuster vollzog sich die „Remilitarisierung des Rheinlandes“: Am 7. März 1936 marschierten deutsche Truppen überraschend in das laut Versailler Vertrag entmilitarisierte

Rheinland ein. Um erwartete Proteste oder gar Gegenaktionen des Auslandes zu entschärfen und um von seinen weitergehenden Absichten abzulenken, zauberte Hitler unmittelbar nach dem Einmarsch ein Sieben-Punkte-Programm zur Errichtung eines Systems der „europäischen Friedenssicherung“ aus dem Hut<sup>43)</sup>. Es enthielt ein Angebot zum Abschluß von Nichtangriffspakten und bewegte sich im übrigen im Rahmen der seit mehreren Jahren erprobten „Friedensreden“. Drei Wochen später ließ Hitler die deutsche Bevölkerung auf dem Wege einer Rundfunkansprache wissen: „Ich glaube nicht, daß in der Welt ein Mann mehr von Frieden und für den Frieden geredet und gerungen hat als ich.“<sup>44)</sup> Gleichzeitig verkündete die Propaganda, mit der Remilitarisierung des Rheinlandes sei der Kampf um die Gleichberechtigung Deutschlands abgeschlossen. Hitler wurde der Bevölkerung damit als erfolgreicher Vollstrecker der in der Weimarer Zeit erfolglos gebliebenen Bestrebungen zur Revision des Versailler Vertrages präsentiert.

Während des NSDAP-Parteitagess von 1937 drohte Hitler offener als je zuvor mit dem Einsatz der Wehrmacht, wobei er ganz allgemein auf eine angebliche „bolschewistische Weltgefahr“ hinwies. Heute sei jedenfalls die Zeit vorbei, in der man einem wehrlosen Volk alles habe zumuten können. Die deutschen Soldaten seien heute sogar noch besser als früher<sup>45)</sup>.

Am 20. Februar 1938 legte Hitler vor dem – ausschließlich aus Nationalsozialisten zusammengesetzten – Reichstag einen Rechenschaftsbericht

<sup>43)</sup> Vgl. Regierungserklärung Hitlers vom 7. März 1936, in: M. Domarus (Anm. 31), S. 583 ff.

<sup>44)</sup> Rundfunkrede Hitlers vom 28. März 1936, in: M. Domarus (Anm. 31), S. 614 ff.; Einzelheiten bei W. Wette (Anm. 9), S. 129; dort auch Ausführungen über die deutsche Propaganda während der Olympischen Spiele 1936 in Berlin, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann.

<sup>45)</sup> Hitlers Rede auf dem Parteitag von 1937, in: M. Domarus (Anm. 31), S. 726 ff.

über die zurückliegenden fünf Jahre ab<sup>46</sup>). Es war für ihn eine gute Gelegenheit, gegenüber dem Ausland wie der eigenen Bevölkerung die inzwischen erreichte Machtfülle zu demonstrieren: „Das deutsche Friedensheer ist aufgestellt! Eine gewaltige Luftwaffe schützt unsere Heimat! Eine neue Macht zur See unsere Küsten! Inmitten der gigantischen Steigerung unserer allgemeinen Produktion wurde es möglich, eine Aufrüstung ohnegleichen durchzuführen!“ Weiterhin redete Hitler von „Verteidigen bis zum letzten Atemzug“, von „blinder Treue und blindem Gehorsam“, von „blitzschnellem Handeln“, falls das Ausland zu intervenieren beabsichtige, sowie von „Stahl und Eisen“, das die deutsche Heimat schützen würden.

Das Jahr 1938 brachte eine weitere Steigerung der verbalen Aggressivität in der nationalsozialistischen Propaganda. Die Friedensphrasen traten zunehmend hinter unmißverständlichen Drohungen zurück, Deutschland sei künftig zum Äußersten entschlossen und zu keinem Kompromiß mehr bereit.

Am 12. März 1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein<sup>47</sup>). Die Propaganda pries diese neuerliche Aggressionshandlung als „Freundschaftsbesuch“ und als „Friedenswerk“. Hitler, so hieß es, habe Österreich davor bewahrt, wie Spanien im Bürgerkrieg zu versinken. Durch den „Anschluß“ des deutschsprachigen Nachbarlandes sei Deutschland nun wieder eine „Weltmacht“ geworden, die von keiner anderen Macht mehr bezwungen werden könne.

Das nächste Ziel Hitlers war die Tschechoslowakei. Goebbels inszenierte einen regelrechten Propagandafeldzug<sup>48</sup>), um eine militärische Lösung der sogenannten Sudetenkrise — die angeblich durch tschechische Gewalttätigkeiten gegen den sudetendeutschen Bevölkerungsteil hervorgerufen war — vorzubereiten. Durch diese Kampagne entstand in der deutschen Bevölkerung, wie wir aus den Berichten der Meinungsforschungsinstanzen des „Dritten Reiches“ wissen<sup>49</sup>), erstmals eine aktuelle und konkrete Kriegsfurcht<sup>50</sup>). Sie wich einer allgemeinen Erleichterung, als Ende September 1938 überraschend das Treffen Hitlers mit dem britischen Premierminister Chamberlain, dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und dem italienischen Diktator Mussolini zustande kam, das mit dem Münchener Abkommen endete. Es forderte die — an der Münchener Konferenz nicht beteiligte — Tschechoslowakei auf, die Sudetengebiete bis zum 10. Oktober 1938 zu räumen, woraufhin der Einmarsch deutscher Truppen in dieses Gebiet erfolgte.

Im In- und Ausland herrschte allgemeine Erleichterung darüber, daß es noch einmal gelungen war, den Krieg zu vermeiden. Die deutsche Propaganda pries Hitler in den höchsten Tönen, weil diese Entwicklung angeblich sein Verdienst gewesen sei. Dieser zeigte sich von dem unblutig errungenen Sieg allerdings eher enttäuscht und visierte für das kommende Frühjahr seine nächsten Teilziele an, nämlich die Eroberung der „Resttschechei“ und des an der Ostgrenze gelegenen Memelgebietes.

## Die „pazifistische Platte“ wird abgesetzt

Der Umstand, daß es während der Sudetenkrise zu einem raschen Ansteigen der Kriegsfurcht in der deutschen Bevölkerung gekommen war, zeigte der NS-Führung, daß die psychologische Mobilmachung noch nicht jenes Stadium erreicht hatte, das die Propagandisten für nötig hielten. Daher kam Hitler nun zu der Überzeugung, der Zeitpunkt sei

gekommen, die bereits seit längerem eingeleitete Umstellung von den sanften Friedensbeteuerungen auf Drohgebärden zu forcieren. Dabei ging es ihm in erster Linie darum, auf die deutsche Bevölkerung einzuwirken, sie psychologisch auf kriegerische Lösungen vorzubereiten, und erst in zweiter Linie um die Einschüchterung des Auslandes.

<sup>46</sup>) Reichstagsrede Hitlers vom 20. Februar 1938, in: M. Domarus (Anm. 31), S. 796 ff.

<sup>47</sup>) Vgl. Gerhard Botz, Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938—1940), Wien—Zürich—München 1972.

<sup>48</sup>) Vgl. im einzelnen E. K. Bramsted (Anm. 24), S. 241 ff.; J. Sywottek (Anm. 7), S. 121 ff.

<sup>49</sup>) Diese aufschlußreichen Stimmungsberichte liegen jetzt gedruckt vor: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. und eingeleitet von Heinz Boberach, 17 Bände, Herrsching 1984.

<sup>50</sup>) Vgl. Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf—Wien 1970, S. 77 ff.

Diesen neuen Propagandakurs verkündete Hitler persönlich in einer Geheimrede, die er am 10. November 1938 vor etwa 400 deutschen Journalisten und Verlegern, darunter sämtlichen Spitzenfunktionären des NS-Propagandaapparates, hielt. Bei dieser Gelegenheit sprach er in aller Offenheit aus, daß die Friedensphrasen der zurückliegenden Jahre ein großes Täuschungsmanöver darstellten, um die eigene Aufrüstung propagandistisch abzuschirmen und das In- und Ausland irrezuführen. Für das Verständnis der psychologischen Mobilmachung der deutschen Bevölkerung auf den nunmehr absehbaren Kriegsbeginn stellt diese Rede ein Schlüsseldokument dar. Daher werden hier wichtige Passagen im Wortlaut wiedergegeben:

*„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahin führen, daß sich in den Gehirnen vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu bewahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde vor allem auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defaitismus gerade die Erfolge des heutigen Regimes nehmen würde und nehmen müßte. Der Zwang war die Ursache, warum ich jahrelang nur vom Frieden redete. Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit den Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt*

*zu schreien begann. Das heißt also, bestimmte Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im guten abstellen kann, dann muß man es mit Gewalt abstellen; so aber kann es auf keinen Fall weitergehen.“* Diese Umstellung der Propaganda, fuhr Hitler fort, sei seit Monaten planmäßig begonnen, planmäßig fortgeführt und verstärkt worden. Die „pazifistische Platte“ habe sich jetzt „bei uns abgespielt“, weil man ihr ohnehin nicht mehr glaube<sup>51)</sup>.

Gemäß den Weisungen des Diktators stand das Jahr bis zum Beginn des Krieges im September 1939 im Zeichen einer planmäßigen psychologischen Mobilmachung für den Krieg. Durch eine Intensivierung der Wehrmachtpropaganda sollte das Selbstvertrauen des deutschen Volkes zu seiner eigenen Kraft, d. h. zu seinen militärischen Mitteln gestärkt werden. Die Wehrmacht wurde nun durch alle zur Verfügung stehenden Publikationsmittel in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Ganz allmählich und eher indirekt machte die Propaganda die Bevölkerung auch mit einem Kriegsziel vertraut. Es gehe, wie nun mehrfach zu vernehmen war, um die Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes, was nur durch die Erweiterung seines „Lebensraums“ möglich sein werde. Diese öffentliche Propagierung des Lebensraumprogramms begann mit Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939<sup>52)</sup>. In allgemeiner Weise wurde von besitzenden und besitzlosen Völkern geredet und die Schlußfolgerung gezogen, daß Deutschland nicht auf die Dauer zu den besitzlosen gehören könne. Da war es dann nicht mehr weit bis zu der Argumentation, nur bei einem Macht- und Besitzausgleich sei „wirklicher Frieden“ möglich. Die Lebensraumpropaganda spielte bei der militärischen Besetzung des restlichen Teils der Tschechoslowakei im März 1939 erstmals eine größere Rolle.

<sup>51)</sup> Hitlers Rede vom 10. November 1938, in: M. Domarus (Anm. 31), S. 973–977, hier: S. 974.

<sup>52)</sup> In: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. II: Untergang (1939–1945), Würzburg 1963, S. 1047–1067; zum Lebensraum-Programm S. 1053 f.

## Einkreisungspropaganda und prophylaktische Kriegsschuldabwälzung

Im Frühjahr und Sommer 1939 wurde die Propaganda direkt auf die unmittelbare Kriegsvorbereitung zugeschnitten. Zwei Themen traten jetzt in den Vordergrund: Erstens die Behauptung, Deutschland werde von feindlichen Mächten eingekreist — eine ähnliche Propaganda hatte schon vor 1914 zur Mobilisierung für den Krieg beigetragen<sup>53)</sup>, zweitens die vorsorgliche Schuldzuweisung an die anderen Staaten, falls diese nicht zur Erfüllung der deutschen Lebensraumforderungen bereit sein sollten.

Um bei der deutschen Bevölkerung Bedrohtheitsgefühle zu stimulieren, behauptete die NS-Propaganda nun, in England säßen böse Kriegshetzer, die einen Eisenring um das friedliebende Deutschland zu legen versuchten<sup>54)</sup>. England, Frankreich und die USA verträten die Interessen des „Weltjudentums“, der „Weltdemokratie“ und damit auch des „Weltbolschewismus“. Das Ziel dieser Feindbildfixierung war klar: Die Deutschen sollten glauben, sie befänden sich in der gleichen Situation wie 1914, umgeben von neidischen Nachbarn und kriegshetzerischen Konkurrenten, die das friedliebende Deutsche Reich überfallen wollten.

Der Kampf gegen jenen Paragraphen des Versailler Vertrages, welcher das wilhelminische Deutschland mit der Kriegsschuld belastete, hatte seit dem Jahre 1919 unter dem Stichwort „Kriegsschuldlüge“ zur propagandistischen Standardausrüstung der deutschen Nationalisten gehört. Die NS-Propaganda nahm dieses Stichwort nun in veränderter Form wieder auf, um bereits im Vorfeld einer kriegerischen Auseinandersetzung die voraussichtlichen

Gegner — nämlich zunächst Großbritannien, Frankreich und dann auch die USA — mit dem Odium der Kriegsschuld zu belasten. Da Krieg, wie die nationalsozialistischen Führer wußten, trotz aller psychologischen Mobilisierungsbemühungen nach wie vor unpopulär war, sollte bereits prophylaktisch klargestellt werden, daß Deutschland einem Abwehrkampf, also einem Verteidigungskrieg entgegengehe<sup>55)</sup>. Konnten die eigenen Aggressionspläne auf diese Weise glaubhaft verschleiert werden?

Seit Mai 1939 wartete Hitler auf eine passende Gelegenheit, Polen anzugreifen. Da sie sich nicht von alleine einstellte, ließ Hitler Ende August einen fingierten polnischen Angriff auf den deutschen Sender Gleiwitz inszenieren, um die eigenen Maßnahmen als Verteidigungshandlungen hinstellen zu können. Vorab bereitete seit August 1939 eine antipolnische Verteufelungskampagne — mit frei erfundenen Schilderungen polnischer Terrorakte gegen in Polen lebende Deutsche — den Boden. Sie verfolgte das Ziel, ein gewaltsames Vorgehen als notwendig, ja als unabwendbar erscheinen zu lassen.

Den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, der am 1. September 1939 begann, verkaufte die deutsche Propaganda als „Gegenschlag“. Es werde „zurückgeschossen“, behauptete Hitler. Als der deutschen Aktion die Kriegserklärungen Großbritanniens und Frankreichs folgten, war es selbstverständlich, daß die NS-Propaganda in Fortsetzung ihrer seit längerem eingeübten Linie die Version verbreitete, Deutschland befände sich in einem aufgezwungenen und daher gerechten Krieg. Damit hatte die seit 1933 zielstrebig verfolgte Täuschungspropaganda ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht.

<sup>53)</sup> Zur Parallele der Einkreisungspropaganda in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege vgl. die Untersuchung von Lindley Fraser, *Kriegsschuld und Propaganda. Deutschland zwischen zwei Weltkriegen*, Zürich 1947.

<sup>54)</sup> Goebbels veröffentlichte in der NSDAP-Zeitung „Völkischer Beobachter“ im Mai/Juni 1939 mehrere Aufsätze über die angebliche „Einkreisung“. Einzelheiten bei W. Wette (Anm. 9), S. 135.

<sup>55)</sup> Die Propaganda der prophylaktischen Kriegsschuldabwälzung wird ausführlich analysiert bei J. Sywottek (Anm. 7), S. 186 ff.



## Kriegsfurcht in der deutschen Bevölkerung

Anders als am Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 war im September 1939 in der deutschen Bevölkerung von Kriegsbegeisterung wenig zu spüren. Die Stimmung war eine völlig andere – gekennzeichnet durch Betroffenheit, Angst, Apathie, Passivität, Beklemmung, Unruhe. Die Deutschen – zumindest der größere Teil der deutschen Bevölkerung – wollten keinen Krieg. Die in den Jahren 1933 bis 1939 verfaßten Stimmung- und Lageberichte, die uns ein ziemlich genaues Bild von der Einstellung der deutschen Bevölkerung vermitteln, lassen keinen anderen Schluß zu als den, daß „die Deutschen nicht aggressionslüstern oder kriegsbegeistert, sondern eher resigniert, voller Kriegsfurcht und Friedenssehnsucht waren“<sup>56</sup>). Bedeutete dies, daß die psychologische Mobilmachung, die das NS-Regime mit so großem Aufwand betrieben hatte, mißlungen war?

Die Beantwortung dieser Frage hängt von dem Maßstab ab, den man anlegt. Wenn es das Propagandaziel der NS-Regierung war, eine an den Erfahrungen des August 1914 orientierte Kriegsbegeisterung zu entfachen, so läßt sich eindeutig sagen, daß dieses Ziel verfehlt wurde. Die deutsche Bevölkerung hatte die bis 1938 weitgehend gewaltlos erungenen außenpolitischen Erfolge Hitlers begrüßt. Aber die Furcht vor einem neuen Krieg war dadurch nicht geschwunden. Auch lebten die friedensbewahrenden Traditionen, denen sich die 1933 verbotene sozialistische Arbeiterbewegung und der bürgerliche Pazifismus verbunden fühlten, fort, auch wenn sie 1939 längst nicht mehr artikuliert werden konnten. Das großangelegte Täuschungsmanöver der mehrjährigen regierungsamtlichen Friedensbeteuerungen hatte bei vielen Deutschen – zumindest zeitweilig – die illusionäre Hoffnung wachsen lassen, die Naziführer könnten es mit ihren Friedensabsichten doch ernst meinen. Tatsächlich hatte die Friedensdemagogie Neben- und Folgewirkungen, die sich selbst in der letzten Phase der psychologischen Mobilmachung (zwischen November 1938 und September 1939) nicht mehr vollständig neutralisieren ließen.

Eine freudige Kriegsbejahung hat es am Beginn des Zweiten Weltkrieges nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung gegeben. Bei der Mehrheit dominieren Widerwillen und Furcht. Aber diese Mehrheit, die auch nach dem Beginn des Krieges immer wie-

der Friedenshoffnungen anhing, sah keine Möglichkeit, diesen Hoffnungen und Wünschen Ausdruck zu geben oder sie gar politisch wirksam werden zu lassen. Der NS-Propaganda war es zwar nicht gelungen, diese Mehrheit der Deutschen auf ihren Kriegskurs mitzureißen, aber sie hatte etwas anderes zu bewerkstelligen vermocht, nämlich eine weitgehende Desorientierung der Bevölkerung über die wirklichen Absichten der deutschen Regierung wie auch die der anderen Mächte. Der Strudel von propagandistischen Schlagworten – „Plutokraten“, „Weltjudentum“, „Lebensraum“, „Einkreiser“, „Weltbolschewismus“ – hinterließ allenthalben Verwirrung.

Gab es wirklich Feinde, die Deutschland angreifen wollten? Waren es die angelsächsischen Plutokraten? Oder die Polen, angestiftet von Franzosen und Engländern? Oder das angeblich allgegenwärtige Weltjudentum? Oder der Weltbolschewismus, mit dem man allerdings soeben einen Nichtangriffsvertrag (Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939) geschlossen hatte? War Deutschland schon wieder eingekreist?

Die desinformierte und desorientierte deutsche Bevölkerung wußte auf diese Fragen keine klaren Antworten zu geben. Aber es war der auf Verwirrung angelegten NS-Propaganda immerhin doch gelungen, ein unbestimmtes Gefühl des Bedrohtseins zu wecken. Hinzu kam die in Deutschland weit verbreitete fatalistische Einstellung, der zufolge Krieg ein schicksalhafter Vorgang sei, den man von Zeit zu Zeit zu erleiden hatte. Schließlich wirkte sich nun die jahrelange Einschüchterung, Disziplinierung und Verfolgung der innenpolitischen Gegner aus. Dies alles zusammen genommen führte 1939 dann zu jenem Minimum an Kriegsbereitschaft, das Hitler und seine Leute benötigten, um den lange geplanten Kriegskurs in die Tat umzusetzen. Es manifestierte sich bei der deutschen Bevölkerung als widerwillig-loyales Verhalten.

Beim Beginn des Zweiten Weltkrieges schrien die Deutschen nicht „Hurra!“ wie 1914, aber sie folgten. Die meisten von ihnen wollten keinen Krieg, schon gar keinen Weltkrieg, aber sie verhielten sich letztlich doch so, wie die nationalsozialistische Regierung es wünschte: keine Revolution, keine massenhafte Weigerung, nicht einmal verbaler Widerspruch. Fatalismus und Angst vor dem allmächtig erscheinenden Unterdrückungsapparat wiesen auf den Weg des widerwilligen Gehorsams.

<sup>56</sup> M. G. Steinert (Anm. 50), S. 26. Weitere Belege für diesen Befund bei W. Wette (Anm. 9), S. 25 ff. und 137 ff.

Gerhard Schreiber

# Der Zweite Weltkrieg in der internationalen Forschung

Konzeptionen, Thesen und Kontroversen

*Dem Andenken an Andreas Hillgruber (1925–1989) gewidmet*

Am 23. Juli 1939 erschien in der Basler Nationalzeitung ein Beitrag von Thomas Mann, in dem der emigrierte Dichter und Gegner des Nationalsozialismus geradezu prophetisch feststellte: „und wenn Kriege, zerstörender und barbarischer als der Dreißigjährige, über Europa hingehen und es atomisiert und um Jahrhunderte zurückgeworfen hinterlassen werden, er, der Feind der Menschheit, wird der Urheber gewesen sein“<sup>1)</sup>. Auf dem europäischen Kontinent begann der erste jener Kriege, die schließlich in eine weltweite militärische Auseinandersetzung mündeten, nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung des zitierten Aufsatzes über „Kultur und Politik“ — am 1. September 1939. Das Morden, Töten, Sterben, Leiden und Zerstören dauerte hier genau 56 Monate und acht Tage.

Die Zahl der Publikationen über den Zweiten Weltkrieg, der das alte Europa endgültig vernichtete und die internationale Mächtekonstellation revolutionierte, ist längst Legion. Selbst der Fachmann vermag die zum Thema vorhandene Literatur nicht mehr zu überschauen, da es kaum einen Zeithistoriker gibt, den dieser Wendepunkt in der Weltgeschichte nicht beschäftigte. Es erscheint nahezu ausgeschlossen, daß es noch unentdeckte Aspekte der Entwicklung zwischen 1939 und 1945 geben

könnte. Wenn dennoch die meisten Fragen offen oder kontrovers diskutiert werden, so ist das ganz einfach in der Logik der Geschichtswissenschaft begründet, der letzte Aussagen in der Regel fremd sind. Denn die historische Wahrheit gestattet es lediglich, sich ihr anzunähern. Bezogen auf Hitler und die von seinem Regime eingeleitete Schreckenszeit der Menschheit geht es vor allem darum, das Wesen der einzelnen Ereignisse und den Charakter des Gesamtgeschehens immer präziser zu definieren, um letztlich zu einer überzeugenden geschichtlichen Ortsbestimmung des Phänomens zu gelangen.

In der Öffentlichkeit sind es hingegen in erster Linie die Folgen des Orlogs, die es fünfzig Jahre nach seiner Entfesselung unmöglich machen, die Begebenheiten jener Tage mit distanzierter Gleichmut zu betrachten. Das Entsetzen tauchte nicht ein in das Schweigen der Vergangenheit. Der Zweite Weltkrieg blieb auf mannigfache Weise gegenwärtig: in den Opfern, die er forderte, in der existenziellen Angst, die er weckte und am Leben erhält, sowie in der Friedenssehnsucht, die bei zahllosen Menschen nach 1945 aufkam und sich mit wachsendem Abstand vom Kriegsende zunehmend Ausdruck verschafft.

## I. Bemerkungen zu einigen konzeptionellen Problemen einer Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges

Die internationale Historiographie über diese epochale Zäsur ist dadurch gekennzeichnet, daß das Gros der Veröffentlichungen einer Art mikrohistorischer Betrachtungsweise anhängt. Im Rahmen von relativ eng begrenzten Fragestellungen bemühen sich die Autoren, politische, soziale, wirtschaft-

liche, militärische oder auch technische Details herauszuarbeiten. Derartige Spezialstudien bilden im allgemeinen nützliche Vorarbeiten für eine noch zu schreibende Gesamtdarstellung.

Gleiches trifft hinsichtlich der erheblich selteneren monographischen Summenbildungen zu. Sie beschränkten sich bislang — was angesichts der Komplexität des Gegenstandes nicht verwundert — auf

<sup>1)</sup> Thomas Mann, *Altes und Neues. Kleine Prosa aus fünf Jahrzehnten*, Frankfurt 1976, S. 616.

ausgewählte, umfassendere Themenkreise: etwa die Strategie einzelner Mächte oder Allianzen, die Wirtschaft oder das Militärische schlechthin. Solche Bereiche werden sodann mit einem nationalgeschichtlichen, regionalen oder globalen Ansatz untersucht. Zuweilen kommt es durchaus zur Abhandlung mehrerer Gebiete in einer Arbeit, aber ein alle Faktoren der Entwicklung nach 1939 berücksichtigendes Panorama glückte vorerst noch nicht.

Der Forderung, eine ausgewogene und komplette Darstellung des Krieges zu schreiben, vermochten — wenn überhaupt — am ehesten Großprojekte zu entsprechen, die in verschiedenen Ländern — zum Beispiel Australien, Belgien, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Indien, Italien, Jugoslawien, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Polen, Sowjetunion, Tschechoslowakei oder Vereinigte Staaten sowie mit gewisser Verzögerung in der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Japan — begonnen wurden. Zum Teil geschah das sofort nach dem Kriege. Sie entstanden entweder im amtlichen Auftrag oder erfuhren wenigstens eine großzügige Unterstützung durch offizielle Stellen. Das bedeutete jedoch nicht, daß es stets zu — also die wissenschaftliche Freiheit einschränkenden — Auflagen kam.

Ob es den ambitionierten Forschungsvorhaben gelingen würde, eine Totalansicht des Epochenphänomens Zweiter Weltkrieg zu erarbeiten, hing nicht zuletzt von der Konzeption ab. Weitgehende Übereinstimmung bestand in bezug auf die Vorgeschichte. Im Verständnis von Winston Churchill, der sein memoirenhaftes Opus bereits 1948 als „Geschichte eines zweiten Dreißigjährigen Krieges“ vorstellte<sup>2)</sup>, setzt die Mehrzahl der gedanklichen Entwürfe<sup>3)</sup> und der geschlossenen Darstellungen mit dem Ausgang des Konflikts zwischen 1914 und 1918 ein. In den europazentrisch konzipierten Werken werden jedoch die Jahre nach Hitlers Machtantritt 1933, in den auf den pazifischen Raum konzentrierten Arbeiten diejenigen nach dem Mandschurischen Konflikt 1931 zur eigentlichen Inkubationszeit des Weltkrieges. Verhältnismäßig selten sind Untersuchungen, in denen — und es sei nur auf einem Teilgebiet — die wechselseitigen Abhängigkeiten und gegenseitigen Beeinflussungen der jeweiligen Entwicklung in den beiden Hemisphären eine balancierte interpretatorische Zusam-

<sup>2)</sup> Winston S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, 6 Bde., Stuttgart 1949–1954. Zit. nach Bd. 1, S. 13.

menschau erfahren. Sogar Großprojekte begnügen sich diesbezüglich mit pauschalen Querverweisen.

Unbeschadet der speziellen räumlichen Perspektive und der bevorzugten Untersuchungsfelder weichen die einzelnen Konzeptionen auch wegen der besonderen methodischen Ansätze erheblich voneinander ab. So werden etwa der Stellenwert, den die handelnden Personen innerhalb des historischen Prozesses besaßen, die Auswirkungen des internationalen Systems auf denselben, die Frage, ob und in welchem Umfang außenpolitische Entscheidungen von den inneren Verhältnissen bestimmt wurden, sowie die Bedeutung operativer Faktoren oder die Funktion der Ideologien im Rahmen der Ausformung des Zweiten Weltkrieges ganz verschieden gewichtet. Selten geworden sind jedoch mittlerweile großangelegte Studien, die einen rigoros positivistischen diplomatie-beziehungsweise kriegsgeschichtlichen methodischen Zugriff praktizieren und hierbei sämtliche ideologischen, innen- oder wirtschaftspolitischen Implikationen darstellerisch ganz bewußt unberücksichtigt lassen.

Letzteres war noch der Fall bei dem 1962 und 1963 erschienenen halboffiziellen Werk konservativer japanischer Historiker über „Japans Weg in den Pazifischen Krieg“. Diese Untersuchung erschloß viel neues Material, sie gab den Anstoß zur Öffnung der japanischen Archive und repräsentiert — da man sie ins Englische übersetzte — eine der nicht allzu

<sup>3)</sup> Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, *Zur Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkrieges 1939–1945*. Disposition mit kritisch ausgewähltem Schrifttum (bearb. unter Mitwirkung von Joachim Röseler), Frankfurt 1964; Klaus-Jürgen Müller, *Gedanken zum Problem einer Geschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, 12 (1962), S. 634–651 und S. 729–736; Manfred Rauchensteiner, *Bemerkungen zum Konzept einer Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges*, in: *Zeitgeschichte*, 2 (1974/75), S. 50–55. Zu den konzeptionellen Richtlinien des Großprojekts des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vgl. Manfred Messerschmidt, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau*, 30 (1981), S. 149–152; für das Forschungsvorhaben der DDR vgl. Konzeption für die Ausarbeitung einer vierbändigen „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“. Verfaßt von Mitarbeitern der Arbeitsgruppe „Faschismus und Zweiter Weltkrieg“ der Abteilung 1917–1945 und der Abteilung Militärgeschichte des Instituts für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und des Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED unter Leitung von Wolfgang Schumann, in: *Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“* (im folgenden: BZW), Nr. 1–2, 1968; Disposition für die Ausarbeitung einer vierbändigen „Geschichte Deutschlands im zweiten Weltkrieg“, hrsg. von der Deutschen Akademie [usw. s. o.], in: BZW, Nr. 1–2, 1969, und: *Arbeitskonzeption für die Bände 5 und 6 des Projektes „Deutschland im zweiten Weltkrieg“*, Autorengruppe unter Leitung von Wolfgang Schumann, in: BZW, Nr. 1–3, 1981, S. 5–46.

zahlreichen Publikationen der japanischen Geschichtswissenschaft, die einem größeren internationalen Publikum zugänglich sind. Den unbestreitbaren Verdiensten der Arbeit stehen allerdings gravierende Mängel gegenüber. Sie resultieren nicht allein aus dem Betrachtungsprinzip. Die Nachteile ergeben sich vielmehr insbesondere aus der oft apologetischen Deutung und der insgesamt tendenziösen – auf die Rechtfertigung der eigenen Seite bedachten – Beschreibung der Politik, die Japans Führungseliten betrieben. Bezeichnenderweise vermieden es die Verfasser, sich mit dem aspektreichen Problem des japanischen Angriffskrieges auseinanderzusetzen; darüber hinaus klammerten sie eine Erörterung der Kriegsschuldfrage aus<sup>4)</sup>.

Rein formal betrachtet, ließe sich die Geschichte des „großasiatischen Krieges“, die das mehr als 1 700 Mitarbeiter zählende „Institut für Militärgeschichte“ der japanischen Streitkräfte seit 1966 veröffentlichte, als Fortsetzung von „Japans Weg in den Pazifischen Krieg“ verstehen. Tatsächlich haben die beiden Projekte jedoch nichts miteinander zu tun. Das Serienwerk der Militärs wuchs bis 1979 auf 102 Bände an, was ungefähr 61 000 Seiten traditioneller Kriegsgeschichtsschreibung im Verständnis früherer Generalstabsdarstellungen entspricht. Die Autoren wollten lediglich sogenannte historische Fakten zusammenstellen. Deren interpretatorische Bewertung und Einordnung lehnten sie ab – dabei blieb es! Inhaltlich setzt das Werk mit dem September 1939 ein. Einzig jene Bände, die Fragen der Bewaffnung und Rüstung sowie der organisatorischen und theoretischen Vorbereitung auf einen militärischen Konflikt ansprechen, gehen mitunter bis auf den Ersten Weltkrieg zurück<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> Vgl. Nihon Kokusai Seiji Gakkai/Taiheiyo Sensō Genin-kenkyūbu (Hrsg.), *Taiheiyo sensō e no michi*, Tōkyō 1962/63 (7 Textbände und 1 Dokumentenband); zur englischen Übersetzung ausgewählter Beiträge (5 Bde.) vgl. James William Morley (Hrsg.), *Japan's Road to the Pacific War*, New York 1974 ff.; gewürdigt wird das Werk bei Gerhard Krebs, *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*, 2 Bde., Hamburg 1984, Bd. 1, S. 4–7.

<sup>5)</sup> Vgl. Toshio Morimatsu, *Official Research Agencies, in: Revue Internationale d'Histoire Militaire*, (1978) 38, S. 80–106. Zur Militärgeschichtsschreibung in Japan – mit harter Kritik am oben zitierten Reihenwerk – vgl. Jun Tsunoda, *Die amtliche japanische Kriegsgeschichtsschreibung über den Zweiten Weltkrieg in Ostasien und im Pazifik*, in: *Jahresbibliographie Bibliothek für Zeitgeschichte*, (1973) 45, S. 393–405, und Bernd Martin, *Japan und der Krieg in Ostasien. Kommentierter Bericht über das Schrifttum*, in: *Sonderheft der Historischen Zeitschrift „Literaturbericht zur Geschichte Chinas und der japanischen Zeitgeschichte“*, 1980, S. 79–220, hier S. 145–167.

Leider ist die materialreiche Arbeit nur in japanischer Sprache verfügbar. In einem derartigen Sachverhalt deuten sich die Schwierigkeiten an, mit denen sich Historiker konfrontiert sehen, die über das Geschehen im pazifischen und ostasiatischen Raum schreiben wollen oder müssen, aber des Japanischen nicht mächtig sind. Gleiches gilt im Hinblick auf China, wo die Forschungen über den Krieg von 1939 bis 1945 offenbar noch am Anfang stehen, es jedoch seit 1980 eine „Chinesische Gesellschaft zur Erforschung des zweiten Weltkrieges“ gibt, die sich des Problems intensiv anzunehmen scheint<sup>6)</sup>.

Grundsätzlich vermögen freilich Abhandlungen, die sich damit bescheiden, die politischen und militärischen Ereignisse in allen Einzelheiten nachzuvollziehen, keine Gesamtdarstellung des Weltkrieges zu leisten. Wäre es anders, dann hätten die entsprechenden offiziellen Untersuchungen das Geforderte seit langem erbracht.

In der Sowjetunion verfaßten amtliche Militärhistoriker allein über die operativen Vorgänge an der deutsch-sowjetischen Front Hunderte von Büchern<sup>7)</sup>. Das „Historische Institut“ des italienischen Heeres publizierte – außer zahlreichen Quelleneditionen und militärgeschichtlichen Spezialstudien – über 30 Monographien, die sich mit dem Krieg im Mittelmeerraum und in der Sowjetunion befassen<sup>8)</sup>. Die italienische Marine gab 21 Bände zum Seekrieg seit dem Juni 1940 und zur Organisation der Teilstreitkraft heraus<sup>9)</sup>. In Großbritannien veröffentlichte „Her Majesty's Stationery Office“ seit Anfang der fünfziger Jahre als amtliche Darstellung des Zweiten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte 47 Bände, die sich mit der großen Strategie, der Außenpolitik, dem Land-, Luft- und Seekrieg, der Gegneraufklärung (Intelligence) sowie verschiedenen Themen beschäftigen, die besondere Belange der Kriegsführung berühren. Zu diesen kommen 49 Bände hinzu, in denen die britische Kriegswirtschaft, die Rüstung, die Finanzpolitik oder das Gesundheitswesen detailliert

<sup>6)</sup> Vgl. Zhu Tingguang, *Forschungen zur Geschichte des zweiten Weltkrieges in China in den letzten Jahren*, in: *BZW*, Nr. 1–4, 1986, S. 4–28.

<sup>7)</sup> Vgl. Pavel A. Zhilin, *Research on the History of the Second World War in the Soviet Union*, in: James E. O'Neill/Robert W. Krauskopf (Hrsg.), *World War II. An account of its documents*, Washington D.C. 1976, S. 29–38; s. ferner unter Anm. 15, hier Bd. 6: A. M. Belikov u. a., *Historiographie der Sowjetunion über den Großen Vaterländischen Krieg und den Zweiten Weltkrieg*, S. 463–531.

<sup>8)</sup> Vgl. Oreste Bovio, *L'Ufficio Storico dell'Esercito. Un secolo di storiografia militare*, Roma 1987, S. 81–99.

<sup>9)</sup> Vgl. Ufficio Storico della Marina (Hrsg.), *La Marina italiana nella seconda guerra mondiale*, Roma 1957–1972.

abgehandelt werden<sup>10</sup>). Die „Historical Division“ des amerikanischen Heeres präsentierte 1947 den ersten Band einer zunächst auf 92 Bände angelegten Geschichte der „United States Army in World War II“. Inzwischen scheint man sich mit der – noch immer stattlichen – Zahl von 78 Bänden begnügen zu wollen<sup>11</sup>). Sieben Bände umfaßt die offizielle Darstellung über die amerikanische Luftwaffe<sup>12</sup>). Keine amtliche Historiographie, aber die offiziell anerkannte Geschichte der „Navy“ stellt die fünfzehnbändige Untersuchung von S. E. Morison dar<sup>13</sup>). Dem „U. S. Marine Corps“ sind fünf Bände gewidmet<sup>14</sup>). An operativen Studien herrscht somit kein Mangel – was auch für Deutschland gilt.

Insbesondere die amerikanischen und britischen Abhandlungen verkörpern – obwohl in ihrer Mehrzahl deskriptiv angelegt – keineswegs unkritische Hofgeschichtsschreibung. Außerdem besitzen sie ganz allgemein einen hohen Informationsgehalt. Unter konzeptionellen Gesichtspunkten einer Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges leiden sie allerdings unter zwei Unzulänglichkeiten. Deren eine besteht in der nationalen Sehweise, die in der Deutung und Gewichtung vorherrscht. Die andere resultiert aus dem Aufbau des Werkes. Dessen Konzeption zergliedert den historischen Stoff, erlaubt es jedoch nicht, das in den einzelnen Bänden im Detail Dargelegte in bezug auf seine Verflechtungen zu strukturieren, um es am Ende zur Übersichtlichkeit zu verdichten. Im Grunde entwickelten sich alle diese Projekte zu einer Summe relativ unverbundener Einzelansichten. Es entstand kein Gesamtbild, was für andere Großprojekte ebenfalls zutrifft.

Die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung unternahm mit der sechsbändigen „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“

den ersten umfassenden Versuch, eine historische Bilanz zu erstellen<sup>15</sup>). Aus nationalgeschichtlicher und ideologischer Perspektive verfaßt, methodisch hundertprozentig auf die offizielle Geschichtsdoktrin eingeschworen und nachdrücklich vom Geist des „Kalten Krieges“ geprägt, läßt sich sehr viel gegen die Publikation vorbringen. Aber in konzeptioneller Hinsicht näherte sie sich einer integrierten Betrachtungsweise stärker an als westliche Projekte. Neben dem dominanten politisch-militärischen Komplex werden ökonomische, gesellschaftliche, ideologische, kulturelle und technische Fragen erörtert. Zur ausgewogenen Untersuchung über den Konflikt zwischen 1939 und 1945 wurde das Werk freilich ebensowenig wie jene „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ in zwölf Bänden, die einige Jahre später erschien<sup>16</sup>). Ihr kam die Aufgabe zu, „aktiv in den ideologischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus“ einzugreifen<sup>17</sup>). Genau dazu taugt richtig verstandene Geschichtsschreibung jedoch nicht. Andererseits ist dem letztgenannten Reihenwerk ebenfalls zu bescheinigen, daß es eine multifaktorielle Anlage zu verwirklichen versuchte. Das geschah erneut aus der Sicht Moskaus, obwohl die weltweite Dimension der Auseinandersetzung etwas angemessener berücksichtigt worden ist.

Wichtige Vorarbeiten für eine befriedigende Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges bilden die in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik seit Mitte beziehungsweise Ende der siebziger Jahre herausgegebenen mehrbändigen Studien. Beide Projekte gingen ursprünglich von einer – cum grano salis – europazentrischen Betrachtungsweise aus.

Die Historiker in Ost-Berlin erläuterten ihren konzeptionellen Zugriff folgendermaßen: „Im Mittelpunkt der Darstellung der deutschen Geschichte während des zweiten Weltkrieges wird die Haltung und Politik der verschiedenen Klassen in Deutschland sowie der Kampf der Antifaschisten und Hitlergegner inner- und außerhalb Deutschlands stehen. Die Ereignisse der Jahre 1939 bis 1945 sind jedoch so eng mit der Weltgeschichte verknüpft, daß es erforderlich ist, Entstehung, Verlauf und

<sup>10</sup>) Vgl. History of the Second World War (United Kingdom Military Series, Civil Series, Medical Series), London 1952 ff.; außerhalb dieser Reihen erschienen: Llewellyn Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, 5 Bde., London 1970 ff., und Francis Harry Hinsley, British Intelligence in the Second World War. Its Influence on Strategy and Operations, 3 Bde., London 1979 ff.

<sup>11</sup>) Vgl. Office of the Chief of Military History Dept. of the Army (Hrsg.), United States Army in World War II, Washington D.C. 1947.

<sup>12</sup>) Vgl. U.S. Air Force Historical Division (Hrsg.), The Army Air Forces in World War II, 7 Bde., Chicago 1948–1958.

<sup>13</sup>) Samuel Eliot Morison, History of United States Naval Operations in World War II, 15 Bde., Boston 1947–1962.

<sup>14</sup>) Vgl. Historical Division, Headquarters, U.S. Marine Corps (Hrsg.), History of U.S. Marine Corps Operations in World War II, 5 Bde., Washington D.C. 1958–1971.

<sup>15</sup>) Vgl. E. A. Boltin/B. S. Telpuchowski (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, 6 Bde., Berlin (Ost) 1962–1968.

<sup>16</sup>) Vgl. A. A. Gretschnko u. a. (Hrsg.), Geschichte des zweiten Weltkrieges in zwölf Bänden, Berlin (Ost) 1975–1985.

<sup>17</sup>) Ebd., Bd. 1: G. A. Deborin u. a. (Hrsg.), Die Entstehung des Krieges. Der Kampf der fortschrittlichen Kräfte für die Erhaltung des Friedens, Berlin (Ost) 1975, S. 11.

Ergebnisse des Krieges ständig im Zusammenhang mit der außerdeutschen Geschichte einzuschätzen.“<sup>18)</sup> Das entsprach a priori dem Verzicht auf eine umfassende Weltkriegsgeschichte. Der Titel des Werkes – „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ – formulierte ein Programm. Im Detail sollte das wie folgt aussehen: Rund 35 Prozent des Textes in jedem Einzelband wollte man der „Analyse der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus und Militarismus, etwa 10 Prozent dem internationalen Geschehen, etwa 30 Prozent dem Kampf der antifaschistischen Widerstandsbewegung unter Führung der KPD und anderer Hitlergegner . . . sowie etwa 25 Prozent dem militärischen Kriegsverlauf an allen Fronten“ zugestehen. So pur ließ sich diese Konzeption zwar nicht verwirklichen, aber ihre Schwerpunkte blieben im wesentlichen beibehalten. Die außereuropäischen Vorgänge berücksichtigte die – für ein breites Publikum geschriebene – Arbeit in der Tat höchstens exkursorisch; weshalb das Gesamtwerk, das den weltweiten Konflikt darstellerisch gar nicht erfassen sollte, ihm auch interpretatorisch nicht gerecht zu werden vermochte.

Als das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg sein Forschungsprojekt „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ auf den Weg brachte, geschah dies in der erklärten Absicht, eine „Militärgeschichte“ zu verfassen<sup>19)</sup>. Freilich verstand die Mehrheit der Mitarbeiter jene „nicht als hergebrachte, allein auf militärische Abläufe gerichtete Kriegsgeschichte“, so sehr gerade letztere von manchem Außenstehenden erwartet wurde, sondern als eine „Geschichte der Gesellschaft im Krieg“. Das bedeutete einen ungemein hohen Anspruch, dem die Freiburger Historiker wohl nur partiell zu entsprechen vermögen. Für ein verbindliches Urteil ist es jedoch noch zu früh. Die Absicht der Herausgeber, das Werk „trotz der Ausblicke auf den pazifischen Raum ‚europazentrisch‘, ja ‚deutschlandzentrisch‘“ anzulegen<sup>20)</sup>, korrespondierte mit der obigen Intention, mußte aber dennoch als bedauerliche Selbstbeschränkung empfunden werden.

Glücklicherweise korrigierte das Militärgeschichtliche Forschungsamt seine anfängliche Konzeption nach dem Erscheinen der Bände 1 und 2, denn nun hieß es: „Die Autoren versuchen, die militärischen Abläufe in den Zusammenhang der ungemein komplexen Realität des Gesamtgeschehens zu stellen, wobei sie den Blick auf die ideologischen, wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und die anderen strukturellen Bedingungen innerhalb des deutschen Machtbereichs lenken, um so auf die Wechselbeziehungen zwischen diesen und dem Verlauf des Krieges aufmerksam zu machen. Eine derartige – alles in allem ‚deutschlandzentrische‘ oder ‚nationale‘ – Perspektive der ersten Bände erweitert sich in den Folgebänden immer mehr zu einer umfassenden – regionalen und globalen Betrachtungsprinzipien folgenden – Darstellungsweise, die damit der Ausweitung des Krieges historiographisch gerecht zu werden verspricht.“<sup>21)</sup>

Nachdem mittlerweile fünf Bände, darunter ein Halbband, von „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ vorliegen<sup>22)</sup>, ist festzustellen, daß sowohl der dritte Band über den „Mittelmeerraum“ als auch der vierte über den „Angriff auf die Sowjetunion“ einem regionalen – in Ansätzen globalen – „Betrachtungsprinzip“ folgten.

Ansonsten fallen in bezug auf die Darstellung aus Freiburg drei Dinge besonders auf: Die nachdrückliche Betonung der Kontinuitätsthese – nicht zufällig hat man dem Problem der „Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik“ einen eigenen und voluminösen Band zugestanden; die Freiheit, mit der kontroverse Interpretationen in ein und demselben Band erscheinen – was dokumentiert, daß der Auftraggeber die wissenschaftliche Souveränität der Autoren respektiert; die Unterteilung des Gesamtwerks in Bände, die primär außenpolitisch-militärischen Fragestellungen nachgehen, sowie in „Querschnittbände“. Letztere sind

<sup>21)</sup> M. Messerschmidt (Anm. 3), S. 149.

<sup>22)</sup> Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1: Wilhelm Deist u. a., Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979; Bd. 2: Klaus A. Maier u. a., Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent, Stuttgart 1979; Bd. 3: Gerhard Schreiber u. a., Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Von der „non belligeranza“ Italiens bis zum Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, Stuttgart 1984; Bd. 4: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart 1983; Bd. 5/1: Bernhard R. Kroener u. a., Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941, Stuttgart 1988.

<sup>18)</sup> BZW, Nr. 1–2, 1968, S. 16 ff. Zum Reihenwerk der DDR: Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann (Hrsg.), Deutschland im zweiten Weltkrieg, 6 Bde., Berlin (Ost) 1974–1985.

<sup>19)</sup> Zum Begriff Militärgeschichte vgl. Manfred Messerschmidt u. a. (Hrsg.), Zielsetzung und Methode der Militärgeschichtsschreibung. Probleme – Thesen – Wege, Stuttgart 1982, S. 48–59.

<sup>20)</sup> Vgl. unten Anm. 22: M. Messerschmidt, in: Bd. 1, S. 17 und 20.

unter anderem den inneren Verhältnissen, Wirtschafts- und Rüstungsfragen, dem Widerstand, der „Endlösung“ oder der Besatzungspolitik gewidmet. Zweifellos besitzt eine solche Zweiteilung den Vorteil, daß die „Querschnittbände“ bisher noch wenig oder nur teilweise erforschte Themen vertieft untersuchen können. Sie implizierte aber zugleich den Verzicht auf eine integrierte Darstellung. Darüber hinaus kennzeichnen das Gesamtwerk — zwangsläufig — unterschiedliche Perspektiven, denn die „Querschnittbände“ konnten nicht anders als deutschlandzentrisch projiziert werden.

Wie die oben erwähnten monographischen Summenbildungen<sup>23)</sup> sind die bisher in Angriff genommenen Großprojekte wichtige Beiträge zu der nach wie vor ausstehenden — von jeder nationalgeschichtlichen Einengung befreiten — Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges. Diese ist ganz gewiß auch eine Frage der personellen und mate-

riellen Gegebenheiten. Möglicherweise läßt sie sich daher allein von einem internationalen Historikerteam und als supranationales Forschungsvorhaben — das heißt mit der finanziellen Unterstützung vieler Länder — realisieren. Voraussetzung wäre ferner, daß alle Staaten endlich ihre Archive uneingeschränkt öffnen. Eine Forderung, die sich nicht nur, aber ganz besonders an die Adresse Moskaus richtet.

Wenn eine derartige Untersuchung einmal machbar sein sollte, hätte sie — sehr abstrakt formuliert — in etwa einer Konzeption zu folgen, die in ausgewogener Weise einer Verschränkung von intentionalen mit funktionalen, nationalen mit internationalen, regionalen mit überregionalen, materiellen mit immateriellen, militärischen mit zivilen, ideologischen mit pragmatischen, personen- mit gruppenspezifischen, politischen mit kriegerischen Momenten entspräche.

## II. Kriegsbeginn 1939 — Thesen und Kontroversen der Forschung

Die folgenden Ausführungen vermögen lediglich eine kleine Auswahl aus der außerordentlich reichen Literatur zum Thema zu berücksichtigen. Ein Anspruch auf Repräsentativität wird dabei nicht erhoben.

Der Rückblick auf fünfzig Jahre Historiographie über den Beginn des Krieges im September 1939 zeigt, daß die Auseinandersetzung über die Frage der Verantwortlichkeit zu keinem Zeitpunkt so gegensätzlich und leidenschaftlich geführt wurde wie jene über den Kriegsausbruch 1914. Für das Gros der Historiker stand frühzeitig fest, wem die Kriegsschuld zukam. Mit einer sogenannten — von interessierter Seite häufig unterstellten — Geschichtsschreibung der Sieger hatte das nichts zu tun. Vielmehr gewährte die Eindeutigkeit der Quellenaussagen — im Hinblick auf die Hauptverantwortlichen — kaum Interpretationsspielraum. Was nicht besagte, daß es im Rahmen der Analyse der Kriegsursachen und -anlässe keine unterschiedlichen Auffassungen

gegeben hätte<sup>24)</sup>. Und es liegt in der Natur der Sache, daß die Erörterungen andauern.

So sprach der internationale Gerichtshof in Nürnberg von einer gezielten Kriegsplanung der Reichsführung. Militärhistoriker deuteten in einem derartigen Verständnis die „Katastrophe“ des 1. September 1939 noch vier Jahrzehnte danach als das „Ergebnis der seit 1933 verfolgten, auf eine kriegerische Auseinandersetzung zielenden deutschen Politik“. Unter ihr verstanden sie nicht allein Hitlers Wollen<sup>25)</sup>. Andererseits kam es schon Anfang der sechziger Jahre zu — sich sehr bald als untauglich erweisenden — Versuchen, den Diktator in einem solchen Zusammenhang zu exkulpieren. Einerseits hieß es damals, der deutsche Regierungschef sei ein europäischer Normalpolitiker gewesen, der den Krieg nicht bewußt herbeigeführt, sondern durch diplomatische Ungeschicklichkeiten — ge-

<sup>23)</sup> Zu einigen wichtigen monographischen Summenbildungen vgl. Klaus Hildebrand, *Der Zweite Weltkrieg: Probleme und Methoden seiner Darstellung*, in: *Neue Politische Literatur* (künftig NPL), 13 (1968), S. 485—502; Gerhard Schreiber, *Der Zweite Weltkrieg — Probleme und Ergebnisse der Forschung*, in: NPL, 29 (1984), S. 453—482 und 30 (1985), S. 421—439.

<sup>24)</sup> Vgl. John L. Snell, *Wie es 1939 zum Kriege kam*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35/64, S. 10—17; weitere Literatur bei Andreas Hillgruber, *Zur Entstehung des Zweiten Weltkrieges. Forschungsstand und Literatur*. Mit einer Chronik der Ereignisse September—Dezember 1939, Düsseldorf 1980; Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkriegs?*, Darmstadt 1976.

<sup>25)</sup> Vgl. Wilhelm Deist u. a., *Der Weg in den Krieg. Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 34—35/79, S. 3—15, zit. S. 15.

meinsam mit anderen Staatsmännern — verursacht habe. Dieses provozierende Ergebnis einer streng ereignisgeschichtlich angelegten Untersuchung trug ein seriöser Historiker vor, dessen Neigung zu exzentrischen Standpunkten freilich bekannt war<sup>26</sup>). Die andere These, nach der nicht Hitler, sondern dem britischen Außenminister Lord Halifax und seinem polnischen Kollegen Oberst Josef Beck die Schuld am Kriegsbeginn zukam, setzte voraus, daß ihr Verfasser die Quellen manipulierte. Das blieb nicht unbemerkt, und das Urteil der Fachhistoriker fiel so niederschmetternd aus, daß man von jenem Autor — nach dem Eklat, den er hervorrief — nichts mehr hörte<sup>27</sup>). All das ist im Detail dokumentiert<sup>28</sup>).

Mit dem „Kalten Krieg“ polarisierte sich die Debatte über die Kriegsschuld. Marxistisch-leninistische Historiker gelangten bei ihrer Interpretation der Dokumente zu der Behauptung, die Westmächte hätten Hitler bewußt zur Expansion verleitet. ‚Bürgerliche‘ Geschichtswissenschaftler betonten hingegen, wobei sie sich vor allem auf den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 bezogen, daß Stalin sein deutsches Pendant zur Aggression ermutigt habe. Auf den Hitler-Stalin-Pakt ist noch zurückzukommen. Die Welt lebte längst in entspannteren Zeiten, als — auf der Basis kühner Spekulationen, nicht etwa an Hand neuer Dokumente — die These formuliert wurde, Stalin habe Hitler im Rahmen der langfristigen sowjetischen Strategie instrumentalisiert<sup>29</sup>). Andere

Autoren erkannten wiederum eine indirekte Mitverantwortung der Westmächte. Nicht absichtlich, aber de facto, hätten sie Hitlers expansive Politik durch ihre zu große Nachgiebigkeit gefördert. Der Vorwurf richtete sich gegen das Appeasement, das der wirtschaftlichen und politischen Entspannung dienen sollte. Post festum schlossen sich dieser Position zahlreiche Autoren an.

Doch welche realistische Alternative zum Appeasement — also zu einer Politik der Kriegsverhinderung — hätte sich angeboten? Aus der Sicht der Regierung in London offenbar keine<sup>30</sup>). Diese fürchtete die destabilisierenden Auswirkungen, die ein militärischer Konflikt auf die inneren Verhältnisse haben konnte. Sie sah zugleich die eigenen Interessen von den Expansionsbestrebungen Deutschlands, Italiens und Japans sowie durch den hegemonialen Anspruch der Vereinigten Staaten bedroht. Es kam hinzu, daß die Dominions — was freilich eine umstrittene These ist — aus der Sicht Londons nur am Appeasement interessiert gewesen sein sollen. So eindrucksvoll solche Argumente erscheinen mögen, es ist auch darauf aufmerksam gemacht worden, daß die 1938 von Churchill ins Gespräch gebrachte große Allianz zwischen der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien eine — noch nicht erschöpfend untersuchte — Alternative zu der von Chamberlain verfolgten Politik darzustellen vermochte<sup>31</sup>); wobei sich damals die Führung in Moskau im Hinblick auf Planungen, die eine Art europäisches „containment“ Hitlers zum Ziel hatten, zugänglich zeigte<sup>32</sup>). Außerdem muß festgehalten werden, daß es nicht unproblematisch ist, die „Reaktion der Westmächte auf die Außenpolitik des Dritten Reiches bis Anfang 1939 generell als Appeasementpolitik zu beschreiben“. Denn es gab

<sup>26</sup>) Vgl. Alan John Percivale Taylor, Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Die Jahre 1933—1939, Zeittafel und Ergänzungsbibliographie von Klaus Kamberger, München 1980 (Gütersloh 1962). Zu den Thesen von Taylor vgl. Gordon Martel (Hrsg.), The Origins of the Second World War Reconsidered. The A. J. P. Taylor debate after twenty-five years, London 1988.

<sup>27</sup>) Vgl. David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs, Tübingen 1961. Zu Hoggan vgl. Gordon A. Craig, Über die Deutschen, München 1982, S. 83.

<sup>28</sup>) Vgl. Hermann Graml, Zur Diskussion über die Schuld am Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/64, S. 3—23; Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges: Zu den Büchern von A. J. P. Taylor und David L. Hoggan, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (künftig VfZG), 10 (1962), S. 311—340.

<sup>29</sup>) Vgl. Ernst Topitsch, Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik, München 1985. Topitsch ertete herbe Kritik. Es hieß, er vertrete „ebenso obsoleto wie abenteuerliche Positionen, die keinen Zweifel daran lassen, daß sich Topitsch um Forschungsergebnisse nicht schert“. Seine Arbeit habe „keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die sowjetische Außen- und Militärpolitik gebracht“. Zit. nach Bianka Pietrow, Deutschland im Juni 1941 — ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese, in: Geschichte und Gesellschaft, 14 (1988), S. 116—135, hier S. 117.

<sup>30</sup>) Vgl. Gottfried Niedhart, Appeasement: Die britische Antwort auf die Krise des Weltreichs und des internationalen Systems vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Historische Zeitschrift, 226 (1978), S. 67—88, hier S. 72; zahlreiche Literaturhinweise bei A. Hillgruber (Anm. 24), S. 22—33 (zur britischen Politik); einen Überblick zum Appeasement vermitteln verschiedene Aufsätze (Gustav Schmidt, Bernd-Jürgen Wendt, Callum Alexander MacDonald und Klaus Schwabe) in: Karl Rohe (Hrsg.), Die Westmächte und das Dritte Reich 1933—1939. Klassische Großmachtrivalität oder Kampf zwischen Demokratie und Diktatur?, Paderborn 1983; weitere wichtige Beiträge (Hans Herzfeld, Manfred Schlenke und Donald C. Watt) bei G. Niedhart (Anm. 24); ders., Appeasement: Zur Inflationierung eines Begriffs und zum Primat des Friedens im industrialisierten England, in: NPL, 26 (1981), S. 171—190.

<sup>31</sup>) Vgl. Anthony P. Adamthwaite, The Making of the Second World War, London 1977, S. 80.

<sup>32</sup>) Vgl. Bianka Pietrow, Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933—1941, Melsungen 1983, S. 56—61.



wohl ein gemeinsames Ziel, aber keine einheitliche politische Methode. So beabsichtigte Washington die Sicherung des Friedens nicht durch Zugeständnisse, sondern auf dem Wege einer gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichteten Eindämmungsstrategie zu erreichen, die sich auf „wirtschaftliche Mittel stützte“<sup>33)</sup>.

Zu erwähnen sind in einem derartigen Kontext noch die Reaktionen der westlichen Demokratien auf das expansive Vorgehen Japans, dem sie nicht mit der in Europa praktizierten Konzessionsbereitschaft begegneten<sup>34)</sup>, sowie der Krieg Mussolinis in Abessinien<sup>35)</sup>. Erschütterte letzterer das internationale System eventuell stärker als der Mandschurische Konflikt? Die Stichworte, die in solchem Zusammenhang fallen, sind: Einmarsch der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland<sup>36)</sup>, Proklamation des „Achsenbündnisses“<sup>37)</sup>, „Anschluß“ Österreichs<sup>38)</sup> und Großbritanniens Bereitschaft, sich — bei einem deutschen Angriff gegen Frankreich — militärisch auf dem Kontinent zu engagieren<sup>39)</sup>.

Analysiert man die wissenschaftlichen Begründungen der vorgestellten Thesen, so ergibt sich — sehr

<sup>33)</sup> Hans-Jürgen Schröder, *Economic Appeasement. Zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg*, in: VZG, 30 (1982), S. 82–97, hier S. 97; vgl. ders., *Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes*, Wiesbaden 1970, insbes. S. 171–199.

<sup>34)</sup> Vgl. Akira Iriye, *The Asian Factor*, in: G. Martel (Anm. 26), S. 227–243, hier S. 230 ff. Allerdings muß wohl auch hier unterschieden werden. London versuchte seine Appeasementpolitik angeblich bis zur „Selbstverleugnung“ fortzuführen; vgl. auch B. Martin (Anm. 5), S. 104.

<sup>35)</sup> Vgl. Manfred Funke, *Sanktionen und Kanonen. Hitler, Mussolini und der internationale Abessinienkonflikt 1934–1936*, Düsseldorf 1971; Giorgio Rochat, *Militari e politici nella preparazione della campagna d’Etiopia. Studio e documenti 1932–1936*, Milano 1971.

<sup>36)</sup> Vgl. Manfred Funke, 7. März 1936, Fallstudie zum außenpolitischen Führungsstil Hitlers, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Nationalsozialistische Außenpolitik*, Darmstadt 1978, S. 277–324.

<sup>37)</sup> Vgl. Jens Petersen, *Hitler — Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin—Rom 1933–1936*, Tübingen 1973.

<sup>38)</sup> Vgl. dazu die Einordnung bei Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich*, München 1980, S. 222–228; zum militärischen Aspekt vgl. Williamson Murray, *The Change in the European Balance of Power, 1938–1939. The Path to Ruin*, Princeton N. J. 1984, S. 141–154; ferner Norbert Schausberger, *Österreich und die nationalsozialistische Anschlußpolitik*, in: Manfred Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches*, Düsseldorf 1976, S. 728–756 (dort weitere Literatur).

<sup>39)</sup> Vgl. A. P. Adamthwaite (Anm. 31), S. 49–54.

verkürzt resümiert — ungefähr folgender Befund: Sowohl der Niedergang des traditionellen Mächtesystems im Ersten Weltkrieg und insbesondere die Erschütterung der Herrschaftsgrundlagen der Führungseliten als auch die Tatsache, daß die Implikationen und Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise die labile Neuordnung der Nachkriegszeit, die in Europa 1919/20 (Versailles) und in Ostasien 1921/22 (Washington) entstanden war, in Frage stellten, offerierten Deutschland, Italien und Japan — also jenen Mächten, die auf Möglichkeiten für gewaltsame Änderungen des Status quo warteten — ihre Chance.

Losgelöst von der gängigen Fixiertheit auf ereignisgeschichtliche Abläufe ist die Entstehung des Zweiten Weltkrieges historisch auch im Kontext einer Desorganisation der internationalen Ordnung oder einer „Anarchie der Interessen“<sup>40)</sup> zu interpretieren. Wie die knappen Ausführungen zur Appeasementpolitik andeuten sollten, müssen die Konsequenzen der desolaten Verfassung, in der sich das Staatensystem befand, unter außen-, innen-, wirtschafts-, gesellschafts- und militärpolitischen sowie ideologischen Fragestellungen untersucht werden. Allein dadurch lassen sich erweiterte Dimensionen geschichtswissenschaftlicher Deutung gewinnen und die Irrungen monokausaler Argumentation vermeiden<sup>41)</sup>.

Gleichzeitig ist freilich hervorzuheben, daß — wie eng die Verflechtungen des historischen Prozesses auch gewesen sein mögen und wie vielfältig die ihn beeinflussenden Faktoren — ohne den unbedingten Willen zum Krieg, den es einzig in Berlin gab, 1939 nicht jener europäische Konflikt begonnen haben würde, den Hitler — nach eigenem Bekunden — schon 1938 „vom Zaune zu brechen“ wünschte<sup>42)</sup>. Seine Absicht sei gescheitert, weil ihm die Briten und Franzosen in allen Punkten nachgegeben hätten. Noch 1945 erregte er sich über das

<sup>40)</sup> Gottfried Niedhart, *Weltpolitik nach 1917 (I), Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg*, in: Deutsches Institut für Fernstudien (Hrsg.), *Funkkolleg Geschichte, Studienbrief 9*, Weinheim—Basel 1980, S. 83 ff.

<sup>41)</sup> Vgl. dazu Michael Geyer, *Krieg als Gesellschaftspolitik. Anmerkungen zu neueren Arbeiten über das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 26 (1986), S. 557–601, hier S. 560–566; Andreas Hillgruber, *Der Zweite Weltkrieg 1939–1945. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte*, Stuttgart 1982, S. 25.

<sup>42)</sup> Vgl. Gerhard L. Weinberg, *Deutschlands Wille zum Krieg. Die internationalen Beziehungen 1937–1939*, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), *Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg*, Stuttgart 1979, S. 15–32.

Verhalten der westlichen „Schwächlinge“<sup>43</sup>). Denn damals wäre seiner Meinung nach eine Intervention von London und Paris nicht auszuschließen gewesen.

Hingegen besaß der ein Jahr später entfesselte Krieg — angesichts der von Deutschland herausgeforderten Staaten — von Anfang an eine globale Dimension. Nur wer das damalige Geschehen als rein operative Angelegenheit versteht, vermag von einer kontinentalen Auseinandersetzung zu sprechen. Auf jeden Fall schloß die Entwicklung nach dem 1. September 1939 a priori das Risiko einer weltweiten Eskalation ein. Letztere sehnte das nationalsozialistische Regime nicht herbei, aber sein führender Mann nahm sie bewußt in Kauf.

In einem derartigen Verständnis muß der deutsche Überfall auf Polen in der Tat als die „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“ eingestuft werden<sup>44</sup>), obwohl sich die endgültige Konstellation der Hauptkriegsgegner — militärisch betrachtet — erst mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und Japans Ende 1941 herausbildete<sup>45</sup>). Unbeschadet der Periodisierungsfrage stimmen die meisten Historiker darin überein, daß der „Faktor“ Hitler beim Entfachen des neuen Weltbrandes die „ausschlaggebende Rolle“ spielte<sup>46</sup>).

Das bisher Gesagte weist unter anderem darauf hin, daß der Diktator das Fernbleiben Großbritanniens vom Kriege nicht als eine *conditio sine qua non* seiner Entscheidung ansah. Hitlers Einstellung zu Großbritannien wird nach wie vor konträr beur-

teilt<sup>47</sup>). Doch kann das hier nicht vertieft werden. Darauf hinzuweisen ist allerdings, daß er den Krieg 1939 auch unter extrem schwierigen Voraussetzungen beginnen wollte. Dazu sagte er seinen militärischen Paladinen am 23. Mai 1939: „Ein Bündnis Frankreich-England-Rußland gegen Deutschland-Italien-Japan würde mich veranlassen, mit einigen vernichtenden Schlägen England und Frankreich anzugreifen.“ Eine friedliche Einigung mit London? Er zweifelte längst daran, daß sie zu erreichen war. Deshalb schloß er den langen Krieg nicht mehr aus, wobei er natürlich den schnellen Sieg weiterhin erhoffte. Polen sollte isoliert angegriffen werden. Aber noch vor seinem Pakt mit Stalin erklärte Hitler sich bereit, den Zweifrontenkrieg zu wagen. Hieß es doch: „Auseinandersetzung mit Polen — beginnend mit Angriff gegen Polen — ist nur dann von Erfolg, wenn Westen aus dem Spiel bleibt. Ist das nicht möglich, dann ist es besser, den Westen anzufallen und dabei Polen zugleich zu erledigen.“ Und an das anknüpfend, was er seinen Militärs und Politikern seit 1933 wiederholt erklärt hatte, fügte Hitler hinzu: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht.“ Nein, ihm ging es um die Eröffnung einer Reihe von Kriegen, die schließlich die „Erweiterung des Lebensraumes im Osten“ erlauben sollten.<sup>48</sup>):

Dorthin führte nach dem Mai 1939 bekanntermaßen kein gerader oder direkter Weg. Aber was immer Hitler tat, die Sowjetunion blieb das zu keinem Zeitpunkt aufgegebene „Objekt“ seiner Kriegführung. Damit ist die Frage nach dem Charakter der Politik Hitlers und nach dem Anlaß für den Kriegsbeginn 1939 aufgeworfen.

Hinsichtlich der Machtpolitik Hitlers ist davon auszugehen, daß es den lange Zeit diskutierten qualitativen Sprung zwischen einer revisionistischen und einer expansionistischen Phase nicht gab, denn die politische Konzeption Hitlers stellte stets eine Einheit dar. Die Meinungen scheiden sich an einem anderen Punkt: dem Problem, ob sich dessen Politik an seit den zwanziger Jahren — im wesent-

<sup>43</sup>) Vgl. Hitlers politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945. Mit einem Essay von Hugh R. Trevor-Roper und einem Nachwort von André François-Ponçet, Hamburg 1981, S. 100f.; Rainer A. Blasius, Für Großdeutschland — gegen den großen Krieg. Staatssekretär Ernst Frhr. von Weizsäcker in den Krisen um die Tschechoslowakei und Polen 1938/39, Köln 1981.

<sup>44</sup>) So die klassische Charakterisierung des Kriegsbeginns durch Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Darstellung und Dokumente. Mit dem Essay „Gibt es eine Kriegsschuldfrage 1939?“, Düsseldorf 1984, S. XVIII—XXI.

<sup>45</sup>) Zur Periodisierung vgl. den Überblick bei A. Hillgruber (Anm. 24), S. 9—12; zur Diskussion über die Zäsuren in der Entwicklung in Ostasien — 1931, 1937 (chinesisch-japanischer Konflikt) oder 1941 — vgl. Bernd Martin, Japans Weg in den Krieg. Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur zur japanischen Zeitgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (künftig MGM), 23 (1978), S. 183—209, hier S. 184f.

<sup>46</sup>) Martin Broszat, Der „Faktor“ Hitler, in: Rudolf Augstein (Hrsg.), 100 Jahre Hitler, Hamburg 1989, S. 18ff.

<sup>47</sup>) Vgl. Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935—1939, Boppard 1973; Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933—1945. Kalkül oder Dogma? Vierte Auflage mit einem Nachwort: Die Geschichte der deutschen Außenpolitik (1933—1945) im Urteil der neueren Forschung: Ergebnisse, Kontroversen, Perspektiven, Stuttgart 1980, S. 94—106; G. L. Weinberg (Anm. 42), S. 26.

<sup>48</sup>) Die Aufzeichnung über die Besprechung am 23. 5. 1939 ist u. a. publiziert bei W. Hofer (Anm. 44), S. 104—110, hier S. 105ff.

chen – feststehenden Zielen orientierte oder auch nicht. So existiert die Auffassung, der deutsche Diktator sei ein machiavellistisch und opportunistisch handelnder Politiker gewesen, der den Krieg als eine Art Selbstzweck verstand und sich ansonsten nahm, was ihm günstige Gelegenheiten boten<sup>49)</sup>. Einer solchen Sehweise stehen jene Interpretationen gegenüber, die in Hitler einen Programmierer erkennen. Das heißt, die „nationalsozialistische“ Außenpolitik<sup>50)</sup> war auf ein finales Ziel hin angelegt: die rassistisch, wirtschaftlich, demographisch und ideologisch motivierte Eroberung des europäischen Rußlands sowie – daran anschließend – die Errichtung eines deutschen Imperiums auf dem Kontinent<sup>51)</sup>. Unauflöslich verband sich mit der Verwirklichung dieser programmatischen Zielsetzung – sozusagen dem Aufbau von Groß-Hitleristan durch Unterjochung Europas – die Entschlossenheit zur „Ausrottung der Juden“<sup>52)</sup>.

Unter den Historikern, die Hitler als „Programmatiker“ begreifen, gibt es einige, die von einer kontinentalen Begrenztheit seiner Ziele ausgehen<sup>53)</sup>, und andere, die globale Fernziele anneh-

<sup>49)</sup> Vgl. dazu als Auswahl: Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: W. Michalka (Anm. 36), S. 92–116; Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Kronberg/Ts. 1977; Hans Mommsen, Nationalsozialismus, in: Claus D. Kernig (Hrsg.), Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. IV, Freiburg 1971, Sp. 695–713.

<sup>50)</sup> Zur Begründung des Terminus NS-Außenpolitik vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung. Beiträge zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 78–123, hier S. 121 f.

<sup>51)</sup> Erstmals umfassend herausgearbeitet von Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: W. Michalka (Anm. 36), S. 31–48. Betont wird die Kontinuität der politischen Zielsetzungen Hitlers von 1920–1945, S. 47.

<sup>52)</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: M. Funke (Anm. 38), S. 94–114, hier S. 98; und ders., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914–1945, Frankfurt 1988, S. 313–338.

<sup>53)</sup> Vgl. als Auswahl: Dietrich Aigner, Hitler und die Weltherrschaft, in: W. Michalka (Anm. 36), S. 49–69; Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Erweiterte und überarbeitete Neuausgabe, Stuttgart 1981; ders., Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986; Geoffrey Stoakes, Hitler and the Quest for World Dominion. Nazi Ideology and Foreign Policy in the 1920s, Leamington Spa 1986; zur Kontroverse zwischen den beiden Richtungen: Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 1987<sup>3</sup>, S. 192 f.; weitere Literaturhinweise bei Gerhard Schreiber, Hitler – Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, 2., verb. u. durch eine annotierte Bibliographie für die Jahre 1984–1987 ergänzte Auflage, Darmstadt 1988, S. 362 ff.

men<sup>54)</sup>. Nach Andreas Hillgruber<sup>55)</sup> beabsichtigte Hitler, im Anschluß an das „Erringen der Macht im Innern und der Konsolidierung seiner Herrschaft in Zentraleuropa das Deutsche Reich in zwei großen Etappen zur ‚Weltmacht‘-Stellung zu führen: zunächst ein ganz Europa beherrschendes Kontinentalimperium mit einem festen machtpolitischen und ‚wehrwirtschaftlichen‘ Rückhalt im weiten europäischen ‚Ostraum‘ zu schaffen und danach durch die Gewinnung eines kolonialen Ergänzungsraumes in Afrika<sup>56)</sup> und durch die Schaffung einer starken Flotte<sup>57)</sup> mit Stützpunkten im Atlantik, Deutschland zu einer der vier – nach dem angestrebten Ausfall Frankreichs und Rußlands – verbleibenden ‚Weltmächte‘, neben dem britischen Empire, neben dem Großraum Japans in Ostasien und (von Hitlers Sicht entscheidend) neben den USA, zu machen. Für die folgende Generation – also die Zeit nach seinem Tod – erwartete er einen Entscheidungskampf zwischen den beiden bedeutendsten ‚Weltmächten‘, der ‚Weltmacht‘ Deutschland und der ‚Weltmacht‘ Amerika, gewissermaßen um die ‚Weltherrschaft‘. Für diese gewaltige Auseinandersetzung in der Zukunft“ wollte er dem Reich die „notwendige ‚großräumige Basis‘ schaffen“. In einer bestechenden Analyse der militärischen und politischen Situation 1941 konnte Hillgruber sodann nachweisen, daß es im Juli jenes Jahres kurzzeitig eine Lage gab, in der Hitler die Realisierung seiner außereuropäischen Ambitionen in unmittelbarer Nähe gerückt wähnte: Mitte des Monats offerierte er Tokio ein Bündnis zur „Vernichtung“ der Vereinigten Staaten<sup>58)</sup>.

Man bezeichnete solche Äußerungen Hitlers als „verbale Kraftmeierei“, was sie – gemessen an den damals vorhandenen waffentechnischen Möglichkeiten – objektiv betrachtet auch waren. Darüber

<sup>54)</sup> Vgl. Klaus Hildebrand, Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942, in: G. Niedhart (Anm. 24), S. 178–224; Jochen Thies, Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers, Königstein/Ts. 1980; weiterführende Literaturhinweise bei G. Schreiber (Anm. 53), S. 280 ff. und S. 364 ff.

<sup>55)</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen 1979<sup>2</sup>, S. 68 f.; ders., Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, München 1982<sup>2</sup>, S. 564–578. Letztgenanntes Werk ist die bis heute unübertroffene Analyse Hitlerscher Machtpolitik bis zur Kriegswende 1941.

<sup>56)</sup> Vgl. Klaus Hildebrand, Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969.

<sup>57)</sup> Vgl. Jost Dülffer, Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939, Düsseldorf 1973; Michael Salewski, Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945, Bd. 1: 1936–1941, Frankfurt 1970.

<sup>58)</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, Der Zenit des Zweiten Weltkrieges. Juli 1941, Wiesbaden 1977.

hinaus wurde Hitlers „Vision einer Weltherrschaft“ als „zugleich universal und ortlos, nicht im konkreten Sinne global“ charakterisiert<sup>59</sup>). In dieser Frage wird es vermutlich nie zu einem Konsens kommen; wobei anzumerken ist, daß die Ernsthaftigkeit Hitlerscher Absichtserklärungen nicht unbedingt auf der Grundlage des militärisch Machbaren beurteilt werden sollte. Denn gerade er verstand das Können oftmals nur noch als eine Funktion des Wollens, des Willens. Jedenfalls arbeiteten Heer und Marine im Sommer 1941 bereits an langfristig zu verwirklichenden Planungen, denen zum Teil ein Krieg der Kontinente — oder der Kampf gegen den Rest der Welt — zugrunde lag<sup>60</sup>).

Hillgrubers Thesen blieben keineswegs unwidersprochen<sup>61</sup>), doch bislang fehlt in der Forschung eine einigermaßen überzeugende alternative Deutung. Dabei wäre es im übrigen abwegig, hinter dem Begriff des „Stufenplans“ die Idee anzunehmen, daß sich die nationalsozialistische Politik auf einer Art Einbahnstraße entfaltet hätte. Ebensov wenig darf der Terminus „Programm“ als Itinerarium zur Weltherrschaft aufgefaßt werden. Es handelt sich in beiden Fällen um Begriffsbildungen, die

<sup>59</sup>) Vgl. Detlef Junker, *Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933—1945*, Düsseldorf 1988, S. 39—42.

<sup>60</sup>) Vgl. G. Schreiber (Anm. 22), S. 572—587, dort weitere Literatur.

<sup>61</sup>) Nicht das „raumpolitische Programm“ Hitlers, wohl aber die historische Verbindlichkeit des Begriffs „Stufenplan“ versah K. D. Erdmann mit einem Fragezeichen. Ihm schien der Terminus eine zu große „Systematik“ zu suggerieren. Dennoch habe sich Hillgrubers „Konzept als ein fruchtbarer Anstoß für die Forschung erwiesen“: Karl Dietrich Erdmann, *Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933—1939*, München 1980, S. 29 und S. 34; ablehnend, wobei der Autor bei Hitler ein Expansionsstreben um seiner selbst willen vermutet, also nicht auf ein bestimmtes Objekt gerichtet: Ian Kershaw, *The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation*, London 1985, S. 106—129 (dt. Frankfurt 1988); Hartmut Schustereit, *Vabanque. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion 1941 als Versuch, durch den Sieg im Osten den Westen zu bezwingen*, Herford 1988, S. 106—130; zur Auseinandersetzung von Schustereit mit Hillgruber stellte Jost Dülffer fest (*Die Zeit*, Nr. 41 v. 7. 10. 1988, S. 33): „Die Einsträngigkeit des nur auf Rüstungspläne fixierten Autors . . . vermag die Mehrschichtigkeit von Hillgrubers „Stufenplan“-Ansatz nicht zu widerlegen.“ Vgl. außerdem Bernd Stegemann, *Hitlers „Stufenplan“ und die Marine*, in: *Historische Studien zu Politik, Verfassung und Gesellschaft. Festschrift für Richard Dietrich zum 65. Geburtstag*, Frankfurt 1976, S. 301—316; ders., *Hitlers Ziele im ersten Kriegsjahr 1939/40. Ein Beitrag zur Quellenkritik*, in: *MGM*, 27 (1980), S. 93—105; zur Zurückweisung der — auch an anderem Ort vorgetragenen — Auffassung von Stegemann vgl. Andreas Hillgruber, *Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940. Nicht (Militär-)„Strategie oder Ideologie“, sondern „Programm“ und „Weltkriegsstrategie“*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 33 (1982), S. 214—226.

zwar Antriebskräfte, Zwischen- und Fernziele sowie Vorgehensweisen Hitlers beschreiben und charakterisieren, aber sie wollen nicht suggerieren, daß diese zeitlich oder operativ starr fixiert gewesen wären. Weder die taktische Anpassungsfähigkeit Hitlers noch die banale Tatsache, daß er auf das Verhalten der anderen Mächte reagieren mußte — das heißt seine politische Marschroute nicht autonom festzulegen und zu verfolgen vermochte —, werden durch das heuristische Modell Hillgrubers irgendwie in Zweifel gezogen. Ansonsten jedoch hat die Kritik nicht zuletzt eines zu bedenken: das Faktum, daß Hitler ziemlich genau das verwirklichte oder wenigstens anstrebte, was er viele Jahre vor seinem Machtantritt niederschrieb. Eine so außergewöhnliche Übereinstimmung dürfte schwerlich zufällig zustande gekommen sein. Zumindest im hier interessierenden außenpolitischen Bereich kann deshalb wohl nicht von ziellosem Opportunismus des Diktators gesprochen werden<sup>62</sup>).

Der Nachweis, daß der deutsche Regierungschef eine programmatische und kriegsgerichtete Politik betrieb, erklärt allerdings noch nicht, weshalb er den Krieg gerade 1939 entfesselte. Denn aus der Sicht der Militärs kam der Konflikt zu früh, sie fühlten sich nicht kriegsbereit<sup>63</sup>). Die militärischen Fachleute waren außerdem von der Durchführbarkeit der Blitzkriegsstrategie durchaus nicht — einvernehmlich — überzeugt. Man hat die Strategie des „Blitzkrieges“ historisch extrem rationalisiert. In solchem Kontext wurde einerseits eine sehr große Flexibilität der deutschen Wirtschaft und andererseits eine umfassende direkte Kontrolle der Kriegswirtschaft angenommen, was effektiv im vermuteten Umfang nicht zutraf<sup>64</sup>). Ganz allgemein scheint es jedenfalls so zu sein, daß sich die populären Aussagen über die „Blitzkriegsstrategie“ des nationalsozialistischen Deutschlands vordergründig am bis 1940 erfolgreichen Konzept des kurzen, räumlich begrenzten und mit äußerst beweglichen Truppen geführten Krieges orientieren. Doch der Begriff der Strategie beinhaltet nicht nur operative, sondern zahlreiche Faktoren, insbesondere wirtschaftliche und personelle, soziale und psychologi-

<sup>62</sup>) Zum sozial-, wirtschafts- und innenpolitischen Komplex vgl. Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1989<sup>2</sup>.

<sup>63</sup>) Vgl. Klaus-Jürgen Müller, *Armee und Drittes Reich 1933—1939. Darstellung und Dokumentation unter Mitwirkung von Ernst Willi Hansen*, Paderborn 1987.

<sup>64</sup>) Vgl. Alan S. Milward, *Der Einfluß ökonomischer und nicht-ökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkriegs*, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 189—201.

sche. Aus wirtschaftlicher Sicht argumentierend, hieß es sogar: „Die Vorstellung von einer begrenzten ‚Blitzkriegswirtschaft‘ muß durch eine andere Vorstellung ersetzt werden, nämlich durch die Vorstellung von einer ‚totalen Mobilmachung‘, die in der ersten Kriegsphase elend scheiterte.“<sup>65)</sup>

Eine weniger radikale Deutung, die ebenfalls von der — mit den gesellschaftspolitischen Vorstellungen Hitlers korrespondierenden — Idee einer totalen Mobilmachung ausgeht, konstatierte, daß die „Blitzkriegsstrategie“ innerhalb der Grundkonzeption des „totalen Kriegs nur eine Phase“ bezeichnete, nämlich diejenige der „Lebensraumerweiterung“<sup>66)</sup>. Im Anschluß daran sollte sie abgelöst werden. Diese Interpretation ist auch deshalb besonders interessant, weil sie den Gedanken beinhaltet, daß nicht, wie behauptet<sup>67)</sup>, der „Zwang zur Aufgabe der Blitzkriegsstrategie“ zum Kriegsverlust führte, sondern die „blinde und unkorrigierbare Anwendung des Hitlerschen Konzepts des totalen Krieges“: das heißt, des Vernichtungs- und Versklavungskrieges von nie dagewesener Brutalität. Bei engerer Bezugnahme auf die normativen Kriterien der wirtschaftlichen und personellen Mobilmachung gelangte hingegen die neueste Untersuchung über das Thema zu dem Ergebnis, daß „nur der Ostkrieg als ein geplanter — und gescheiterter — Blitzkrieg gelten“ könne. Nicht eine „geniale“ Blitzkriegswirtschaft habe bis dahin das operative Konzept ergänzt, sondern ein „System der Aushilfen, gehemmt durch Entscheidungsschwäche, Inkompetenz und Reibungsverluste auf allen Ebenen“<sup>68)</sup>.

Wenn die Voraussetzungen so waren, wie sie derartige Analysen erhellen, so stellt sich die Frage um so drängender: Weshalb wollte Hitler 1939 den Krieg? Warum schöpfte er nach dem März 1939 die effektiv stets gegebenen Möglichkeiten nicht aus, eine friedliche Lösung der polnischen Probleme herbeizuführen<sup>69)</sup>? Antworten versuchte man aus

der inneren Lage des „Dritten Reiches“ zu gewinnen. Danach stellte der Schritt in den Krieg eine „Flucht nach vorn“ dar, die das Regime kaum später als bis zum Herbst 1939 anzutreten hatte, um aus der — im Wirtschafts- und Herrschaftssystem manifesten — „inneren Krisenlage auszubrechen“<sup>70)</sup>. In Anlehnung daran wurde die These vorgetragen, Hitler habe den Krieg ausgelöst, weil die durch ihn ermöglichte personelle und materielle Ausbeutung besetzter Länder die Vorbedingung für die Stabilisierung seines Regimes und die Optimierung des Rüstungsprozesses bildete. All das wäre zudem in bezug auf die Vollendung der konterrevolutionären Gesellschaftsordnung des Nationalsozialismus zu sehen<sup>71)</sup>.

Freilich sind hier nur indirekte Beweisführungen vorgenommen worden, da zwingende Belege dafür, daß sich die „innere Lage des nationalsozialistischen Deutschland am Vorabend des Krieges so weit zugespitzt hatte, daß man von einer allgemeinen Krise des Systems sprechen“<sup>72)</sup> dürfe, nicht existieren. Andere Autoren brachten hingegen den Faktor Zeit unter Hinweis auf Hitlers Sorge, den Rüstungsvorsprung zu verlieren<sup>73)</sup>, und seine Überzeugung, nicht lange zu leben<sup>74)</sup>, ins Spiel. Eine Studie, die den innen- und außenpolitischen Motiven Hitlers nachging, kam zu dem Resultat: Es waren die „innere Krise und die durch das Wett-rüsten gekennzeichnete internationale Situation, die 1939 zum Krieg trieben“<sup>75)</sup>. Das setzte allerdings voraus, daß der Wille zum militärischen Konflikt grundsätzlich vorhanden gewesen ist. Und damit dominierte — hinsichtlich der Kriegsursache — das „Programm“ Hitlers. Es sei hier noch einmal daran erinnert, daß er ja bereits 1938 seine begrenzten Kriege führen wollte, als ihn die ökonomischen Verhältnisse in keiner Weise dazu zwangen.

<sup>65)</sup> Richard J. Overy, „Blitzkriegswirtschaft“? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: VfZG, 36 (1988), S. 379–435, hier S. 433.

<sup>66)</sup> Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982, S. 99 f.

<sup>67)</sup> So Alan S. Milward, Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945, München 1977, S. 50 f.

<sup>68)</sup> B. R. Kroener (Anm. 22), S. 1001 und S. 1010.

<sup>69)</sup> Vgl. William Carr, Rüstung, Wirtschaft und Politik am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, in: W. Michalka (Anm. 36), S. 437–454, hier S. 450.

<sup>70)</sup> Timothy W. Mason, Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939, in: F. Forstmeier/H.-E. Volkmann (Anm. 64), S. 158–188, hier S. 182.

<sup>71)</sup> Vgl. Michael Geyer, Deutsche Rüstungspolitik 1860–1980, Frankfurt 1984, S. 154–170.

<sup>72)</sup> Ludolf Herbst, Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und die forcierte Aufrüstung, in: VfZG, 26 (1978), S. 347–392, hier S. 388.

<sup>73)</sup> Vgl. William Carr, Hitler. A Study in Personality and Politics, London 1978, S. 58–61.

<sup>74)</sup> Vgl. Wolfgang Michalka, Das Dritte Reich, in: Martin Vogt (Hrsg.), Deutsche Geschichte. Begründet von Peter Rassow, Stuttgart 1987, S. 646–727, hier S. 691 ff.

<sup>75)</sup> Jost Dülffer, Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem, in: Geschichte und Gesellschaft, 2 (1976), S. 443–470, hier S. 469.

Sofern man annimmt, daß eine innere Krise der Anlaß für die Entfesselung des Weltkrieges war, müßte konsequenterweise davon ausgegangen werden, daß Deutschland Polen selbst ohne den Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion überfallen hätte. Aber darüber läßt sich höchstens spekulieren<sup>76)</sup>. In der Praxis lief der Pakt mit Stalin, aufgrund der Planungen Hitlers, auf eine „Einladung zum Angriff auf Polen“ hinaus<sup>77)</sup> — wie auch immer die Motive Moskaus beurteilt werden mögen<sup>78)</sup>. So hat man den Vertrag zu den Ergebnissen der „selbstproduzierten Schwäche“ Stalinscher Politik gerechnet<sup>79)</sup>. Zweifellos, so eine andere Untersuchung, habe die sowjetische Regierung den Pakt in der „Absicht abgeschlossen, eine Teilnahme der UdSSR an einem europäischen Krieg zu verhindern“. Was nicht besagen soll, daß der Gesamtcharakter des Vertragswerkes — aus der Sicht Moskaus — defensiv verstanden worden wäre<sup>80)</sup>; wobei sich ansonsten über die langfristigen Absichten Stalins — in bezug auf Deutschland — vor der Öffnung der Moskauer Archive sichere Aussagen nicht machen lassen.

Hingegen existiert eine Vielzahl direkter und indirekter Hinweise darauf, daß der Pakt für Hitler lediglich ein Vehikel zur Erreichung seines eigentlichen Zieles abgab. Daran änderten die verbalen Freundschaftsbeteuerungen aus Berlin absolut nichts. Und da der Krieg gegen Polen — im Rahmen der programmatischen Intentionen des Diktators betrachtet — lediglich die erste Etappe auf dem Weg zur Eroberung von Lebensraum im Osten darstellte, ließe sich sogar sagen, daß Hitler am 23. August 1939 einen Vertrag mit Stalin gegen die Sowjetunion schloß. Es ist bezeichnend, daß er seine offensiven Überlegungen und Planungen im Sommer 1940 zu einem Zeitpunkt aktualisierte, als ihn keine militärstrategischen Gründe zur Wende nach Osten veranlaßten — rechnete er doch damals

fest mit einem Frieden im Westen<sup>81)</sup>. Deshalb ist zutreffend festgestellt worden: „Daß Hitler den Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion von vornherein zu brechen beabsichtigte, dieser Vertrag für ihn daher eher ein Noch-Nichtangriffsvertrag war, steht außer Frage.“<sup>82)</sup>

Zusammenfassend: Der Kriegsbeginn 1939 bedeutete — aus der Sicht Hitlers — die verspätet einsetzende gewaltsame Realisierung seines „Programms“. Von diesem losgelöst, gab es keine innere oder auch äußere Notwendigkeit für die Einleitung eines kriegerischen Konflikts. Es wäre folglich verfehlt, den in der inneren Logik der am 1. September 1939 provozierten Entwicklung liegenden Überfall auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) — wie das seit einiger Zeit geschieht<sup>83)</sup> — als Präventivkrieg hinzustellen oder als Resultat militärischer Sachzwänge zu charakterisieren. Anders gewendet: Hitler entfesselte 1939 *seinen* Krieg, der dies — bis etwa Ende 1941 — blieb, als er durch die Kriegserklärung an die USA versuchte, sein „Programm“ noch einmal zu retten<sup>84)</sup>. An der Jahreswende begann definitiv der offene Weltkrieg und — in Übereinstimmung mit der zweiten axiomatisch vorgegebenen Zielsetzung Hitlers — die Verwirklichung des Holocaust, des Völkermords an den Juden.

<sup>81)</sup> Vgl. Gerhard Schreiber, Der Mittelmeerraum in Hitlers Strategie 1940. „Programm“ und militärische Planung, in: MGM, 28 (1980), S. 69–99; Gerd R. Ueberschär, Hitlers Entschluß zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül?, in: Gerd R. Ueberschär/Wolfgang Wette (Hrsg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, Paderborn 1984, S. 83–110.

<sup>82)</sup> Rolf Ahmann, Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922–1939. Mit einem Ausblick auf die Renaissance des Nichtangriffsvertrages nach dem Zweiten Weltkrieg, Baden-Baden 1988, S. 641.

<sup>83)</sup> Vgl. dazu das monokausal militärisch argumentierende und dem historischen Gegenstand in keiner Weise angemessene Buch von Viktor Suworow, Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül, Stuttgart 1989. Den besten Überblick über diese neuerliche Erörterung einer alten nationalsozialistischen Propagandathese bieten: B. Pietrow (Anm. 29); Gerd R. Ueberschär, Zur Wiederbelebung der „Präventivkriegsthese“. Die neuen Rechtfertigungsversuche des deutschen Überfalls auf die UdSSR 1941 im Dienste „psychologischer Aspekte“ und „psychologischer Kriegführung“, in: Geschichtsdidaktik, 12 (1987), S. 331–342.

<sup>84)</sup> Vgl. Eberhard Jäckel, Die deutsche Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten von 1941, in: Friedrich J. Kronecker/Thomas Oppermann (Hrsg.), Im Dienste Deutschlands und des Rechtes. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 70. Geburtstag am 16. Oktober 1981, Baden-Baden 1981, S. 117–137; zur Bedeutung des Jahres 1941 vgl. Jürgen Rohwer/Eberhard Jäckel (Hrsg.), Kriegswende 1941, Koblenz 1984.

<sup>76)</sup> Vgl. A. Hillgruber (Anm. 24), S. 20.

<sup>77)</sup> Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 618.

<sup>78)</sup> Vgl. die Zusammenfassung der wesentlichen Literatur bei Rolf Ahmann, Der Hitler-Stalin-Pakt — Eine Bewertung der Interpretationen sowjetischer Außenpolitik mit neuen Fragen und neuen Forschungen, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg: Grundzüge, Analysen, Forschungsbilanz, München 1989. In diesem aspektreichen Sammelband (im Druck) finden sich weitere Beiträge zum Thema.

<sup>79)</sup> Vgl. Wolfgang Eichwede, Die Sowjetunion in der internationalen Politik 1917–1948. Fragen und Widersprüche, in: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion — eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 151–169, hier S. 160.

<sup>80)</sup> Vgl. B. Pietrow (Anm. 32), S. 127.

# Die Wehrmacht in der Endphase Realität und Perzeption

## I. Die Lage

Wann war der Krieg für Hitler verloren? Diese Frage ist falsch gestellt. Sie muß lauten: Wann war der Krieg für die Wehrmacht, für die Deutschen verloren? Strategisch und kräftemäßig, so meinte der Führer des Kriegstagebuches (KTB) des Wehrmachtführungsstabes, Percy Ernst Schramm, seit Mitte 1944, und zwar unabänderlich<sup>1)</sup>. Die militärische Lage war an allen Fronten bedrohlich, teilweise katastrophal; das Heer ausgebrannt, die Wehrwirtschaft schrumpfte rapide. Hitlers Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, hielt schon im Herbst 1943 die industriellen Reserven für annähernd ausgeschöpft und prognostizierte das Kriegsende für einen Zeitpunkt „zehn Monate nach dem Verlust des Balkans“<sup>2)</sup>. Noch skeptischer gab sich Generaloberst Fromm, Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres: Schon Ende April 1942 hielt er ein siegreiches Ende des Krieges nur unter der Voraussetzung für möglich, daß „wir eine Waffe mit völlig neuen Wirkungen entwickeln“<sup>3)</sup>. Gedacht war an die Atombombe, die Deutschland aber, wie sich um diese Zeit herausstellte, nicht produzieren konnte, ohne andere Rüstungsfaktoren erheblich zu beeinträchtigen. Speer und Hitler sahen dies nicht anders als Heisenberg und Otto Hahn.

Laut Speer war schon seit Mai 1944 auch der technische Krieg gegen das Reich entschieden. Als entscheidendes Ereignis galt ihm der Angriff von 935 Tagbomben der 8. US-Airforce gegen Treibstoffwerke in Mittel- und Ostdeutschland am 12. Mai 1944<sup>4)</sup>. Gegen derartige Masseneinsätze gab es 1944 keine Chance mehr. Zu dem Zeitpunkt, als auf deutscher Seite die modernste Waffe, die Raketenwaffen V 1 und später ihre Fortentwicklung V 2, eingesetzt wurde, war der Krieg technisch

verloren — ein objektiver Befund, dem allerdings die Perzeption der Handelnden nicht entsprach, und zwar aus verschiedenen Gründen, die mit dem Phänomen des Durchhaltens wider alle Vernunftgründe zu tun haben.

Anzeichen für eine Kriegswende, ja für die Niederlage gab es auf verschiedenen Ebenen. Von einem schleichenden Prozeß des Kräfteverfalls kann nicht gesprochen werden. Insofern ist kein Vergleich mit dem Ersten Weltkrieg möglich, als sich bei fixierten Fronten und trotz beträchtlicher Teilerfolge im Osten und Südosten das materielle und personelle Übergewicht der Westmächte für die Heimat kaum wahrnehmbar aufbauen und durchsetzen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges kündigte sich dagegen in dramatischen Sprüngen und Katastrophen an. Schon der Verlust der strategischen Initiative lief in derartiger Szenenfolge ab: Kapitulation in Tunesien im Mai 1943, Scheitern der letzten größeren Offensive bei Kursk im Juli 1943, alliierte Landungen in Sizilien und Unteritalien im Juli und September dieses Jahres, Beginn des massiven strategischen Luftkrieges über dem Reich und Wende im U-Boot-Krieg ebenfalls noch 1943. Und 1944 zeichnete sich mit dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Osten und der alliierten Invasion in Frankreich definitiv der Anfang vom Ende ab.

Zeichen über Zeichen und dennoch Durchhaltewille und Endsieg-Beschwörung. Wie überzeugend ist die Propaganda für Bevölkerung und Soldaten in dieser Phase noch gewesen?

Der Sicherheitsdienst der SS meldete schon 1943 eine wachsende Beunruhigung der Zivilbevölkerung<sup>5)</sup>. Viele fragten, wie lange die Schrecken des Luftkrieges noch zu ertragen seien, warum U-Boot-Sondermeldungen ausblieben und ob es im Osten 1943 noch zu einer entscheidenden Offensive kom-

<sup>1)</sup> Vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. IV: 1. Januar 1944 bis 22. Mai 1945, 1. Halbband IV/7, Studienausgabe, München 1982, S. 28 (zit. OKW-KTB).

<sup>2)</sup> A. Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt 1970<sup>8</sup>, S. 322 u. 329.

<sup>3)</sup> A. Speer, (Anm. 2), S. 239.

<sup>4)</sup> Vgl. A. Speer, ebd., S. 357.

<sup>5)</sup> Vgl. H. Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938—1945*, Bd. 14, Herrsching 1984, S. 5423 ff. (Berichte vom 5. 7. 1943).

men werde. Die Mehrheit der Deutschen wollte offensichtlich die ganze Wahrheit nicht akzeptieren. Hoffnung, genährt durch Propaganda und Verdrängung, war noch lebendig. Eine Mischung aus Hoffnung, Angst und wachsender Resignation wurde schließlich konstitutiv für die Endphase seit 1944. Die militärische und politische Führung des Reiches verlor die Fühlung mit ‚dem Volk‘, je mehr

sie sich auf das Rezept des Weitermachens um jeden Preis versteifte. Im Rahmen dieser Durchhaltestrategie waren Menschen und Sachwerte nichts weiter als ‚Rohstoffe‘. Es konnte für Hitler und die Partei nur noch um Existenzverlängerung gehen, für Land und Leute aber um das Ausmaß von Unglück, um die Größenordnung des materiellen Schadens, um Leib und Leben der Angehörigen.

## II. Spekulationen der Führung

Ein sinnvolles Konzept ist in den Überlegungen Hitlers und der Militärs jenseits der Entschlossenheit zum Weitermachen nicht mehr zu erkennen. Was mit der Fortsetzung des Krieges in der gegebenen, sich ständig für die Wehrmacht, die Kriegswirtschaft und das Heimatgebiet verschlechternden Lage erreicht werden sollte, ist nicht gefragt, nicht diskutiert worden, wenn wir von den Überlegungen der Opposition und des Widerstandes absehen, wo erkannt wurde, daß die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten war, wenn Hitler nicht ausgeschaltet würde.

Die oberste militärische Führung dagegen hat wider besseres Wissen gehandelt, die Augen verschlossen, sich Spekulationen hingegeben und nicht selten die pathetischen Leerformeln von der Gewißheit des Endsieges nachgebetet. Sie sah die Verwüstungen des Heimatgebietes mit an, kannte die Trümmerberge der Stadtlandschaften. Der Untergang Dresdens, das größte und letzte Symbol der Unfähigkeit, Verantwortung für die eigene Nation zu übernehmen, setzte kein Umdenken in Gang.

Die Führung verfügte über die Daten für eine realistische Lagebeurteilung. Wenn auch keine exakten Zahlen für die von alliierter Seite gegen das Reich eingesetzte Bombenlast vorlagen, so war doch die Größenordnung, ablesbar an der Wirkung, unübersehbar. Unvollständige deutsche Statistiken, geführt von Gauwohnkommissaren, Regierungspräsidien und Reichsstatthaltern<sup>6)</sup>, kamen bis 1944 auf etwa 600 000 total zerstörte Gebäude und über 1,6 Millionen völlig zerstörte Wohnungen. Nach dem Krieg sind vom Statistischen Bundesamt weit über

600 000 Luftkriegstote errechnet worden. Die *Morale Division* des *US Strategic Bombing Survey* schätzte auf Grund erbeuteter Unterlagen, Interviews und Augenschein insgesamt 1,86 Millionen zerstörte und 3,6 Millionen beschädigte Wohnungen, 4,88 Millionen evakuierte Personen und ca. 20 Millionen anderweitig vom Luftkrieg betroffene Personen<sup>7)</sup>. Schon 1942 visierte die Royal Air Force für Mitte 1944 an Bomben eine Monatsrate von 90 000 Tonnen an. Dieses Ziel ist zusammen mit der 8. US Air Force weit übertroffen worden. Amerikaner und Briten warfen im März 1945 über 130 000 Tonnen auf Deutschland ab<sup>8)</sup>. Den im KTB des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) erwähnten fast 1,9 Millionen Tonnen alliierter Bomben auf Ziele in Deutschland standen 9 151 Tonnen deutscher Bomben auf Großbritannien — einschließlich V-Waffen — gegenüber, während in den Kriegsmontaten des Jahres 1945 nur noch 761 Tonnen auf britische Ziele gebracht werden konnten<sup>9)</sup>.

Die monatliche Verlustrate der Kriegswehrmacht lag Mitte 1944 bei knapp 50 000 Toten durch Feindeinwirkung und bei etwa 150 000 Verwundeten; hinzuzurechnen sind Zehntausende von Vermißten und noch mehr in Kriegsgefangenschaft geratene Soldaten<sup>10)</sup>. Extrem hoch waren die Offiziersverluste des Heeres. Im September lag die statistische Ziffer bei 317 täglich. Um diese Zeit existierte bereits ein Fehlbestand von 13 000 Offizieren in der

<sup>6)</sup> Vgl. OKW-KTB, Bd. IV/8, S. 1516—1524, ferner Wehrkunde, 11 (1962), S. 275 f. mit den Zahlen des Statistischen Bundesamtes; s. a. Dokumente deutscher Kriegsschäden, hrsg. vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 5 Bde., Bonn 1958—1964, 1. Beiheft 1960.

<sup>7)</sup> Vgl. The United States Strategic Bombing Survey, ed. by D. Mac Isaac, 10 vols., vol. IV, New York—London, S. 7 (zit.: USSBS).

<sup>8)</sup> Vgl. C. Webster/N. Frankland, The Strategic Air Offensive against Germany 1939—1945, vol. 3: Victory, London 1961, S. 3f.; die Gesamtaufstellung der monatlichen Bombenraten in vol. 4, Appendix 44, S. 455 ff.

<sup>9)</sup> OKW-KTB, IV/7, S. 968 f.

<sup>10)</sup> Vgl. OKW-KTB, IV/8, S. 1509 ff., Anhang „Die personellen und materiellen Gesamtverluste der deutschen Wehrmacht von Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1945, zusammengestellt von P. E. Schramm nach OKW-Unterlagen“.



Feldarmee<sup>11)</sup>. Ein derartiger Aderlaß konnte nicht ausgeglichen werden.

Bei den einsatzbereiten Waffen und Kraftstoffbeständen bot sich ein vergleichbares Bild. Die *Luftflotte Reich* büßte im Juni-Juli 1944 entscheidend an Abwehrkraft ein. Die Zahl der einsatzfähigen Maschinen sank dramatisch:

	Juni 1944	Ende Juli 1944
Einmotorige Jäger	472	83
Zweimotorige Jäger	273	42

Die Flugbenzin-Produktion ging von September 1944 (30 Prozent) über einen Anstieg bei Jahresende (56 Prozent) auf fünf Prozent im Februar 1945 zurück<sup>12)</sup>. Diese Daten sind nur Indikatoren des allgemeinen Niedergangs der ökonomischen und personellen Ressourcen des Reiches. Die der Wirtschaft entzogenen Arbeitskräfte konnten – vor allem im Facharbeitersektor – auch nicht annähernd durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt werden, die überdies nur durch Zwang angetrieben werden konnten oder durch Angst.

Was setzte die deutsche Führung der rapide zunehmenden Balanceverschiebung zugunsten der Anti-Hitler-Koalition entgegen? Als aufschlußreiches Dokument eines perspektivlosen Anklammerns an den Gedanken, es müsse um jeden Preis weiter gemacht werden, ist die Besprechung Hitlers mit seinem ersten operativen Berater, dem Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, am 31. Juli 1944 in der Wolfschanze anzusehen<sup>13)</sup>. Jodl hatte am Vortage, als sich die Möglichkeit des amerikanischen Durchbruchs bei Avranches und damit der Vorstoß der Alliierten tief nach Frankreich hinein abzeichnete, Hitler in vorsichtiger Form auf die Eventualität der Räumung Frankreichs hingewiesen, aber keinerlei weitere Konsequenzen in Erwägung gezogen<sup>14)</sup>. Persönlich von der Unvermeidlichkeit der Katastrophe überzeugt,

gelang es Jodl nicht, sich aus dem Bann Hitlers zu lösen. Er verharrte in blinder Nibelungentreue an der Seite des Vabanquespielers und sah hierin auch noch so etwas wie historische Größe und Verantwortung. Sein Verhalten während der Besprechung mit Hitler sollte daher im Zusammenhang mit seiner Bewertung des Attentats vom 20. Juli gesehen werden. Für Jodl war dies der „schwärzeste Tag, den die deutsche Geschichte bisher gesehen hat“<sup>15)</sup>. „Außer in Rußland und in Mexiko“, so meinte der strategische Kopf des Führers, sei „wohl niemals in der Welt etwas Ähnliches geschehen. Es bleibt einmalig in seiner Ungeheuerlichkeit.“ Die Verschwörer hatten laut Jodl nur „eine ungeheuerliche Dummheit und den kleinsten Gesichtskreis“ bewiesen: „denn wie wollten sie ihrem Volk nützen?“

Jodl hatte dazu vor seinen Offizieren und Beamten einen Vorschlag zu machen: „Ich bin überzeugt, daß wir diese Lage durchstehen werden, aber selbst, wenn uns das Glück nicht hold sein sollte, dann müßten wir entschlossen sein, uns als die Letzten mit der Waffe um den Führer zu scharen, damit wir vor der Nachwelt gerechtfertigt sind.“ Vor der „Geschichte und vor der Ewigkeit“ Jodl glaubte, allein mit solcher Hitlerhörigkeit bestehen zu können.

Der Krieg verschlang Jung und Alt, Frauen und Kinder, eine Stadt nach der anderen fiel in Trümmer. Die SD-Berichte meldeten zwei Tage vor diesen Ausführungen Jodls, in den Meinungsäußerungen der Bevölkerung komme zum Ausdruck, „daß wir diesem Luftterror völlig ohnmächtig gegenüber standen“<sup>16)</sup>. Der Chef des Wehrmachtführungsstabes sah dagegen noch einen illusionären Hoffnungs-schimmer: „Jetzt flammt der Widerstandswille hell auf: Unter dem Eindruck dessen, was an der Ostgrenze Ostpreußens geschieht, kann man wirklich von einem Aufbruch des Volkes sprechen. Der Reichskommissar hat die Bevölkerung mitgerissen, die nun vom Universitätsprofessor bis zum 15jährigen Jungen großartige Leistungen vollbringt.“

Von einer solchen militärischen Führung war kein verantwortungsvolles Handeln „vor der Geschichte und Ewigkeit“ mehr zu erwarten und sicherlich auch keine Aktion gegen Hitler, der nichts anderes wollte, als den Krieg weiter ablaufen zu lassen bis zur vollständigen Erschöpfung. Die zahlenmäßige

<sup>11)</sup> Vgl. J. E. Förster, *The Dynamics of Volksgemeinschaft: The Effectiveness of the German Military Establishment in the Second World War*, in: *Military Effectiveness*, vol. III: *The Second World War*, ed. by A. R. Millett and W. Murray, Boston 1988, S. 180–220, hier S. 208.

<sup>12)</sup> Angaben nach W. Murray, *Luftwaffe*, Baltimore 1985, S. 260.

<sup>13)</sup> Weitere Teilnehmer u. a. Jodls Vertreter General Warlimont und SS-Gruppenführer Fegelein; vgl. BA-MA, RW 4/v. 881 (46 Seiten).

<sup>14)</sup> Vgl. hierzu W. Warlimont, *Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht*, Frankfurt 1964, S. 475.

<sup>15)</sup> BA-MA, RW 4/v. 57, Ansprache des Chefs WFSt an die Offiziere und Beamten des Wehrmachtführungsstabes im Offiziersheim des Sperrkreises II am 24. 7. 1944, 19.30 Uhr.

<sup>16)</sup> Meldungen aus dem Reich, Bd. 17, S. 6656.

Unterlegenheit auf allen Gebieten verhinderte nicht, weiterhin auf einen Sieg zu spekulieren. Hitler gab diese Losung mit seinem Befehl vom 5. Januar 1944 aus, der in Zusammenhang mit der Einrichtung der NSFO-Organisation (der sogen. NS-Führungsoffiziere) stand<sup>17</sup>). Die wichtigsten Akzente dieses Befehls gehören — wie viele andere seiner Willensäußerungen — zu den propagandawirksamen Dogmen des Nationalsozialismus, die Überzeugungskraft für Soldaten gewinnen konnten: die Behauptung, das deutsche Volk ringe um die Freiheit seiner Lebensgestaltung, um seine Existenz, sowie der Satz, Glaube und fanatische Entschlossenheit würden den Endsieg garantieren. Dies war die psychologisch-propagandistisch wirksame Regimeverlängerungsversion, die sich auch in vielen Dokumenten militärischer Führer wiederfindet.

Die politisch-strategische Hilflosigkeit der Rezepte Hitlers und seines Führungsstabes hinsichtlich einer sinnvollen Beendigung des Krieges erweist sich gerade in ihren ‚logischen‘ Überlegungen. Es ging meist um den Aufbau verteidigungsfähiger Linien, um Zeit zu gewinnen. Aber es gab keine Klarheit darüber, was die gewonnene Zeit bringen konnte angesichts der Gewißheit, daß die Überlegenheit und die strategische Position der Gegner rasch ausgebaut und weiter verstärkt werden würden. Die Lagebesprechung in der Wolfsschanze vom 31. Juli 1944 ist ein Dokument dieser Hilflosigkeit und Halsstarrigkeit<sup>18</sup>). Hitler fragte sich, „ob nicht angesichts der ganzen Lage es wirklich so schlimm ist, daß wir verhältnismäßig eng zusammengepreßt sind. Es hat nämlich nicht nur Nachteile, sondern auch Vorteile. Wenn das Gebiet, das wir jetzt besitzen, gehalten wird, dann ist das ein Gebiet, das uns immerhin das Leben ermöglichen kann.“

Es war aber kein Zweifel möglich, daß dieses Gebiet nicht gehalten werden konnte, daß Frankreich verlorengehen und die strategischen Bomberverbände noch näherrücken würden. Ein Operieren im offenen französischen Raum, das sah Hitler ein, war unmöglich. Neu aufzustellende Luftwaffenverbände gedachte er „für den alleräußersten Fall tatsächlich als eine letzte Reserve“ bereitzuhalten, um sie — „ich kann heute noch nicht sagen, wo die letzten Würfel fallen“ — dorthin zu werfen, „wo man vielleicht wieder eine Wende herbeiführen kann“; ein Gedankenspiel, dessen Unausführbarkeit im Dezember 1944 die Ardennenoffensive er-

<sup>17</sup>) Zit. in: M. Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 442.

<sup>18</sup>) Vgl. Anm. 13; hier auch die folgenden Zitate Hitlers.

weisen sollte. Hitler bedauerte, daß die Verstärkung der Luftwaffe „so lange“ dauere: Wenn mit einem Schlag 2 000 Jäger kämen, „würde die ganze Krise, die wir haben, sofort überwunden sein: dann gäbe es überhaupt keine Krise mehr“.

Zu dieser Spekulation kam sein „Glaube“, einen Durchbruch im Osten verhindern zu können mit den Kräften, „die wir jetzt aufstellen und die allmählich herauskommen“, sowie sein Glaube, die „menschliche und moralische Krise“ zu meistern: Der Russe sei „menschennmäßig“ nicht besser geworden, aber wir moralisch schlechter. Männer müßten her, die dauernd Kraft ausstrahlen und Zuversicht verbreiten und „vor allen Dingen die absolute Erkenntnis vertiefen von dem schicksalbedingten Wesen des Kampfes — ein Schicksalskampf, der nicht irgendwie abgelöst werden kann oder nicht weggehandelt werden kann durch irgendeine kluge politische oder taktische Geschicklichkeit —, sondern daß es sich hier wirklich um eine Art Hunnenkampf handelt, bei dem man entweder steht oder fällt und stirbt, eines von beiden“.

Auch hinsichtlich des Balkans hatte er lediglich „Glauben“ einzusetzen: Durch irgendeinen Akt wirklich entscheidenden Widerstandes „oder gar einer erfolgreichen großen Schlacht irgendwo“ könne man Vertrauen bei Türken und Bulgaren zurückgewinnen — „aber sie kommen natürlich allmählich auch in Bulgarien auf den Gedanken: ja, wenn Deutschland doch zusammenbricht, was dann?“ Die Sicherung des ungarischen Raumes sei von lebenswichtiger Bedeutung, Bulgarien bräuchte man „unter allen Umständen“. Bei einer Krise im Westen müsse man „eben doch noch einmal“ eine wesentliche Verkleinerung des deutschen Lebensraumes in Kauf nehmen.

Letztlich liefen alle Überlegungen darauf hinaus, Zeit zu gewinnen, vielleicht Häfen zu blockieren, um den alliierten Nachschub zu verlangsamen und eine Verteidigungslinie aufbauen zu können. Zeit wofür? Für die gewünschten Stückzahlen an Jagdflugzeugen, mit denen die Wende herbeigeführt werden könne? — Gespenstische Illusionen, zu denen Jodl nichts Wesentliches zu bemerken hatte. Für Hitler war es vor allem wichtig, die richtigen Offiziere in die unter allen Umständen zu haltenden Plätze zu bringen: „Hier handelt es sich um Männer, um sonst nichts! Wenn ich mir vorstelle, was wir für Männer haben, etwa dieser kleine Major in Berlin, der einen so schweren Entschluß gefaßt hat. Wenn ich so einen Mann anstelle, von so einem Generalleutnant oder Kommandierenden General

in so etwas hineinsetze, ist der zehnmal soviel wert. Es hängt eben von einem Mann ab, und die anderen sind Scheißkerle, sind bei uns so erzogen, daß sie so etwas als selbstverständlich auffassen, daß andere sich aufopfern, aber selbst denken sie nicht daran . . .“

Jodl sorgte sich, weil für den Fall, „daß in drei, vier oder fünf Tagen hier etwas passiert“, noch gar nichts befohlen sei. Hitler sah klarer: Da könne man zwar befehlen, aber es werde nichts gemacht. Es ging nicht mehr viel im Westen. Hitlers Mißtrauen erwies sich nach dem 20. Juli für seine eigenen Absichten als kontraproduktiv. Den Befehlshabern im Westen wollte er keine Weisungen geben, die Rückschlüsse auf etwaige weitere Absichten ermöglichen: „Wir dürfen diesen Menschen auch nicht die geringste Andeutung machen, und das kann man andernfalls nicht vermeiden in diesem Sauladen.“ Generaloberst Jodl hatte dazu nichts zu sagen. Das kümmerliche Ergebnis der ausführlichen Lagebesprechung war die Erkenntnis, daß „unformalistisch und beweglich geführt werden müsse“. In einem Punkt traf Hitler den Nagel auf den Kopf: Man könne keinen langfristigen Plan machen, weil er in den nächsten Tagen doch über den Haufen geworfen würde.

Den 15. August 1944 bezeichnete Hitler als schlimmsten Tag seines Lebens<sup>19)</sup>; er meinte die Krise bei dem sich abzeichnenden Kessel von Falaise und die alliierte Landung in Südfrankreich. Aber auch nach diesen operativen Niederlagen, die am Beginn des strategischen Knock-out im Westen standen, sah Hitler die Zeit für eine politische Lösung noch nicht herangereift, Im Moment schwerer militärischer Niederlagen auf einen „günstigen politischen Moment“ zu hoffen, sei naiv, meinte er in Anspielung auf Rommels Fernschreiben vom 15. Juli, in welchem der Feldmarschall und Oberbefehlshaber (OB) der Heeresgruppe B unter Hinweis auf die hohen Verluste und die ungleichen Kampfbedingungen an der Atlantikküste den Durchbruch der Alliierten prophezeite und Hitler bat, unverzüglich die Folgerungen aus dieser Lage zu ziehen<sup>20)</sup>. Dessen Reaktion zeigt, daß er nicht daran dachte, politische Konsequenzen zu ziehen, d. h. zu kapitulieren. Hierin hat er sich auch nicht durch das Abschiedsschreiben des OB West, Generalfeldmarschall von Kluge, vom 28. August, abbringen lassen<sup>21)</sup>. Kluge kam hierin auf den ent-

scheidenden Punkt: Es sei an der Zeit, den unsagbaren Leiden des Volkes, dem Schrecken ein Ende zu machen. Was er über Hitlers großen und ehrenhaften Kampf ausführte, darf eher als psychologische Beigabe gewertet werden denn als seine wahre Meinung.

Jodl sah die katastrophale Lage des Reiches und der Wehrmacht möglicherweise objektiv, aber er verquickte seine Einsicht mit politisch-psychologischen Kurzschlüssen, mit denen er sich selbst unverrückbar an Hitler band. Die im Wehrmachtführungsstab für ihn zusammengestellten Daten für einen Vortrag vor den Reichs- und Gauleitern über die militärische Lage am 7. November 1943 zeigten diese Diskrepanz zwischen Realität und Wunschvorstellung<sup>22)</sup>. Die Kompilatoren wußten offensichtlich, was sie ihrem Chef vorlegen konnten. Jodl verfolgte bei seinem Vortrag laut eigener Aussage im Nürnberger Prozeß<sup>23)</sup> eine politische Absicht: Die Erfahrungen aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg hätten bewirkt, daß er sich in Hitlers Krieg zum Grundsatz gemacht habe, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um jede Spaltung, jede Zersetzungserscheinung, alle Konflikte im Innern, „soweit sie die Wehrmacht angingen“, zu bekämpfen. Und so lautete ein Abschnitt seiner Ausführungen: „Grundlagen unseres Vertrauens auf den Endsieg“. Worin lag die Wurzel seines Vertrauens? — Im Genie Hitlers. Sicher war, „daß wir siegen, weil wir siegen müssen, denn sonst hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren“. Er war sicher, „daß wir selbst die Trümmer unserer Heimat bis zur letzten Patrone verteidigen würden, weil es in ihnen tausendmal besser zu leben ist als in der Knechtschaft“.

Das war die Pimpfenphilosophie des Chefs des Wehrmachtführungsstabes. Sie kehrt in mancherlei Variationen bei anderen hohen militärischen Führern wieder und spiegelt sich schließlich in den Durchhaltemaßnahmen des politisch-militärischen Establishments. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Befehle Models und Rundstedts sowie ideologische Anstrengungen der Organisation der Nationalsozialistischen Führungsoffiziere (NSFO). Auffallend ist das Nebeneinander von klarer Kenntnis der Lage, nüchterner Einschätzung der gegnerischen Überlegenheit und einer solchen Kenntnissen direkt widersprechenden Beschwörung der Siegesgewißheit. Models Befehl vom 29. März 1945 an seine bereits im Ruhrkessel eingeschlossene Heeresgruppe B nimmt unter den

<sup>19)</sup> Vgl. OKW-KTB, IV/8, Besprechung Hitlers mit Gen. Lt. Westphal, 31. August, S. 1633.

<sup>20)</sup> Vgl. OKW-KTB, IV/8, S. 1572 f.

<sup>21)</sup> Ebd., S. 1573 ff.

<sup>22)</sup> Vgl. OKW-KTB, IV/8, S. 1534 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. JMT, L-172; OKW-KTB, IV/8, S. 1712 f.

Bekundungen der Feldmarschälle Hitlers in dieser Hinsicht einen besonderen Platz ein<sup>24</sup>). Er wandte sich hier sowohl gegen die Weltanschauung des Marxismus als auch gegen die der westlichen Demokratien. Das für die Deutschen allein passende, siegverbürgende weltanschauliche Gedankengebäude könne nur der „nationale Sozialismus“ sein. Er mutete seinen Offizieren und Soldaten wenige Wochen vor dem Kollaps diese Sätze zu: „In unserem Kampf für die Ideenwelt des nationalen Sozialismus gegen die Seelennöde des materialistischen Bolschewismus müssen wir mit mathematischer Sicherheit siegen, wenn wir im Willen und Glauben unerschütterter bleiben.“

Der OB West von Rundstedt sprach noch Ende Januar 1945 von der „kriegsentscheidenden Bedeutung“ der Verlegung von Verbänden auf den rechten Flügel der Heeresgruppe B. Dieser Befehl<sup>25</sup>) war nicht etwa an die Soldaten zur Aufmunterung gerichtet, sondern an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen B, G und H. Rundstedts Formulierungen suggerierten bei klarer Beschreibung der Lage die Möglichkeit einer Wende — wider besseres Wissen: Schielen in Richtung Hitler/OKW, Mitwirken am Vabanque-Spiel auf Kosten der eigenen Bevölkerung, die 14 Tage später bei der Bomberoffensive gegen Dresden vergeblich nach dem Sinn der Kriegsverlängerung suchte. Rundstedt: „Das Ziel dieser neuen feindlichen Offensive wird in erster Linie die Inbesitznahme des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sein, um nach dem augenblicklichen Ausfall der oberschlesischen Industrie auch durch Ausschaltung der Ruhrindustrie auf den weiteren Verlauf des Krieges entscheidend einzuwirken.“ Die Entwicklung der Lage im Osten — wo die Rote Armee seit Mitte Januar zur Großoffensive angetreten war — habe, so Rundstedt, die „Absichten und Planungen der feindlichen Führung im Westen sicherlich entscheidend beeinflusst“.

Treffender konnte die Hoffnungslosigkeit der militärischen Situation kaum beschrieben werden. Die deutsche Führung war nur noch imstande, an bestimmten Abschnitten der Front zu reagieren und zu improvisieren, ohne Aussicht auf mehr als kurzen Zeitgewinn und ohne Antwort auf die Frage des ‚Wozu‘. Da blieb den Hitler ergebenen Feldmar-

schällen nichts übrig, als auf die angeblich kriegsentscheidende Bedeutung ihrer Befehle hinzuweisen. Rundstedt: „Die rechtzeitige Durchführung dieser Maßnahmen ist von kriegsentscheidender Bedeutung. Ich ersuche, diese Aufforderung mit allem Nachdruck den für Verlegung und Transport verantwortlichen Führern und Dienststellen zur Kenntnis zu bringen. Es kommt auf jede gewonnene Stunde an, um dem Feind zuvorzukommen. Das Schicksal des Reiches hängt von der erfolgreichen Abwehr dieses neuen angloamerikanischen Großangriffs ab.“

Im Osten standen den militärischen Führern Formeln aus dem Sprachschatz der NS-Weltanschauung zu Gebote, die für viele Soldaten eine gewisse Überzeugungskraft besaßen, weil sie mit Gefühlen der Angst verbunden waren. Vor der amerikanischen oder englischen Gefangenschaft fürchtete sich kaum ein deutscher Soldat. Im Osten war das anders. Die Wirkungen jahrelanger Propagandabeeinflussung wurden hier spürbar, aber auch die Furcht vor dem tatsächlich größeren Risiko. Dieser Grundeinstellung trug mancher Befehl Rechnung. Dennoch darf unterstellt werden, daß es seit 1943/44 zunehmend problematischer wurde, Siegesgewißheit zu erzeugen. Bezeichnend ist der Tagesbefehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Model, vom 31. Juli 1944<sup>26</sup>). Gerichtet an die Soldaten einer gerade zerschlagenen Heeresgruppe — die am 22. Juli 1944 einsetzende Offensive der Roten Armee hatte innerhalb zweier Wochen 28 Divisionen vernichtet, 350 000 Soldaten waren gefallen oder in Gefangenschaft geraten —, suchte der Befehl, Angst und Hoffnung zugleich zu mobilisieren:

*„Soldaten! Der Feind steht an Ostpreußens Grenzen! Er sucht in unsere Heimat einzudringen. Noch besitzen wir ein Vorfeld, auf dem wir den heiligen Boden des Vaterlandes verteidigen können. Daß wir dieses Vorfeld halten, dem Feind Zutritt zu deutschem Land verwehren und Mord, Brand, Plünderung von deutschen Dörfern und Städten fernhalten, das erwarten unser Führer, unser Volk und unsere im Westen und Süden gleich uns schwer ringenden Kameraden . . . Feiglinge haben keinen Platz in unseren Reihen. Wer wankt, hat sein Leben verwirkt. Es geht um unsere Heimat, um unsere Frauen und Kinder. Trotz allem und aller augenblicklichen zahlen-*

<sup>24</sup>) Vgl. M. Messerschmidt (Anm. 17), S. 480; BA-MA, III H 219, Akte Kdr. 11; ID/Höh. Art. Kdr. 320, Sammelmappe allg. takt. Befehle und Erfahrungen (Art.) 1942—1945, Bl. 105 f.

<sup>25</sup>) Vgl. BA-MA, RH 19 IV/144, Bl. 134—138, Befehl OB West/Ic, Nr. 317/45.

<sup>26</sup>) Vgl. BA-MA, RH 19 II/203, Bl. 52 f., Anlagen zum KTB, Hgr. Mitte, Führungsabteilung, Heft 12 vom 1. 7.—30. 9. 1944.

*mäßigen und materiellen Überlegenheit des Feindes können wir es in scharfer Konzentration aller Kräfte schaffen! Hierfür sind in der Heimat jetzt auch organisatorisch alle Voraussetzungen gegeben durch Beauftragung des Reichsführers SS Himmler und Reichsministers Goebbels . . . Kein Soldat der Welt darf gerade jetzt besser sein als wir Soldaten unseres Führers Adolf Hitler! Heil unserem geliebten Führer!*"

Die zahlenmäßige und materielle Überlegenheit der Anti-Hitler-Koalition war nicht hinwegzudebattieren. Der Soldat an der Front erlebte sie seit 1943 in steigendem Maße, aber auch in der Heimat verbreitete sich die Erkenntnis, daß der deutsche Soldat trotz „moralischer und geistiger Überlegenheit“, wie der Nachrichtendienst des Sicherheitsdienstes (SD) schönfärberisch interpretierte, den Materialkrieg nicht gewinnen könne<sup>27)</sup>. Der Soldat wird nicht wesentlich anders empfunden haben. Hierauf waren die Durchhalteparolen hoher und höchster militärischer Führer abgestellt, wenn sie auch etwas vorsichtiger argumentieren mußten als die Goebbels-Propaganda.

In dieser Lage setzte die militärische Führung den Offizier, nicht zuletzt den Generalstabsoffizier, als Multiplikator zur Verbreitung von Siegeszuversicht ein. Dabei konnte sie sich offenbar auf den eingespielten Befehlsmechanismus verlassen, der auch als Transmissionsmittel zur Übermittlung von Leerformeln, Sinnlosigkeit und selbst nicht mehr geglaubten Annahmen vorzüglich funktionierte — mit allerdings äußerst fragwürdigem Effekt.

Ein Beispiel bietet die Chefbesprechung bei der Heeresgruppe E in Saloniki am 9. Dezember 1943<sup>28)</sup>. Durch die Landung der Alliierten in Italien war die Flanke der deutschen Position im Mittelmeer-Balkan-Bereich im Spätsommer 1943 in höchste Gefahr geraten. Bei der Heeresgruppe E war man sich der prekären Lage bewußt, zumal man über die Situation an anderen Fronten informiert war. In Griechenland erwartete man keinen Groß-

angriff mehr und konnte, abgesehen von der ständigen Beunruhigung durch Partisanenaktivitäten, aus einer gewissen Distanz urteilen. In den Ausführungen des Chefs des Generalstabes, General Winter, wird dies sehr deutlich. Seine Einschätzung der Kräftepotentiale der Kriegführenden war abgewogen: Der Feind habe personell, was er brauche, während die Wehrmacht im Osten enorme Menschenverluste erlitten habe. Einschneidende Maßnahmen seien in Aussicht gestellt: „Unter Androhung schärfster Strafen ist das Herausziehen jüngerer Jahrgänge rücksichtslos befohlen. So zum Beispiel sind schon sämtliche Artillerieoffiziere abberufen . . . Die Lage im Südosten erlaubt ein solches Wagnis.“ Das feindliche Potential sei materiell unerschöpflich. Die politische Lageeinschätzung ging über Wunschenken jedoch nicht hinaus. Spannungen innerhalb der gegnerischen Koalition gelte es auszunutzen — „wann und wie entzieht sich unserer Kenntnis“.

So blieb auch General Winter nicht viel anderes übrig, als der politisch-psychologischen Beeinflussung der Soldaten große Bedeutung beizumessen: Die versammelten Offiziere sollten sich „zu Mittlern einer 100 % positiven Einstellung machen in unbedingtem Vertrauen zur Führung und dieses Vertrauen weitergeben an die Stäbe und Truppen“. Der Generalstabsoffizier müsse es als eine der höchsten Aufgaben ansehen, „das treibende Element . . . zu sein, das das Vertrauen in die eigene Stärke, in die Führung und die absolute Siegeszuversicht überall hinaus ausstrahlt“.

Es ist keine Frage, daß diese in vielen Verlautbarungen hoher und höchster Kommandobehörden greifbare Sorge um die Stimmung der Truppe eine direkte Reaktion auf die Kriegswende war. Seit Mitte 1943 wurde intensiv über Möglichkeiten der Gegensteuerung nachgedacht. Mit bloßen Appellen an Vertrauen, Glauben und Siegeszuversicht — das war offenkundig geworden — ließen sich Erosionserscheinungen nicht auffangen, zumal die materielle Überlegenheit oder wenigstens ein Gleichgewicht bei schweren Waffen und Luftwaffe nicht mehr hergestellt werden konnten.

<sup>27)</sup> Vgl. Meldungen aus dem Reich (Anm. 5), Bd. 17, S. 6564 (1. 6. 1944).

<sup>28)</sup> Vgl. BA-MA, RH 19 VII/2.

### III. Maßnahmen zur inneren Stabilisierung der Wehrmacht

Die in diesem Kapitel in einem Überblick zu behandelnden Stabilisierungsmaßnahmen stellten insgesamt ein Krisenmanagement größten Stils dar. Sie machten zugleich das Phänomen ‚Krise‘ bewußt, insbesondere da, wo sie zu den schärfsten Strafsanktionen griffen. Vom Standpunkt politischen und militärischen Kalküls waren viele dieser Maßnahmen nicht mehr sinnvoll. Manche entsprachen durchaus Hitlers Auffassung vom „Hunnenkrieg“. Im Inferno der letzten Kriegsmonate wurde der Mensch zum Material herabgewürdigt. Er hatte im eigentlichen Sinne Material zu ersetzen. Krieg wurde um seiner selbst willen geführt. Seine Fortsetzung verhinderte gerade das immer wieder propagandistisch beschworene Ziel: die Heimat, Frauen und Kinder zu schützen.

Als eigentlicher Auftakt des politpsychologischen Endphasen-Szenariums kann die Einrichtung der NSFO-Organisation angesehen werden. Sie veranschaulicht zugleich ein weiteres Moment der Wehrmachtgeschichte, nämlich die Eröffnung neuer Möglichkeiten für die Partei, auf Soldaten einzuwirken und selber organisatorisch in der bewaffneten Macht Fuß zu fassen. Hauptbereichsleiter Ruder, Leiter des Arbeitsstabes NSFO in der Parteikanzlei, machte das Ziel der Partei auf einer Reichs- und Gauleitertagung am 23. Februar 1944 in München deutlich: „Wenn der gleiche nationalsozialistische Geist, den die Partei dem Volk eingepflegt hat, nun immer und immer wieder auch von den besten und bewährtesten Parteigenossen in der Truppe und von unseren jungen, dazu erzogenen Offizieren auf die Männer draußen einwirkt, dann wird hier eine Kraft entstehen, die in der Lage ist, auch die größten Belastungen zu meistern und schließlich den Sieg zu erringen. Dann wird die nationalsozialistische Volksarmee einst nichts anderes sein als die Vollstreckerin des nationalsozialistischen Willens und des Wollens unseres Führers.“<sup>29)</sup>

Vorausgegangen waren wehrmachtseigene Bemühungen um die *wehrgeistige Führung*. Nicht nur das OKW war auf diesem Gebiet tätig, sondern auch einzelne Generäle wie Schörner, der Anfang Februar 1943 ein *Referat geistige Betreuung* einführte<sup>30)</sup>. Auf ähnlichen Geleisen bewegte sich der Befehlshaber des Ersatzheeres; Hitler vollzog

schließlich, Vorschlägen Bormanns folgend, mit Befehl vom 22. Dezember 1943 den Schritt von der *wehrgeistigen Führung* zur *nationalsozialistischen Führung*. Damit wurde in der Wehrmacht eine neuartige, auf enge Zusammenarbeit mit der Parteikanzlei verpflichtete Organisation geschaffen. An der Spitze dieser Organisation stand der NS-Führungsstab OKW mit entsprechenden Stäben bei den Oberkommandos der Wehrmachtteile. Schon am 7. Januar 1944 befahl Bormann die Aufstellung des NSFO-Stabes der Parteikanzlei, der sogleich auch Mitspracherecht bei der Auswahl der NS-Führungsoffiziere erhielt. Der Chef des NSFO-Stabes OKW, General Reinecke, hatte bei der Beschaffung des Schulungsmaterials mit der Parteikanzlei eng zusammenzuarbeiten. Reinecke paßte sich seinem neuen Aufgabengebiet wie gewohnt an, als er in der Wolfsschanze erklärte, der Krieg könne „mit 51 Prozent Sicherheit durch die weltanschauliche Einstellung und Ausrichtung aller Offiziere“ gewonnen werden. General Schmudt, Chefadjutant der Wehrmacht bei Hitler und Chef des Heerespersonalamtes, meinte bei derselben Besprechung: „Der Kommandeur ist der Kommissar.“<sup>31)</sup>

In den ersten Januartagen lag Reinecke schon eine große Liste mit Vorschlägen aus der Parteikanzlei vor: Keitel ordnete mit Befehl vom 6. Februar 1944 die Einsetzung von hauptamtlichen NS-Führungsoffizieren bei den Kommandobehörden bis hinab zu den Divisionen an. Parteizugehörigkeit war erwünscht, während die Strategen der Parteikanzlei einen Stamm von interessierten Berufsoffizieren gewinnen wollten. Von den am 20. Dezember 1944 beim Heer hauptamtlich eingesetzten 623 NSFO waren 556 Parteigenossen, 37 aktive Offiziere. Die Gesamtzahlen beliefen sich um diese Zeit auf Hauptamtliche NSFO – Soll 1 251, Ist 1 074; Nebenamtliche NSFO – Heer 43 000 (etwa), Luftwaffe 3 452, Marine 900.

General Ritter von Hengl, seit Mai 1944 Chef des NSFO-Stabes beim Oberkommando des Heeres (OKH), hielt es für richtig, die Soldaten zu einem „unbändigen Vernichtungswillen und zum Haß“ zu erziehen<sup>32)</sup>. Auf den Waffenschulen baute General Specht die NS-Führung laut Hengl in „vorbildlicher Weise“ auf. Fahnenjunker, die der weltanschaulich-

<sup>29)</sup> Zit. in: W. Besson, Zur Geschichte des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO). Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1961), S. 76 ff., hier S. 112 (Zit. Dok. NSFO).

<sup>30)</sup> Vgl. M. Messerschmidt (Anm. 17), S. 446.

<sup>31)</sup> G. L. Weinberg, Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1964), S. 449.

<sup>32)</sup> Vortrag vor Generalen auf der Ordensburg Sonthofen. BA-MA, H 42/1.

chen Schulung „nicht entsprachen“, wurden nach diesen Angaben nicht befördert. Auf allen Ebenen setzten nunmehr NSFO-Aktivitäten ein. In sehr vielen Fällen gelang es sicher nicht, die Soldaten dafür empfänglich zu machen; Skepsis und Zukunftsangst saßen bereits zu fest. Daher wurde Indoktrination mit Drohung gemischt. Aus dem Stab des OB-West, Generalfeldmarschall von Rundstedt, ist ein Dokument dieser Art aus dem April 1945 überliefert, ein von Rundstedt mit einem Geleitwort versehenes Pamphlet „Die Nationalsozialistische Führung der Truppe“<sup>33)</sup>. Es genügt, einige Sätze dieser Anleitung zu zitieren:

„– Jedem Soldaten bei jeder Gelegenheit, besonders in der Zeit des Großkampfes einhämmern, wofür wir kämpfen.“

– Immer wieder den Glauben an die eigene Kraft, an die Kraft der im totalen Kriegseinsatz stehenden Nation und an die Überlegenheit des deutschen Menschentums stärken.

– Jedem Soldaten in überzeugender Form klarmachen, daß jeder, der seinen Platz und seine Stellung ohne Befehl verläßt, ausweicht oder seine Waffen preisgibt, sich an seinem Vaterland und seiner Heimat vergeht und daher sein Leben verwirkt hat.

– Alle Selbstverstümmler und Überläufer den Heimatbehörden und Ortsgruppen der NSDAP melden, die für die Bekanntmachung in der Heimat sorgen.

– Planmäßige Arbeit vor allem in Lazaretten und Auffangstellen.“

„Nationalsozialistische Führungsstunden“ sollten abgehalten werden, einzuleiten mit einem „Führerwort“ und abzuschließen mit einem Kampflied der „Bewegung“. Der Chef NSFO der Luftwaffe präsentierte mit einem Erlaß vom 1. November 1944<sup>34)</sup> einen Katalog der mit der Todesstrafe bedrohten Fehlhaltungen von Soldaten: Zweifel am Führer und am Endsieg; Äußerungen gegen die NS-Weltanschauung; Zweifel an der Berechtigung des uns aufgezwungenen Lebenskampfes; Äußerungen mangelnden Vertrauens in die deutsche Kraft, den Angriffgeist der Truppe oder die Schlagkraft der deutschen Waffen; Verbreitung von Nachrichten über Kampfmüdigkeit; Erörterung der Möglichkeiten bei Verlust des Krieges; Behauptungen, daß der Bolschewismus ‚so schlimm‘ nicht sei oder daß die

Demokratie unserer westlichen Nachbarn in Erwägung gezogen werden könne.

Im Ersatzheer bediente sich die NS-Führung seit der Einsetzung Himmlers als dessen Befehlshaber nach dem 20. Juli 1944 besonders drastischer Methoden, die auf die Mobilisierung ausnutzbarer Ängste abzielten. Mit Sprachregelungen und Handzetteln suchte man die eigenen Soldaten zu beeinflussen. Eine Sprachregelung vom 2. Februar 1945 schlug folgende *Kampffparolen* vor:

– „Nie hat Asien Europa besiegt. Wir werden asiatische Flutwelle auch diesmal brechen.“

– „Herrschaft asiatischer Untermenschen über Abendland ist unnatürlich und nicht Sinn der Geschichte.“

– „Hinter der Flut roten Mobs grinst Fratze des Juden. Sein Herrschaftsgelüste wird zerbrochen, wie einst seine Macht in Deutschland.“

Der Einsatz disziplinarer und strafrechtlicher Sanktionen zeigt, wie wenig überzeugend diese ideologische Verführungsstrategie für viele Soldaten war. An der Intensität des um sich greifenden Erosionsprozesses wird deutlich, daß der Soldat politisch weiter dachte als viele Vorgesetzte bis in die höchsten Ränge hinauf. Für Soldaten existierte das Dolchstoßtrauma nicht. In den letzten Kriegswochen zogen Tausende apathischer Soldaten an den mit weißen Fahnen behängten Häusern der mürbe gewordenen Bevölkerung in den ruinierten Ortschaften der Westprovinzen vorbei. Sie hatten begriffen, daß sie geschlagen waren.

Die militärische Führung verfolgte indes für Hitler eine ihrer eigenen Lagebeurteilung zuwiderlaufende Disziplinierungs- und Todesstrafen-Strategie. Spätestens seit Mitte 1944 muß eine wachsende Diskrepanz zwischen Soldaten und militärischer Führung konstatiert werden. Dies kann an zahlreichen Beispielen deutlich gemacht werden.

Im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte mußte im Juli 1944 eine doppelte Auffangorganisation an der Weichsel und an der Reichsgrenze gebildet werden, um ungeordnet zurückflutende Versprengte und Flüchtende aufzunehmen. Der Wehrmachtstreifendienst wurde vom Ausmaß der Flucht überfordert. Diese Entwicklung hatte sich schon Monate vorher angekündigt. So meldete der Befehlshaber des Feldjägerkommandos III, General von Scheele, bereits am 18. März 1944, die Lage im Süden der Ostfront sei so, „daß große Teile des Feldj.Kdos (Feldjäger-Kommandos) zum Sammeln von Versprengten eingesetzt“ seien und überhaupt

<sup>33)</sup> O. O., o. J., Bibliothek MGFA.

<sup>34)</sup> Vgl. R. Absolon, Das Wehrmachtstrafrecht im Zweiten Weltkrieg, Kornelimünster 1958, S. 90 ff.

nur durch Feldjägerinsatz ermöglicht werden könne, „einen Brückenkopf über den Dnjestr“ zu bilden<sup>35)</sup>.

Die Entwicklung wurde schon vor Beginn der großen Offensive der Roten Armee gegen die Heeresgruppe Mitte immer kritischer. Im Mai mußte das OKW die Feldjäger-Kommandos schlagkräftiger machen. Es wurden ihnen fliegende Feldkriegsgerichte zugewiesen und die Befehlshaber der Kommandos mit den entsprechenden gerichtsherrlichen Befugnissen ausgestattet. Regiments- und Bataillonskommandeure erhielten Standgerichte mit den dazugehörenden Befugnissen über alle Angehörigen und Gefolgemitglieder der Wehrmacht und Waffen-SS<sup>36)</sup>.

Nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte nahm die Lockerung der Disziplin offensichtlich erhebliche Ausmaße an. Gauleiter Koch meldete Hitler am 13. Juli 1944<sup>37)</sup>: „Die Straßen des Reg.-Bez. Bialystok sind voll von Truppen, die z. T. fluchtartig zurückgehen . . . Die Truppe macht einen denkbar schlechten Eindruck und würde beim Überschreiten der ostpreußischen Grenze demoralisierend wirken.“

Hitler beauftragte Koch am 26. Juli mit der Organisation des Stellungsbaus hinter der Heeresgruppe Mitte mit weitreichenden Vollmachten, nachdem er zuvor, am 10. Juli, dem Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) für das Ostland und Rußland-Nord die Erfassung von Menschen in Estland, Lettland und Litauen übertragen hatte — mit diktatorischen Vollmachten, wie der Befehl besagte<sup>38)</sup>. Alle Wehrmachtdienststellen waren angewiesen, ihn zu unterstützen. So schoben sich SS- und Parteibeauftragte immer stärker in Wehrmachtsbelange hinein, kontrollierend, kritisierend, störend und forcierend zugleich. Himmler wurde mit Hitler-Befehl vom 2. August 1944 beauftragt, „zum Zwecke der Menscheneinsparung die gesamten Organisations- und Verwaltungsgrundlagen des Heeres, der Waffen-SS, der Polizei und der OT (Organisation Todt) zu überprüfen und zu vereinfachen“. Zu diesem Zweck konnte er Einrichtungen des Heeres, der Waffen-SS und der Polizei zusammenfassen sowie Soldaten und Beamte des Heeres, der Waffen-SS und der Polizei und dessen Gefolge über die zustän-

digen Personalstellen austauschen. Hierbei konnte er sich der zuständigen Stäbe bedienen<sup>39)</sup>.

Die Dramatik der Situation unterstrich ein Führerbefehl vom 19. Juli 1944, wonach sämtliche Versorgungs- und rückwärtige Dienste der Wehrmachtteile, die Organisation Todt und das Wehrmachtgefolge bei Überschreiten der Reichsgrenze 50 Prozent ihrer Gewehre und Maschinengewehre an das Heer abzugeben hatten<sup>40)</sup>, während laut Führerbefehl vom 10. August 1944 „mit allen Mitteln dafür zu sorgen“ war, „daß alle Verbände und Einheiten der Ostwehrmacht, die in das Reichsgebiet verlegt sind oder noch verlegt werden, unverzüglich wieder die Formen militärischer Ordnung annehmen, wie sie das deutsche Volk von seiner Wehrmacht erwartet“<sup>41)</sup>. Hierzu wurde befohlen, diese Einheiten sofort auf Truppenübungsplätze im östlichen Grenzbereich zu verlegen und dort neu zu ordnen, was vielfach gar nicht möglich war. Dieser Befehl gibt Aufschluß über das Ausmaß der einsetzenden Auflösungserscheinungen.

Im Westen sah es kaum besser aus. Auch hier erging ein *Waffengewinnungsbefehl*. Mit der Durchführung wurde der Reichsführer SS (RFSS) beauftragt. Auch hier meldeten Parteigrößen — die Gauleiter Wagner und Simon — Disziplinlosigkeiten zahlreicher Einheiten. Aufzulösende Einheiten wurden ebenfalls auf Truppenübungsplätze verlegt. Ein OKW-Befehl vom 23. September 1944 spricht unmißverständlich von „Auflösungserscheinungen in der Truppe“<sup>42)</sup>. „Haltlose Elemente“ werden erwähnt, insbesondere aber „Führer und Unterführer, die der Feigheit schuldig sind, die ihre Pflicht als Truppenführer schwer verletzen, anvertrautes Wehrmachtgut im Stich lassen“, und Soldaten, die ihre Gewehre und andere leichte Waffen liegenlassen, ablegen oder zerstören. Gerichtsherren und Standgerichtsherren erhielten das Recht, in solchen Fällen Todesurteile unmittelbar zu bestätigen. „wenn die sofortige Vollstreckung der Todesstrafe zur Aufrechterhaltung der Manneszucht und aus Gründen der Abschreckung geboten ist“. Die Partei wurde zur Erfassung versprengter Soldaten im Heimatkriegsgebiet eingesetzt und erhielt damit eine weitere Kontrollbefugnis. Keitel bezeichnete die Arbeit des Wehrmachtstreifendienstes als kriegsentscheidend, aber alle diese Maßnahmen waren genauso wenig kriegsentscheidend wie das

<sup>35)</sup> BA-MA, RW 4/v. 493, W FSt/Org., Vortragsnotiz für Stellv. Chef, W FSt v. 18. 3. 1944.

<sup>36)</sup> Ebd., Erlaß ChefOKW v. 15. 5. 1944.

<sup>37)</sup> BA-MA: RH 19II/203. Anlagen z. KTB Hgr. Mitte, Führungsabt., Heft 12, v. 1. 7.—30. 9. 1944, Fs. v. 14. 7. 1944.

<sup>38)</sup> Vgl. BA-MA, RH 19 II/203.

<sup>39)</sup> Vgl. BA-MA, III W 128, Führerbefehl v. 2. 8. 1944.

<sup>40)</sup> Vgl. ebd., FS ChefOKW v. 19. 7. 1944.

<sup>41)</sup> BA-MA, III W 128, FS OKW/WFSt/Org. i. A. d. F. Keitel.

<sup>42)</sup> Ebd., Chef OKW/WFSt/Qu 2 vom 23. 9. 1944.



ebenfalls von der Partei organisierte Aufgebot des Volkssturmes im Herbst 1944. Das vorgesehene Zusammenwirken von Wehrmacht und Volkssturm, auch im Bereich der Feldwehrmacht, blieb praktisch ohne militärische Auswirkung.

Der Erosionsprozeß im Heer war nicht mehr zu stoppen. Die Zahlen der Fahnenflüchtigen und Wehrkraftersetzungsfälle schnellten hoch. Von letzteren kamen zwischen 30 000 und 40 000 vor die Feldkriegsgerichte. Die Dunkelziffer muß Legion gewesen sein. Die Progression lag schon 1943 bei 20 Prozent zwischen dem zweiten und vierten Quartal<sup>43)</sup>. Dagegen half auch der massierte Einsatz von NSFO nicht, wie Hitler ihn mit einem zusammengefaßten Auftreten von 200 dieser Optimismusverbreiter in den Wehrkreisen XII und V Anfang September 1944 befahl<sup>44)</sup>. Weder neue Auffangorganisationen im Osten, wo Wehrmachtstreifengruppen, Feldgendarmarie, SS-Einsatzkommandos und Offiziere der Kriegsakademie gemeinsam Defaitismus und Auflösungstendenzen bremsen sollten<sup>45)</sup>, noch der Aufruf, alle Ostpreußen aus Stäben und rückwärtigen Dienststellen abzugeben für die Verteidigung ihrer Heimat<sup>46)</sup>, noch der Einsatz von Hitlerjugend für militärische Aufgaben<sup>47)</sup> oder die Zuweisung von Luftwaffen Helfern des Jahrgangs 1928 zur Luftwaffe<sup>48)</sup>, lassen sich als sinnvolle Entscheidungen jenseits bloßer Weitermachen-Überlegungen werten.

Die „Planung“ im Angesicht der Katastrophe blieb bis in die letzten Tage in Berlin aktiv. So teilte der Generalinspekteur der Panzertruppen in einer Entscheidung zum Führervortrag vom 22. April 1945 dem Wehrmachtsführungsstab, dem Generalstab des Heeres sowie anderen hohen Stäben mit, welche Panzer im Berliner Raum noch zur Verfügung standen. Von 15 einsatzfähigen Panzern zweier Kompanien des Pz-Regiments 2 ist die Rede, von acht Sturmgeschützen, aber auch von „sechs weiteren noch nicht fertiggestellten Panthern, die den Kompanien sofort zugeteilt werden“. Thomale, der Chef des Stabes, hatte alles daranzusetzen, die

7. Pz-Division „in kürzester Zeit aufzufrischen, da ihr baldiger Einsatz von entscheidender Bedeutung“ sei. Der Einsatz von drei oder vier Panzern wurde also nunmehr zum Gegenstand von Führervorträgen. Mehr hatte die Industrie im Berliner Raum nicht zu bieten. Lapidar hieß es im Vortrag des Generalinspektors vom 20. April 1945: „Bei Firma Daimler-Benz, Berlin-Marienfelde, fallen an: voraussichtlich bis 21. April 6 Panzer V.“<sup>49)</sup>

Vor dem Hintergrund all dieser Signale der Ohnmacht müssen die Drohbefehle und Durchhalteweisungen höchster militärischer Befehlshaber auf ihren Sinngehalt befragt werden. Feldmarschall Kesselring, OB-West, gab am 21. März 1945 bekannt, gegen die Sippe eines zum Tode verurteilten Hauptmanns sei die Sippenhaftung wirksam geworden<sup>50)</sup>: „Es soll eine Warnung für alle sein. Wer nicht in Ehren lebt, stirbt in Schande.“ Sippenhaft hatte das OKW bereits im November 1944 eingeführt. Hitler ordnete darüber hinaus im März 1945 Sippenhaftung gegen Angehörige von Soldaten an, die unverwundet in Gefangenschaft gerieten oder nachweisbar nicht bis zum äußersten gekämpft hatten — bei Kriegsende ein sicherlich Hunderttausende, wenn nicht Millionen zählender Anteil der Bevölkerung.

Rundstedt und Model setzten am 6. März 1945 einen OKH-Befehl um und ordneten an, ab 15. bzw. 17. März 1945 alle, die „noch abseits ihrer Einheit auf Straßen, in Ortschaften, in Trossen oder Ziviltrecks, auf Verbandsplätzen, ohne verwundet zu sein, grundlos angetroffen werden und angeben, noch versprengt zu sein und ihre Einheit zu suchen, standrechtlich abzuurteilen und zu erschießen“<sup>51)</sup>. Jodl hatte schon am 16. September 1944 einen Hitler-Befehl unterzeichnet, der *fanatische Kampfführung* verlangte: Jeder Häuserblock, jedes deutsche Dorf müsse zur Festung werden, „an der sich der Feind entweder verblutet oder die ihre Besatzung im Kampf Mann gegen Mann unter sich begräbt . . . Jeder, der seine Aufgabe nicht unter vollem Einsatz seines Lebens löse, sei zu beseitigen.“<sup>52)</sup>

Der Zivilbevölkerung war ein gleiches Schicksal zgedacht. Ein vom Chef des Generalstabes der

<sup>43)</sup> Vgl. M. Messerschmidt/F. Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus, Baden-Baden 1987, S. 138.

<sup>44)</sup> Befehl vom 2. 9. 1944, gez. Keitel, BA-MA, III, W 128.

<sup>45)</sup> Vgl. WFSSt Vortragsnotiz v. 1. 2. 1945, WFSu/Org F, BA-MA, RW 4 v. 493.

<sup>46)</sup> Vgl. FS OKW/WFSu/Org (Keitel) v. 24. 8. 1944, BA-MA III W 128.

<sup>47)</sup> Vgl. OKW/WFSSt v. 10. 4. 1945, BA-MA RW 4/v. 495, Handakte Major Oxenius (OrgF) 1944—45.

<sup>48)</sup> Entscheidung Hitlers über die „Verteilung Jahrgang 1928“ v. 12. 4. 1945, BA-MA, RW 4/v. 495.

<sup>49)</sup> Notizen und Vorlagen des Generalinspektors der Panzertruppen, in: BA-MA, RH 10/91.

<sup>50)</sup> Vgl. BA-MA, RH 19 IV/226.

<sup>51)</sup> Zitiert in der Rundverfügung Nr. 16 des Chefrichters und Rechtsberaters beim Luftwaffenkommando West vom 9. März 1945, in: BA-ZNS, Rundverfügungen des Chefrichters beim Chef der Luftflotte 3, Bl. 19.

<sup>52)</sup> OKW/WFSu/Op vom 16. 9. 1944, BA-MA, III W 128, Bl. 108.

19. Armee, Oberst Brandstädter, bekanntgebener Befehl des RFSS über *Verhalten der Zivilbevölkerung im Westen* ordnete an: „Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen. Es darf bei diesen Maßnahmen keinen Augenblick gezögert werden.“<sup>53)</sup>

SS-General Hoffmann teilte dazu mit, als verantwortliche männliche Einwohner hätten solche vom 14. Lebensjahr an aufwärts zu gelten.

Derartige Gedanken sind auch in einem Schreiben des OB der 5. Panzer-Armee, General der Panzertruppen von Manteuffel, vom 19. März 1945 „An alle Gauleiter“ enthalten: „Wer diesem wilden Quartiermachen und Betteln um Verpflegung Vorschub leistet oder gar unterstützt, wird je nach Schwere des Falles mit strengster Strafe bis zur Todesstrafe durch besondere Standgerichte bestraft . . . Die Dienststellen der Partei haben Soldaten, die derartige Ansuchen stellen, sowie diejenigen Angehörigen der Wehrmacht usw., die ohne Aufsicht und Beschäftigung sind, dem nächsten militärischen Vorgesetzten im Range eines Offiziers zuzuführen.“<sup>54)</sup>

Gute „Gegenwirkung bei Soldaten und Bevölkerung“ versprach sich General von Hengl, Chef NSFO-Stab OKH, auf einem Lehrgang für 800 Offiziere am selben 19. März durch die von der NS-Führung verbreitete Pressenotiz, daß Roosevelt beabsichtige, „den Russen deutsche Kriegsgefangene als Arbeitssklaven zur Verfügung zu stellen“. Diese Lüge hielt er für ein probates Mittel — gegen eine Bevölkerung, die nach Hengls eigener Erkenntnis durch den Luftterror zermürbt sei und den Endkampf im eigenen Dorf nicht mehr wolle. Gerade dies aber beabsichtigte das OKW. In einer Nachricht vom 27. März 1945 an das Armeekommando (AOK) 19 gab das OKW bekannt: „Reichsführer SS wird als die zur Wahrnehmung der Exekutive im Inneren berufene oberste Dienststelle gebeten, im unmittelbaren Einvernehmen mit dem Leiter der Parteikanzlei die polizeilichen Maßnahmen zu treffen, die die versagenden Teile der Bevölkerung am Zeigen weißer Tücher und an Sabotage von Befestigungsanlagen hindern.“<sup>55)</sup>

„Versagen“ hieß also ein Handeln aufgrund besserer Einsicht. Zehntausende, ja Hunderttausende versagten in dieser Weise — Frauen und Männer,

Volkssturmmangehörige und Soldaten. Sie sahen sich jetzt dem Endphasenterror von Partei und militärischer Führung ausgeliefert, der nur deshalb nicht zum nationalen traumatischen Erlebnis wurde, weil auch der Vernichtungswahnsinn nicht mehr voll funktionierte. In sehr vielen Fällen hat er aber funktioniert. Zahlreiche Soldaten wurden in den letzten Wochen und Monaten zum Tode verurteilt. Die Dunkelziffer muß Tausende umfassen. Wer sich der Sinnlosigkeit des Krieges in der Endphase zu entziehen suchte, galt den Verfolgungsorganen als *ehelos*. Wo die Bürokratie noch arbeitete, gingen die Akten an das Reichssicherheitshauptamt zwecks Einleitung der Sippenhaftung<sup>56)</sup>. Viele dieser Soldaten, Fahnenflüchtigen und „Wehrkraftzersetzer“ verweigerten sich dem Unrechtsstaat. Ihre „Ehrlosigkeit“ ist bis heute unzureichend diskutiert worden.

Auch SS-Truppen waren vom Prozeß der Auflösung ergriffen. So meldete der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD beim Höheren SS- und Polizeiführer Südwest Vorkommnisse aus dem Februar/März 1945 bei Heeres- und SS-Einheiten im Kaiserstuhl (2. Gebirgsjägerdivision, SA-Panzerbrigade Feldherrnhalle, Waffen-SS-Einheiten), die beträchtliche Kriegsmüdigkeit erkennen ließen: Wegwerfen von Waffen und Uniformen, Plündern u. a.<sup>57)</sup> Die Heeresgruppe G forderte dagegen unbedingtes Halten: „Die Durchführung aller Maßnahmen im Osten bedingt Halten der Westfront. Es gibt auch hier kein Paktieren. Der Vernichtungswille der Amerikaner ist derselbe . . . Wer den Kampf aufgibt, ist nicht nur ein Feigling, er verrät unsere Frauen und Kinder.“<sup>58)</sup>

Viele Soldaten glaubten nicht mehr an derartige Parolen. Sie wünschten wie die Zivilbevölkerung nichts mehr als ein rasches Ende des Krieges. An der Ostfront bedienten sich Hitler und das OKW noch drastischerer Formulierungen, um der Truppe ein nicht realisierbares Ziel einzupflanzen. Der „Aufruf an die Soldaten an der Ostfront“ vom 15. April 1945, einen Tag vor Beginn des letzten Großangriffs der Roten Armee, spricht bereits drohend, aber auch unsicher, von befürchteten Erscheinungen des Versagens in großem Stil: „Das Regiment oder die Division, die ihre Stellung verlassen, benehmen sich so schimpflich, daß sie sich vor den Frauen und Kindern, die in unseren Städten dem Bombenterror standhalten, werden schämen müssen. Achtet

<sup>53)</sup> Befehlsbekanntgabe vom 29. 3. 1945, BA-MA, H 12-19/202.

<sup>54)</sup> BA-MA, RW 4/v. 495.

<sup>55)</sup> BA-MA, H 12-19/202.

<sup>56)</sup> Vgl. M. Messerschmidt/F. Wüllner (Anm. 43), S. 310.

<sup>57)</sup> Vgl. BA-MA, H 12-19/202, Meldung an AOK 19.

<sup>58)</sup> Ebd., Durch AOK 19 (General Foertsch) am 27. 2. 1945 bekanntgegeben.

vor allem auf die verräterischen wenigen Offiziere und Soldaten . . . Wer euch Befehle zum Rückzug gibt, ohne daß ihr ihn genau kennt, ist sofort festzunehmen und nötigenfalls augenblicklich umzulegen.“<sup>59)</sup>

Wie der Einbruch des Gegners im Westen, so werde auch der letzte Ansturm Asiens scheitern: „Berlin bleibt deutsch. Wien wird wieder deutsch, und Europa wird niemals russisch.“

Hitler und das OKW lebten nicht in einer Scheinwelt. Sie wußten, was die Stunde geschlagen hatte. Der sogenannte Einbruch im Westen war nichts anderes als der Zusammenbruch der organisierten Verteidigung seit der Einschließung der Heeresgruppe B Anfang April und ihrer Übergabe mit den letzten Teilen am 18. des Monats. An diesem Tag erreichten amerikanische Verbände Magdeburg, am nächsten Leipzig. Am 25. April vereinigten sich die Stoßkeile der Roten Armee westlich Berlin. Die 12. deutsche Armee mußte ihren Einsatzversuch abbrechen und trat den Rückzug nach Westen hin in Richtung Elbe an. Im Wirrwarr der letzten Wochen schickte der Wehrmachtsführungsstab am 1. April 1945 Offiziere auf eine Frontreise, um ein Bild „über den Stand der Weser-Verteidigung“ zu gewinnen. In Kroatien verkündete der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E, Generaloberst Löhr, mit Tagesbefehl vom 29. April 1945, das deutsche Volk erringe sich jetzt im Kampf um Berlin unter dem Befehl „unseres“ Führers „das Anrecht auf seine Zukunft. Hier wird sichergestellt, daß unsere 2000 Jahre alte Kultur am Leben bleibt.“<sup>60)</sup>

Wie diese Sicherstellung gedacht war, beweist der „Verbrannte Erde“-Befehl Hitlers vom 19. März 1945, der die Zerstörung aller Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie aller Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes durch die Wehrmacht, die Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare vorsah, die der Feind für die Fortsetzung des Kampfes nützen könne. Speer bezeichnete dieses Vorhaben in seinem Schreiben an Hitler vom 29. März mit Recht als „Zerstörung der Grundlagen unseres Volkslebens“<sup>61)</sup>. Er bat Hitler, „nicht selbst am Volk diesen Schritt der Zerstörung zu vollziehen“, betonte aber zugleich, es sei „unsere“ Pflicht, alle Anstrengungen zu machen,

um den Widerstand „auf das äußerste zu steigern“.

Hitler hatte bekanntlich schon Ende Januar 1942 bei seinen Tischgesprächen ausgeführt, wenn das deutsche Volk nicht bereit sei, für seine Selbsterhaltung zu kämpfen, dann solle es verschwinden. Der „Verbrannte Erde“-Befehl, auch als „Nero-Befehl“ bezeichnet, entsprach diesem Denken in biologischen Kategorien. Von der Alternative des Alles oder Nichts war das Nichts geblieben. Für Hitler hatte sich das deutsche Volk als das schwächere erwiesen. 1918 waren nach seiner Auffassung Marxisten und Juden und eine versagende Justiz für die Niederlage verantwortlich gewesen — jetzt war es das ganze Volk, aus dem er sich — der Führer und Oberste Befehlshaber — mit seinem Selbstmord hinausschlich.

Unendlich viele Einrichtungen und Sachwerte sind noch in den letzten Wochen des Krieges zerstört worden. Pioniere sprengten in der damaligen Situation strategisch — wenn davon überhaupt noch gesprochen werden konnte — völlig bedeutungslose Anlagen, Brücken, Kanäle usw. Keitel ordnete am 4. April mit einem zusätzlichen Befehl noch die Verpflichtung der Wehrmacht an, die in die Verantwortlichkeit des zivilen Bereichs fallenden Zerstörungsmaßnahmen mit allen verfügbaren materiellen Hilfen zu unterstützen<sup>62)</sup>. Angesichts dieser Einstellung der politischen und militärischen Führung nehmen sich die Warnungen vor den Absichten der Gegner gespenstisch aus. Die Anti-Hitler-Koalition hatte seit der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 die Forderung nach *unconditional surrender* zur Grundlage ihrer Politik und Kriegführung gegen Deutschland gemacht. Damit war klar gestellt, daß keine Zwischenlösungen infrage kamen. Seit 1942/43 hieß dies für Hitler und seine militärischen Berater, es werde kein Weg an der Niederlage vorbeiführen. Kriegsverlängerung konnte weder Positionsverbesserungen noch einen günstigeren Frieden bescheren — im Gegenteil.

Die Situation in den Ostprovinzen des Reichs bei Kriegsende war nicht unvorhersehbar oder schicksalhaft, sondern von der Führung zu verantworten. „Tragisch“<sup>63)</sup> war sie vor allem für die Bevölkerung. Das Ostvolk hat wohl kaum noch, wie Hillgruber unterstellt, „mit seinem verzweiferten Abwehrkampf um die Bewahrung der Eigenständig-

<sup>59)</sup> OKW-KTB, IV/8, S. 1589f.

<sup>60)</sup> BA-MA, RH 22/297.

<sup>61)</sup> OKW-KTB, IV/8, S. 1583. Der Befehl wurde am 6. 5. durch Dönitz aufgehoben, vgl. ebd., S. 1674.

<sup>62)</sup> OKW-KTB, ebd., S. 1585.

<sup>63)</sup> So Andreas Hillgruber, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986, S. 64.

keit der Großmachtstellung des Deutschen Reiches“ gekämpft. Objektiv wurden Chancen für eine halbwegs gesicherte Zukunft in wesentlich bescheidenerem Rahmen durch die Fortsetzung des Krieges reduziert – auch die Leiden der Bevölkerung eher vergrößert. Auf Nimmersdorf folgte die weit größere Katastrophe von Dresden, die allein der Politik des Weitermachens um buchstäblich jeden Preis zugeschrieben werden muß.

Die *unconditional surrender*-Forderung war psychologisch kein Gewinn für die Alliierten; sie hat die Chancen der deutschen Opposition beeinträchtigt, aber sie war aufgrund der Erfahrungen von 1918 bis 1939 verständlich. Diese Forderung hätte zu einem Klärungsprozeß in Deutschland führen können und zur nüchternen Lageeinschätzung. Dies allerdings hätte eine andere militärische Führung erfordert – eine Führung, die das Schicksal der Nation über die Nibelungentreue zum Verderber derselben zu stellen bereit gewesen wäre. Die späte Einsicht einzelner Generäle, die in der Endphase Verhandlungen mit dem Gegner im Westen und Süden empfahlen oder einleiteten, hat den Gesamtverlauf der Ereignisse nur noch unwesentlich bestimmen können.

Gibt es zureichende Erklärungen für das Verhalten der militärischen Spitze im OKW und in den Führungsstäben der Wehrmachtteile, bei Heeresgruppen und Armeen, aber auch für die Durchhaltmentalität vieler Soldaten?

Mir erscheint fraglich, ob Analysen der Ursachen des Nationalsozialismus, der Konstitution der deutschen Gesellschaft mit ihrem demokratiefremden Mittelstand, seiner Gewöhnung an politische Wirkungslosigkeit und seiner Bereitschaft zur Realitätsverdrängung nach 1918 viel für das Verständnis der Haltung der deutschen Führungsschicht 1944/45 hergeben. Für die im Nationalsozialismus eine Vertretung eigener sozialer Motivationen erhoffenden Gesellschaftsschichten – Mittelstand, Bauern u. a. – war schon vor Kriegsbeginn deutlich, daß ihre Erwartungen nicht erfüllt worden waren<sup>64</sup>). Führenden Militärs hätte klarwerden müssen, daß das Rezept der antipluralistischen Volks- und Wehrgemeinschaft den für den Krieg organisierten westlichen Demokratien nicht überlegen war.

Blieb von allen NS-Visionen am Ende nichts als der inzwischen stark beschädigte Führer-Mythos? Für viele kleine Leute, den Mann auf der Straße, viele

Soldaten war er derjenige, der die Wunderwaffen in Reserve hielt. Darüber hinaus stand dieser Mythos für das, was der Nationalsozialismus immer auch schon repräsentiert hatte: Kraftentfaltung, Kämpfermentalität, Glaube an das Unmögliche, Haß gegen verteufelte Feinde. Diesem überwiegend inhaltsleeren und negativen „Werte“-Katalog entsprachen zahlreiche Endphasen-Verlautbarungen führender Militärs. Konnte nicht doch am Ende das „Wunder“ geschehen? Am 12. April 1945 klammerte sich selbst Hitler an diesen Gedanken: Roosevelt war gestorben. „Hier haben wir das große Wunder, das ich immer vorhergesagt habe!“, soll er nach Speer ausgerufen haben<sup>65</sup>).

Diese Utopie entschwand wie die Utopie seines Konzepts für den Osten Europas. Die größte und blutigste Kraftentfaltung in der deutschen Geschichte endete mit dem Verlust der Fähigkeit, einen Weg in die Zukunft offenzuhalten. Bei der Kapitulation stand die Nation vor dem Nichts. War an dieser Entwicklung nicht auch das Bewußtsein der Verantwortung für die Teilhabe an den Verbrechen des Regimes beteiligt? War es nicht ratsam, in der Deckung des Mannes zu bleiben, der so lange die Energien der Nation gebündelt hatte und für alles die letzte Verantwortung trug? Daß er sich davonstahl, als ohnehin keine Entscheidungen mehr zu treffen waren, entthob offenbar die Epigonen der Notwendigkeit, für etwas Neues einzustehen.

Der 20. Juli 1944 hat seine Schatten auf dieses Endscenarium geworfen. Mit dem Scheitern des Umsturzversuches versiegte die Kraft zur Opposition. Seit 1938 hatten sich Widerstandsmotivationen vornehmlich aus der Sorge heraus entwickelt, Hitler gefährde mit seiner Politik die machtpolitische Stellung des Reiches. Seit dieses befürchtete Ergebnis offenkundig und der viel zu späte Versuch einer politischen Lösung mißlungen war, stand die Wehrmachtführung vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik seit 1933, mit der sie ihren Platz im NS-Staat zu festigen gesucht hatte. Immer wieder hatte sie Hitler ihre Loyalität bewiesen auf dem Weg von der Teilidentität der Ziele bis zur Teil-Partnerschaft im Verbrechen. Darum mußte sie die Opposition verteuflern und sah jetzt keine andere Möglichkeit, als mit Hitler unterzugehen. Politisches und strategisches Kalkül hatte sie zu den Akten gelegt und die Verantwortung gegenüber der eigenen Nation mit apokalyptischen Propagandavisionen zugedeckt.

<sup>64</sup>) Vgl. die Übersicht über die Literatur zur Revolutionsproblematik des Nationalsozialismus bei Thomas Brackel-Hertenstein, Hitler und die Sinnggebung der deutschen Ge-

schichte. Essay über eine soziologische Deutung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1988) 2, S. 9–40.  
<sup>65</sup>) A. Speer (Anm. 2), S. 467.

## **Wolfram Wette: Die schwierige Überredung zum Krieg. Zur psychologischen Mobilisierung der deutschen Bevölkerung 1933—1939**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32—33/89, S. 3—17

Mit Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 wurde die Schwelle von der Nachkriegszeit in eine neue Vorkriegszeit endgültig überschritten. Die Politik des NS-Regimes war in den Jahren 1933—1939, entgegen dem nach außen erweckten Schein, auf allen wesentlichen Feldern auf Kriegsvorbereitung ausgerichtet. Dabei konnte der Nationalsozialismus an ältere militaristische Trends in der öffentlichen Meinung anknüpfen. So läßt sich konstatieren, daß es neben den einschneidenden Veränderungen von 1933 auch Elemente der Kontinuität gab — etwa das Streben nach Weltmachtgeltung bei den deutschen Eliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Bürokratie, Justiz und Militär. Es war verbunden mit einer Ablehnung von Friedenspolitik und der Bereitschaft zur kriegerischen Gewaltanwendung.

Nach der Inbesitznahme der staatlichen Propagandamittel in der Phase der Machtergreifung betrieb Hitler, sein Propagandaminister Goebbels und ihre vielen Gehilfen mehrere Jahre lang ein groß angelegtes Täuschungsmanöver. Mit einer Serie von „Friedensreden“ verschleierten sie vor dem Ausland wie vor der deutschen Bevölkerung die Kriegsvorbereitungen. Gleichzeitig pries man soldatische Tugenden. Seit 1936 arbeitete die NS-Propaganda zunehmend mit Einschüchterungsparolen. Im November 1938 ließ Hitler dann endgültig die „pazifistische Platte“ absetzen und — mit den Mitteln der altbewährten Einkreisungspropaganda und der prophylaktischen Kriegsschuldabwälzung — die Manipulation der öffentlichen Meinung auf einen härteren Kurs umschalten. Die deutsche Bevölkerung sollte nunmehr psychologisch auf den Krieg vorbereitet und für ihn mobil gemacht werden.

Das gelang nur zum Teil. Anfang September 1939 gab es keine Begeisterung wie 1914, sondern eine gedrückte Stimmung, Kriegsfurcht und Friedenshoffnungen. Aber die Fülle der propagierten Feindbilder hatte zu einer weitgehenden politischen Desorientierung in der deutschen Bevölkerung geführt. Hinzu kam die Angst vor Repressionen. So erklärt es sich, daß die Mehrheit der Deutschen Hitler in widerwilligem Gehorsam in den Krieg folgte.

## **Gerhard Schreiber: Der Zweite Weltkrieg in der internationalen Forschung. Konzeptionen, Thesen und Kontroversen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 32—33/89, S. 19—31

Der Beitrag behandelt in seinem ersten Teil die Bemühungen der internationalen Forschung, zu einer historischen Bilanz der Zeit zwischen 1939 und 1945 zu gelangen. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß zwar eindrucksvolle Vorarbeiten existieren, aber eine multifaktoriell konzipierte, thematisch und räumlich ausgewogen angelegte sowie von jeder nationalgeschichtlichen Einengung freie Gesamtdarstellung, die den historischen Ort des Epochenphänomens Zweiter Weltkrieg zu definieren vermöchte, noch aussteht.

Daran schließt sich — im Rückblick auf fünfzig Jahre Historiographie über die Entfesselung des Weltkriegs — die Erörterung einiger ausgewählter Thesen und Kontroversen an. In diesem Zusammenhang geht es um die Verantwortlichkeit für den Kriegsbeginn, um die Frage nach den Ursachen und den Anlässen für die Katastrophe, die am 1. September 1939 einsetzte. Nach Meinung des Autors wäre es zu letzterer ohne den unbedingten Willen zum Krieg, den es allein in Berlin gab, nicht gekommen — wie eng die Verflechtungen des geschichtlichen Prozesses auch immer gewesen sein mögen und wie vielfältig die ihn beeinflussenden Faktoren. Hitler brach den Krieg „vom Zaune“, um seine programmatischen Ziele zu erreichen: die Eroberung von „Lebensraum“ im Osten und die Ausrottung der Juden. Losgelöst vom „Programm“ des Diktators gab es — unbeschadet situativ zu erklärender Anlässe — keine ursächlich zu nennende innere oder äußere Notwendigkeit für den Kriegsbeginn.

## Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht in der Endphase. Realität und Perzeption

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32—33/89, S. 33—46

Warum und für welche Ziele diente die militärische Führung Hitler buchstäblich bis zur materiellen und moralischen Katastrophe? Warum tat sie dies wider besseres Wissen? Die strategischen, personellen und rüstungswirtschaftlichen Daten deuteten zweifelsfrei auf die Unvermeidbarkeit der Niederlage und den Ruin der Wirtschaft sowie der städtischen Zentren. Das Unglück von Millionen war offenkundig.

Der nüchterne Befund ist: Die militärische Führung wußte und wollte keine Lösung gegen Hitler. Ihr Durchhaltewille speiste sich aus der Idee des Weitermachens, aus der Sinn suggerierenden Floskel, es müsse das verhindert werden, was gerade durch das Weitermachen provoziert wurde. Wo die Rücksicht auch auf die eigene Bevölkerung beiseite geschoben wurde, nahm sich der Hinweis auf den Willen zur Rettung des Abendlandes wohl nur für Phantasten sinnstiftend aus. Die Realität besiegte die Propaganda; ein enormer Erosionsprozeß setzte schleichend in Wehrmacht und Bevölkerung ein.

Bis heute sind die Verantwortlichen eine Erklärung für ihre Verantwortungslosigkeit schuldig geblieben. Spielt bei dieser Verdrängung das Bewußtsein der Partnerschaft im Verbrechen eine Rolle?

## Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis

nur 25,— DM

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu 1988

Jetzt bestellen!

Auslieferung nach

Fertigstellung und Bestelleingang



Beilage

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgänge: 1984 — — — 1987



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62—65, D-5500 Trier

## Jahresband 1988

der Wochenzeitung

DAS  
PARLAMENT

nur 39,— DM

zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

bei der gleichen Adresse erhältlich.

Gebunden. Nur begrenzte Auflage!